

**Ende 2010 begannen die Subalternen im Maghreb damit, ihre Despoten zu vertreiben. Nur wenige Monate danach forderten die Jugendlichen Spaniens „echte Demokratie“ ein. Die Arbeiter/innen und Jugendlichen Griechenlands sind indes zum Symbol des Widerstands gegen die Austeritätsdiktatur von EU-Kommission, EZB und IWF geworden.**

**Und Österreich? Auch hierzulande ist der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten längst angekommen. In der Steiermark sollte sich dies im Entwurf für das Doppelbudget 2011/12 ausdrücken. Die Haushaltspläne der Landesregierung stellten hierorts nicht nur den größten Anschlag auf die elementaren Interessen der arbeitenden Bevölkerung dar, sie bereiteten auch den Boden für die größte soziale Bewegung in der Steiermark seit drei Jahrzehnten.**

**Die in diesem Band versammelten Beiträge, Interviews und Stellungnahmen aus der Bewegung dokumentieren die Geschichte dieses Protests. Sie verorten die Sparlogik und den dagegen einsetzenden Widerstand global und ökonomisch. Und sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf; Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems, letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.**



Leo Kühberger / Samuel Stuhlpfarrer (Hg.)

**ANGEKOMMEN:**  
Krise & Proteste in der Steiermark

Forum Stadtpark Verlag

Gedruckt mit Unterstützung von:  
KPÖ Steiermark  
ISOP – Innovative Sozialprojekte  
Forum Stadtpark  
Plattform 25

Forum Stadtpark Verlag 2011



Lektorat: Christian Masser  
Umschlaggestaltung: Josef Fürpaß  
Satz und Layout: Andreas Fuchs  
Druck: Druckerei Khil, Graz

Printed in Austria

ISBN: 978-3-901109-33-1

Forum Stadtpark Verlag  
Stadtpark 1  
8010 Graz

# INHALT

<i>Samuel Stuhlpfarrer, Leo Kühberger</i> Vorwort .....	7
------------------------------------------------------------	---

## I. Die Krise in der Steiermark

<i>Leo Kühberger</i> Die Krise in der Steiermark. Eine Bestandsaufnahme .....	10
<i>Interview mit Claudia Klimt-Weithaler und Ingrid Lechner Sonnek</i> „Geld ist vorhanden, wir müssen es uns nur holen“ .....	15

## II. Die Steiermark in Bewegung – Beiträge zur Debatte

<i>Georg Fuchs, Anita Hofer</i> Die Krise in der Steiermark: Das erste Kapitel einer Protestbewegung .....	20
<i>Anton Lederer, Margarethe Makovec, Thomas Wolkingner</i> Widersetzen durch Niedersetzen. Der Protest gegen das Bettelverbot .....	25
<i>Plattform 25</i> Es reicht! Für alle. Erster Aufruf der Plattform 25 .....	28
<i>Steiermärkische Frühförderstellen</i> Steiermark „spart“ bei der Frühförderung ihrer Kinder .....	30
<i>Grazer Frauenrat</i> Die steirischen gemeinnützigen Organisationen fordern einen Rettungsschirm für BürgerInnen!.....	32
<i>Gemeinde Mürzzuschlag</i> Beschluss des Gemeinderats .....	34
<i>Christian Wabl, Lothar Lässer</i> Das „Wir-sind-da-Orchestra“ auf dem Weg zur „Oase des Aufstands“ .....	36
<i>Yvonne Seidler, Gerhard Zückert</i> Die alternative Budgetrede der „Plattform 25“ vom 11.4.2011.....	38

<i>Samuel Stuhlpfarrer</i> In den Ring steigen.....	43
--------------------------------------------------------	----

<i>Andreas Exner</i> Streik ist die erste Wahl. Zur Partei-Illusion in der Steiermark .....	46
------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Protest in Bildern.....	52
-------------------------	----

### **III. Über die Bedingungen in der Sozialwirtschaft**

<i>Nausner &amp; Nausner</i> Sozialwirtschaft als produktiver Wirtschaftsfaktor Thesen und Argumente für den nachhaltigen Ausbau Sozialer Dienste .....	60
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Leo Kühberger</i> Die Care-Seite der Medaille. Über Pflege und Betreuung im Kapitalismus .....	68
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Interview mit Lis Mandl und Axel Magnus</i> „Was es braucht? Geld. Ganz einfach.“.....	73
----------------------------------------------------------------------------------------------	----

### **IV. Perspektiven der Bewegung**

<i>Selma Schacht</i> Streik gegen den (Psycho)Sozialabbau .....	78
--------------------------------------------------------------------	----

<i>Gernot Trausmuth</i> “It’s better to break the law than to break the poor!” Als Liverpool, den Aufstand wagte. ....	82
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Christian Promitzer</i> „Wir sind die Borg !“ – Ist der Widerstand gegen das steirische Sparpaket wirklich zwecklos?.....	86
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

<i>Samuel Stuhlpfarrer</i> In den Ring steigen #2.....	91
-----------------------------------------------------------	----

Chronologie .....	96
-------------------	----

<b>AutorInnenverzeichnis .....</b>	<b>101</b>
------------------------------------	------------

## VORWORT

*Von Samuel Stuhlfarrner und Leo Kühberger*

Im Dezember 2009, am Höhepunkt dessen, was mittlerweile landläufig „die Krise“ genannt wird, veröffentlichte das englische Wirtschaftsmagazin „The Economist“ eine Orientierungshilfe für Investitionsfreudige. Die Blattmacher aus London schlossen folgerichtig, dass der ökonomischen Krise alsbald eine soziale und politische im Weltmaßstab folgen würde. Um Konzerne und Regierungen ausreichend darauf vorzubereiten, suchte man das Risiko sozialer Unruhen grafisch anschaulich - in einer Farbskala von gelb bis rot - darzustellen. Ein „sehr hohes“ Risiko wurde demnach etwa Madagaskar, Papua-Neuguinea und Ecuador attestiert; „niedrig“ bis „mittel“ stufte man unter anderen Tunesien, Ägypten und Spanien ein.<sup>1)</sup>

Fast genau ein Jahr nach dieser Prognose sollte die Welt des „Economist“ nachhaltig in Unordnung geraten. Gegen Ende des Jahres 2010 begannen die Jugendlichen des Maghreb damit, den Despoten in ihren Ländern den Kampf anzusagen. Im Jänner 2011 musste der tunesische Langzeitdiktator Ben-Ali das Feld räumen, acht Wochen später folgte Ägyptens Hosni Mubarak seinem Beispiel. Erst vor wenigen Monaten haben die Jugendlichen Spaniens das System herausgefordert. Trotz exzessiver staatlicher Repression, die nicht wenige ältere Semester an die Zeiten des franquistischen Terrorregimes erinnern, hielten sie wochenlang zentrale Plätze im ganzen Land besetzt. Die *global tinderbox* ist tatsächlich, wenn auch anders als prognostiziert, am Explodieren und hat mittlerweile die Peripherie des EURO-Raums erreicht.

Und Österreich? Gelb, oder anders ausgedrückt: niedriges Risiko. Hierzulande hat die Konsolidierung der Lohnstückzahlen im letzten Jahrzehnt, sprich: die Erhöhung der Produktivitätsrate bei gleichzeitigen Reallohnverlusten, zwar Wirtschaftswachstum und Außenhandelsbilanz begünstigt, der Kampf um die Verteilung der Krisenlasten ist dennoch längst angekommen. In der Steiermark sollte sich dieser Umstand auf besondere Weise ausdrücken. Mit dem Entwurf für das Doppelbudget 2011/12 ritt die Landesregierung aus SPÖ und ÖVP nicht nur den schwersten Angriff auf die elementaren Interessen der unteren Einkommenschichten und den Sozialbereich, sie bereitete auch den Boden für die größte soziale Bewegung in der Steiermark seit drei Jahrzehnten. In kürzester Zeit mobilisierte die Plattform 25 – ein Zusammenschluss aus rund 600 Organisationen – zu drei Großdemonstrationen in den ersten Monaten des Jahres 2011, um gegen die flächendeckenden Kürzungen um 25 Prozent zu protestieren. Der Bewegung gegen das Budget sollte es - trotz einer strukturellen Übermacht weltanschaulich konservativer und ökonomisch wirtschaftsliberaler Verlagshäuser - auch gelingen, die mediale Hegemonie der Regierungspolitik ins Wanken zu bringen. Und nicht zuletzt drängte ihr Druck die Gewerkschaft, klar gegen das Paket der Regierenden Position zu beziehen. Letzteres freilich nur so lange, bis die Spitzen des ÖGB, erneut an den Verhandlungstisch gebeten, einen faulen Kompromiss mit der Landesregierung verhandelten.

Kein Budget der Welt – sei es auf kommunaler oder bundesstaatlicher Ebene – ist gegenwärtig isoliert von der globalen Krise des kapitalistischen Systems zu denken. Im ersten Kapitel dieses Büchleins suchte einer der Herausgeber die lokale Situation in einen größeren Zusammenhang zu setzen. Dennoch: selbst in Österreich erscheint es oft so, als wären die finanziellen Engpässe des Landes Steiermark zu einem Teil hausgemacht. Über die Spezifika der hiesigen Budgetsituation sprachen die Herausgeber mit den Klubobfrauen von KPÖ und Grünen im steirischen Landtag, Claudia Klimt-Weithaler und Ingrid Lechner Sonnek.

Das zweite Kapitel erzählt eine Geschichte dieses, auf einer globalen Skala nach wie vor kleinen, heimischen Protests. Den Vorboten der Bewegung gegen das Budget – dem Protest gegen das Bettelverbot – widmet sich der Beitrag von Anton Lederer, Margarethe Makovec und Thomas Wolkinger. Georg Fuchs und Anita Hofer zeichneten die wichtigsten Stationen in der noch jungen vita der Plattform 25 nach. Darüber hinaus finden sich in diesem Kapitel unterschiedliche Aufrufe, Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge von Initiativen, Gebietskörperschaften, und Aktivist/inn/en aus der Bewegung. Sie zeugen von der Breite, dem politischen Bewusstseinsstand und der Entwicklung von Ideen und Aktionsformen in den unterschiedlichen Stadien der Bewegung.

Die Frage nach der ökonomischen und politischen Bedeutung des sozialen Sektors in einem kapitalistischen Gefüge erörtert das dritte Kapitel. Einer der Herausgeber ging der „care-seite“ auf den Grund. Der Zweite fragte derweil die Sozialarbeiter/innen und Gewerkschafter/innen Lis Mandl und Axel Magnus nach dem Standpunkt der Beschäftigten. Der Sozialwirtschaft als produktivem Sektor widmet sich in diesem Kapitel zudem ein Ausschnitt aus der gleichnamigen Studie von Nausner & Nausner.

Alternative Wege im Konkreten wie im Grundsätzlichen zu beschreiten, möchte das letzte Kapitel anregen. Selma Schacht macht am Beispiel des Arbeitskampfes bei *pro mente* in Oberösterreich deutlich, dass man auch im Sozialbereich gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen kann. Gernot Trausmuth dokumentiert in seinem Beitrag den Kampf der Stadt Liverpool, die sich Mitte der 1980er Jahre erfolgreich gegen die von der Regierung Thatcher aufoktroierte Austeritätspolitik zur Wehr setzte. „Widerstand ist nicht zwecklos“, meint Christian Promitzer in seinem Beitrag, der sich mit der Notwendigkeit sozialen Protests befasst. Den Bogen von den Kämpfen im Kleinen zu einer systemüberwindenden Perspektive sucht schließlich einer der Herausgeber im letzten Beitrag dieses Bandes zu spannen.

Die im vorliegenden Band versammelten Texte verfolgen somit mehrere Ziele. Sie dokumentieren die Geschichte des Protests und seiner positiven wie negativen Erfahrungen. Sie kontextualisieren die Sparlogik und den dagegen einsetzenden Widerstand global und ökonomisch. Und sie zeigen Handlungsmöglichkeiten auf; Spielräume im politischen Prozess, die da und dort innerhalb des Systems, letztlich jedoch nur in dessen Überwindung erfolgreich sein können.

Graz, September 2011

1) Vgl. <http://economist.com/node/15098974>



# **I. Die Krise in der Steiermark**

## DIE KRISE IN DER STEIERMARK EINE BESTANDSAUFNAHME

*Von Leo Kühberger*

*Mittlerweile spricht man von der Krise in Vergangenheitsform. Die Aktienmärkte haben sich erholt, die Banken schreiben bereits wieder Rekordgewinne. Da haben zwar Griechenland und Portugal noch ein Problem, aber wir haben die Krise überstanden, sagt man. Vor zwei, drei Jahren war das noch anders. Medien und Politik überschlugen sich mit Horrorszenarien: Es wurden Vergleiche mit der Krise der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts gezogen, und die Befürchtung geäußert, dass es wieder so kommen könnte. In den Medien wurden BankmanagerInnen an den Pranger gestellt, weil sie sich sogar in dieser Situation fette Boni gönnten. PolitikerInnen wurden kritisiert, dass der Abbau staatlicher Regulierung ein Fehler gewesen wäre, und zumindest die Finanzmärkte wieder unter stärkere Kontrolle gestellt werden müssten. Aber nun ist ja alles wieder im Lot. Besonders die Steiermark scheint es gut erwischt zu haben. Landeshauptmann Voves wird nicht müde zu betonen, dass wir hierzulande die Krise gut gemeistert hätten.*

### Welche Krise?

An dieser Stelle drängt sich eine Frage auf: Von welcher Krise reden wir denn hier? Welche Krise wurde angeblich gemeistert? Meist waren mit der Rede von der Krise die Turbulenzen an den Finanzmärkten gemeint. Das hat auch seine Berechtigung. Es gab zwar schon davor krisenhafte Erscheinungen, aber „ausgebrochen“ ist die Krise wirklich im Finanzsektor, aber nur in dem Sinne, dass sie in diesem Bereich in ihrer ganzen Dimension und Dramatik offensichtlich geworden ist. Doch ist die Finanzkrise nur ein kleiner Teil des Problems: Energiekrise, Hungerkrise, Klimakrise, Schuldenkrise, usw. usf. Kein gesellschaftlicher Bereich, der nicht in der Krise war oder ist. Das ist an sich nichts Besonderes. Der Kapitalismus ist per se krisenhaft. Ein kurzer Blick in die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts illustriert dies eindringlich: die Weltwirtschaftskrisen von 1857/1859 und von 1873 bis 1879, die lange Depression bis 1896, und natürlich die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 und die Depression bis 1940. Es ist schlicht und einfach eine Lüge, wenn so getan wird, als ob man diese Krise verhindern hätte können, oder man jetzt Maßnahmen setzen könnte, die eine Wiederholung unmöglich machen würden. Die aktuelle

Krise ist mitnichten auf die Unfähigkeit der PolitikerInnen oder die Gier der ManagerInnen zurückzuführen. Natürlich haben sie ihr Scherflein dazu beigetragen, aber entscheidend ist, dass die Geschichte des Kapitalismus eine Geschichte der Krisen ist, ein krisenfreier Kapitalismus ist und bleibt ein Wunschtraum. Das Besondere an der gegenwärtigen Krise ist ihr totaler Charakter, somit ist es wichtig, die genannten Krisen zusammen zu denken und zu analysieren, und zwar nicht in Form einer Addition und Aneinanderreihung, sondern als eine tiefgreifende Krise der Art und Weise, wie wir die letzten Jahrzehnte gelebt und gearbeitet haben.

### **Und in der Steiermark? Alles nicht so schlimm?**

Ganz ähnlich ist die Lage in der Steiermark. Den Banken mag es wieder besser gehen, aber nicht überstanden ist die Krise für breite Teile der Bevölkerung. Zum einen, weil nun daran gegangen wird, die Gelder, die den Banken nachgeworfen wurden, bei uns wieder einzutreiben. Zum anderen, weil sich unsere Lebensbedingungen in und mit der Krise massiv verschlechtert haben. Mitte Mai 2011 hat die Statistik Austria die aktuellen Zahlen zur Inflation veröffentlicht: Nachdem diese schon 2008 auf 3,8% geklettert war, ist sie 2011 wieder auf einem ähnlich hohen Niveau, nämlich bei 3,3%. Preistreiber sind all jene Güter, die wir tagtäglich brauchen: Lebensmittel (+3,7%), Verkehr (+6%), Haushaltsenergie (+5,6%) und Wohnen (+2,8%). Spitzenreiter sind Heizöl (+24%), oder auch Obst (+15%) und Kaffee (+25%). Der durchschnittliche Wocheneinkauf ist im letzten Jahr um sage und schreibe 6,7% teurer geworden. Das wäre alles nicht so schlimm, wenn die Löhne in einem ähnlichen Ausmaß steigen würden, aber das tun sie nicht.<sup>1)</sup> Mit dem Argument „Wir haben die Krise!“ wurden weitergehende Lohnforderungen abgeblockt. Reallohnverluste waren und sind die Folge. Die Unternehmen befanden sich vor allem 2009 sicherlich in einer schwierigen Situation, aber diese wirkte sich recht wenig auf deren Gewinne aus. Laut einer Studie der AK konnten im Jahr 2009 von den 100 größten steirischen Unternehmen immerhin 76 ein positives Betriebsergebnis einfahren. Die Krise war und ist also niemals etwas, das uns alle im selben Ausmaß und in derselben Intensität betrifft, es ist vielmehr von den bestehenden Kräfteverhältnissen abhängig. Davon also, wer in welchem Ausmaß die „Lasten der Krise“ zu tragen hat.

An der Entwicklung der Inflation wird deutlich, dass vor allem in jenen Bereichen, die sich global in dieser Krisendynamik befinden, die stärksten Steigerungen zu beobachten sind: Energie, Nahrung, Immobilien. Besonderes Augenmerk verdient der Bereich der Energie. Neben den Sozialprotesten der letzten Monate waren es in der Steiermark insbesondere zwei Kraftwerksprojekte, die für Unmut und Widerstand gesorgt haben. Zum einen die geplante Wiederinbetriebnahme des Kohlekraftwerks in Voitsberg<sup>2)</sup>, zum andern der forcierte Ausbau der Wasserkraft an der Mur.<sup>3)</sup> Diese beiden Projekte könnten unterschiedlicher nicht sein, doch verbindet sie die kapitalistische Wachstums-Logik. Der Bau von Kraftwerken wird damit begründet, dass in den nächsten Jahren ein steigender Energiebedarf zu erwarten ist,

weil ja die Wirtschaft wieder wachsen soll. Aber die eigentliche Frage ist, ob wir uns diese wachsende Wirtschaft angesichts der sozialen und ökologischen Verheerungen leisten können? Der Kapitalismus ist zum Wachstum verdammt. Er kann dieser Logik nicht entkommen, und somit ist es nur konsequent, noch mehr Kraftwerke zu bauen, damit noch mehr produziert werden kann, unabhängig davon, ob diese Güter gebraucht werden oder nicht. Kapitalistisches Wirtschaften funktioniert nicht nach dem Prinzip, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern nach dem einfachen Prinzip Profit zu machen. In Japan erlebten wir unlängst, dass es dabei auch vollkommen egal ist, ob dabei tausende Menschen draufgehen und ganze Landstriche unbewohnbar gemacht werden. Nicht mal angesichts dieser Katastrophe kehrt Vernunft ein, weil der Kapitalismus keine solche Vernunft kennt, sondern nur die Losung, dass weiterhin Kapital akkumuliert werden muss und Profite gemacht werden müssen.

### **Die Steiermark verändert sich**

Das Hauptargument seitens der Landesregierung, warum wir die Krise gut gemeistert hätten, besteht darin, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren nur in einem geringem Ausmaß gestiegen ist, vor allem weil ja viel Schlimmeres befürchtet wurde. In der Steiermark war die Kurzarbeit das Instrument der Krisenpolitik schlechthin. Ende 2008 griffen die ersten Unternehmen auf diese Maßnahme zurück, im Laufe des Jahres 2009 waren rund 15.000 ArbeiterInnen in Kurzarbeit.<sup>4)</sup> Dieser hohe Anteil erklärt sich aus der ökonomischen Struktur der Steiermark. Besonders im Großraum Graz spielt die krisengebeutelte Autoindustrie eine zentrale Rolle. Der steirische Autocluster umfasst rund 180 Firmen. Selbst wenn die Zahl von 46.000 Beschäftigten<sup>5)</sup> etwas hoch gegriffen sein dürfte, und wohl auch nicht mehr ganz aktuell ist, bildet dieser Cluster neben dem Holz-Cluster mit 56.000 Beschäftigten das Rückgrat der steirischen Wirtschaft. Das „Flaggschiff“ des Autoclusters ist die „Magna Steyr AG“ mit rund 8.800 Beschäftigten. Das klingt noch immer beeindruckend, doch belief sich der Beschäftigtenstand im Jahr 2007 noch auf 11.219. Allein in diesem Zeitraum sind somit mehr als 20% der Stellen gestrichen worden, zu einem Gutteil natürlich im Jahr 2009. Damit ist aber nur die halbe Geschichte erzählt, denn gleich zu Beginn mussten die LeiharbeiterInnen gehen, die in diesen Zahlen gar nicht berücksichtigt sind: Bereits im Sommer 2008 verloren 800 ihre Jobs bei Magna.

Ein anderer Teil der Geschichte, der in der gern zitierten und ohnehin mit allen Mitteln geschönten Erwerbslosenstatistik nicht vorkommt, ist darüber hinaus, dass wir insbesondere in den beiden Schlüsselindustrien in den letzten Jahren eine Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse erlebt haben. Slowenien ist nur sechzig Kilometer von Graz entfernt, und in der Autoindustrie wurden gezielt ArbeiterInnen aus der Region Maribor eingestellt. Für die wachsende afrikanische Community in Graz ist Magna eine der wenigen Möglichkeiten der Lohnarbeit. In der Holzwirtschaft sind es überwiegend Arbeitstrupps aus Bosnien und Kroatien,

die als Saisoniers zwölf, dreizehn Stunden am Tag Bäume schlägern und pflanzen. In der politischen Arbeit hat sich diese technische Neuzusammensetzung in keins-ter Weise niedergeschlagen. Gewerkschaftliche und linke Politik ignorieren diese Veränderungen. Daher ist es wenig überraschend, dass die massiven Einschnitte der letzten Jahre ohne erkennbaren Protest oder Widerstand vonstatten gegangen sind. Als die LeiharbeiterInnen gehen mussten, fühlte sich die fixe Belegschaft nicht betroffen, und noch weniger war das der Fall, als es die migrantischen KollegInnen „erwischt“ hat.

Der Blick auf den gesamten sekundären Sektor macht deutlich, dass in der Krise die Deindustrialisierung vorangetrieben und beschleunigt wird: Waren 2008 in diesem Sektor noch rund 145.000 Menschen beschäftigt, schrumpfte er im Jahr 2009 um 6,6% auf 135.277 Beschäftigte. Einen sehr hohen Rückgang verzeichnet mit 16,21% die Textilindustrie, die aber schon seit Jahrzehnten zunehmend in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Im Maschinenbau war in diesem Zeitraum ein Minus von 7,51% zu vermelden, im Fahrzeugbau ein Rückgang von 14,71%. Spitzenreiterin ist jedoch die Leiharbeitsbranche mit minus 21,32%. Der industrielle Bereich beschäftigte 2009 nur mehr 78.610 Menschen.<sup>6)</sup> 2011 sind es um weitere 8.819 (10,1%) Arbeitsplätze weniger. Seit 1980 ist somit ziemlich genau ein Viertel der Industriearbeitsplätze in der Steiermark abgebaut worden.

Wenn Arbeitsplätze verloren gehen, weil technische Neuerungen den Einsatz von Arbeitskraft überflüssig machen, ist das per se nichts Schlechtes. Es würde doch niemand von einem Maurer verlangen, dass er den Kran beiseitestellt, und die Ziegel wieder am Rücken das Gerüst hochschleppt. Aber diese Steigerung der Produktivität, die über den Einsatz von Maschinen erfolgt, wird nicht im Sinne der ArbeiterInnen eingesetzt. Eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden (und mehr!) ist angesichts der Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte einfach nur als absurd zu bezeichnen. Eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit ist mehr als überfällig!

Zugleich müssen wir besonders in der Steiermark die Diskussion über die Grenzen der automobilen Gesellschaft führen, und die Frage diskutieren, was mit der vorhandenen industriellen Infrastruktur überhaupt produziert werden soll. Es macht nicht wirklich einen Unterschied, statt herkömmlicher Autos auf Elektro-Autos umzusteigen. Mittlerweile spricht man ja nicht mehr nur von „Peak Oil“, dem nahen Ende der Ölvorkommen, sondern von „Peak Everything“, denn alle natürlichen Ressourcen sind endlich, und die kapitalistische Produktionsweise kann und wird nicht in der Lage sein, mit diesen nachhaltig umzugehen.

### **Wir leben in einer Phase des Übergangs**

Unter WissenschaftlerInnen ist es ein seltenes Ereignis, wenn sie sich über etwas einigen können. Bezüglich der Ursachen der Krise und wie diese historisch zu verorten sind, besteht – wenig überraschend – kein Einvernehmen. Bei genauerem

Hinsehen findet sich jedoch Übereinstimmung dahingehend, dass wir einen historischen Wendepunkt erreicht haben. Immanuel Wallerstein<sup>7)</sup> schreibt dazu: „Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Weltwirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen. Wir wissen nicht, ob dies zum Besseren oder zum Schlechteren sein wird.“<sup>8)</sup> Andre Gorz<sup>9)</sup> meint, dass der Kapitalismus „ (...) eine sowohl innere wie äußere Grenze erreicht, die er nicht zu überschreiten vermag (...).“<sup>10)</sup> Gorz lässt ebenfalls keinen Zweifel daran, dass wir an einem entscheidenden Punkt stehen: „Der Weg aus dem Kapitalismus wird also auf jeden Fall stattfinden, ob auf zivilisierte oder auf barbarische Weise. Die Frage betrifft allein die Form, die das Ende nehmen, und den Rhythmus, in dem es erfolgen wird.“<sup>11)</sup> Der Rhythmus wird uns in diesen Tagen im Süden Europas und Norden Afrikas vorgegeben, die richtigen Formen zu finden ist eine Sache von uns allen, in Graz, Madrid, Athen und Kairo.

- 1 Siehe: Wirtschaftsindex Steiermark 2010 ([http://www.akstmk.at/bilder/d129/Wirtschaftsindex\\_Stmk\\_2010\\_NEU.pdf\\_17.5.2011](http://www.akstmk.at/bilder/d129/Wirtschaftsindex_Stmk_2010_NEU.pdf_17.5.2011))
- 2 Am 2. Mai 2011 hat „A-Tec“ den Antrag auf Inbetriebnahme zurückgezogen. Gegen ÖDK III hat sich auch eine BürgerInneninitiative gebildet: <http://www.zukunft-voitsberg.at>
- 3 Siehe: <http://www.rettetdiemur.at>
- 4 Das Zahlenmaterial entstammt, wenn nicht anders angegeben, der „Regionalstatistik Steiermark 2010“, die von der Wirtschaftsabteilung der Arbeiterkammer Steiermark herausgegeben wird, und auch online verfügbar ist: <http://www.akstmk.at/bilder/d133/Regionalstatistik2010web.pdf>
- 5 Siehe dazu die Homepage des „Autocluster Styria“: <http://www.acstyria.com>
- 6 Die LeiharbeiterInnen werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt.
- 7 Immanuel Wallerstein (geb. 1930) ist als Mitbegründer der „Weltsystemtheorie“ einer der wichtigsten Historiker der Gegenwart. Bis 2005 lehrte er an der Binghamton University in New York. (<http://www.iwallerstein.com>)
- 8 Wallerstein, Immanuel: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002, S.43.
- 9 Andre Gorz (1923-2007) war einer der bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts, insbesondere durch seine Arbeiten zur „Politischen Ökologie“ und zur postindustriellen Gesellschaft.
- 10 Gorz, Andre: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie, Zürich 2009, S.17.
- 11 Ebda. S.20.

## „GELD IST VORHANDEN, WIR MÜSSEN ES UNS NUR HOLEN“

*Interview mit Claudia Klimt-Weithaler und Ingrid Lechner-Sonnek*

**D**ie Klubobfrauen von KPÖ und Grünen, Claudia Klimt Weithaler (40) und Ingrid Lechner-Sonnek (58), haben die Proteste gegen das Budget der SPÖ-ÖVP-Regierung in der Steiermark von Anfang an begleitet. Über die Gründe für den Sparkurs im Land und mögliche Alternativen dazu sprachen die beiden mit Leo Kühberger und Samuel Stuhlfarrner.

*Sämtlichen Bundesländern macht es zunehmend Mühe, einigermaßen hauszuhalten. Dennoch hat man von außen nicht selten den Eindruck, in der Steiermark sei alles nochmal ein wenig schlimmer. Worin seht ihr das Besondere an der Budgetsituation in der Steiermark?*

*Ingrid Lechner-Sonnek:* Begonnen hat es aus meiner Sicht Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre, als im Bund Karl-Heinz Grasser und in der Steiermark Herbert Paierl für Budgetfragen zuständig waren. Damals begann man damit, eine Null-Defizit-Politik zu propagieren, um – wie man sagte – „den Karren wieder flottzukriegen“. In der Steiermark führte das dazu, dass man Alles verkaufte, was nicht niet- und nagelfest war. Ich erinnere an die Auslagerung von Immobilien, die einstmals im Besitz des Landes waren. Auf einen Schlag hat man alles – Schulen, Amtsgebäude, etc. – an die Landesimmobiliengesellschaft (LIG) verkauft. Das hatte budgetär lediglich einen Einmal-Effekt; aber dafür umso höhere Folgekosten. Das Land hat damit nicht nur die politische Kontrolle über ihr Eigentum verloren, sondern muss seither diese Gebäude auch für teures Geld zurückmieten.

Darüber hinaus hat man hierzulande auch eine beispiellose Klientelpolitik über Bedarfszuweisungen und Förderpolitik betrieben, die nicht nur das Land, sondern auch die Gemeinden unheimlich belasten. Im Vordergrund stand in diesem Zusammenhang immer schon ausschließlich der schnelle politische Erfolg.

*Claudia Klimt-Weithaler:* Das „sale & lease back“-Prinzip - an dem ja auch die Stadt Graz seit Jahren festhält - spielt sicher eine Rolle. Profitiert haben davon vor allem die Banken. Man muss sich ja vorstellen, dass diese eigens gegründeten Gesellschaften, an die Land oder Stadt Immobilien verkauft haben, ihrerseits Kredite aufneh-

men mussten, um die Kosten für den Ankauf abzudecken. Die öffentliche Hand zahlt dann doppelt. Einerseits für die Zinsen und andererseits für die Mieten.

***Ausgelagerte Immobilien allein werden die Budgetsituation als Ganzes aber wohl kaum erklären können. Immerhin hatten wir ähnliche Modelle auch in Oberösterreich, Wien und einer Reihe anderer Bundesländer.***

*Claudia Klimt-Weithaler:* Natürlich nicht. Es müsste letztlich darum gehen, dass wir nicht nur ausgabenseitig sparen, sondern auch zusätzliche Einnahmen lukrieren, die die Masse der Arbeiter/innen nicht betreffen. Die Steiermark lässt sich seit Jahren Abermillionen entgehen, weil sie die Glückspielindustrie mit lächerlich niedrigen Abgaben belegt. Sie lässt sich seit Jahren Millionen entgehen, weil es zum Schutz der Schotterbarone keine Naturnutzungsabgabe gibt. Sie lässt sich seit Jahren auch bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs Millionen entgehen, weil in der Steiermark im Gegensatz zu Wien Unternehmer keinen Cent Nahverkehrsabgabe zu bezahlen haben. Und heute stellt sich die Landesregierung hin und sagt, es gibt keine Alternative zu diesem Budget.

*Ingrid Lechner-Sonnek:* Ich würde da schon noch die Gemeinden nennen wollen. In der Steiermark haben wir – anders als in anderen Bundesländern – zwei Gemeindereferenten. Die Bedarfszuweisungen, die das Land an die Gemeinden verteilen muss, werden hierzulande entsprechend dem Landtagswahlergebnis auf SPÖ und ÖVP aufgeteilt: Das hat mit Gemeindepolitik rein gar nichts zu tun, führt aber dazu, dass Voves und Schützenhöfer diese Mittel meist vollkommen sinnentleert verteilen. Ist etwa eine Gemeinde mit einem roten Bürgermeister nur von Gemeinden mit schwarzen Bürgermeistern umgeben, werden Bedarfszuweisungen zum Bau eines Sportzentrums ausgeschüttet, obwohl im drei Kilometer entfernten Nachbarort der schwarze Gemeindereferent den Bau eines ebensolchen Sportzentrums zwei Jahre davor vorangetrieben hat. Auch hier geht es immer nur um den kurzfristigen Effekt mit enormen Folgekosten, denn die Betriebs- und Instandhaltungskosten müssen in weiterer Folge die Gemeinden selbst stemmen. Nur so ist zu erklären, dass rund die Hälfte der 542 steirischen Gemeinden gröbere finanzielle Probleme haben.

***Mit dem jetzt vorgelegten Budget scheinen sämtliche Konflikte zwischen SPÖ und ÖVP beigelegt.***

*Claudia Klimt-Weithaler:* Angefangen hat das ja mit dem Bettelverbot. Auch da hat die SPÖ in der letzten Landtagsperiode dagegen argumentiert; jetzt hat sie es durchgezogen. Beim Budget ging es so weiter. Es ist ja eigentlich unglaublich: Die ÖVP als Landeshauptmannpartei hat ein solches Kürzungsbudget 60 Jahre lang nicht durchgebracht. Offenbar brauchte es einen SPÖ-Landeshauptmann, um diesen Angriff auf die Ärmsten der Armen durchzusetzen.



*Ingrid Lechner-Sonnek:* Man muss schon sagen, dass dieses Budget wohl nur mit einer völlig ideologiefreien SPÖ zu machen war. Voves sieht sich selbst – auch wenn er bei Gelegenheit immer wieder die Geschichte vom Puch-Arbeiterkind auspackt – in erster Linie als Manager. Jetzt ist er der Sanierungsmanager, und während sich seine Abgeordneten verbiegen, jubiliert die ÖVP.

***Im letzten Finanzausgleich zwischen Landeshauptleutekonferenz und Finanzministerium aus dem Jahr 2008 werden die Länder dazu angehalten, als Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union für ausgeglichene oder nahezu ausgeglichene Budgets zu sorgen. Welche Rolle spielt dieser Finanzausgleich für die Budgetsituation in der Steiermark?***

*Ingrid Lechner-Sonnek:* Ich glaube, dass es zu kurz greift, nur den Finanzausgleich als Ursache heranzuziehen. Es geht da sehr oft um Nützlichkeitsüberlegungen. Ich frage mich oft, wofür geben wir Geld aus und was haben wir davon. Der Schulbereich ist ein gutes Beispiel: Da haben wir auf Verwaltungsebene Doppelgleisigkeiten, wo es einzig darum geht, dass wohl noch ein Schwarzer und ein Roter einen Direktorenposten bekommen.

*Claudia Klimt-Weithaler:* Das stimmt schon. Aber selbst wenn wir einnahmenseitig stärker agieren würden, selbst wenn wir auf Verwaltungsebene sparen würden, könnten wir die Nettoneuverschuldung, die jetzt bei rund 400 Millionen liegt, nicht verhindern. Es braucht einen neuen Finanzausgleich, der den Bedürfnissen und Pflichten der Länder entspricht. Ich möchte daran erinnern, dass ja im Bund, wie im Land dieselben Parteien am Ruder sitzen. Ohne einen neuen Finanzausgleich werden wir in der Steiermark selbst den jetzigen Level nicht halten können. Daher braucht es auf Bundesebene eine gehörige steuerliche Umverteilung von oben nach unten, damit die Länder wieder Spielraum haben.

***Wie könnte es denn anders gehen oder wie würden eure Budgetentwürfe denn aussehen?***

*Ingrid Lechner-Sonnek:* Es ist natürlich schwierig ohne die nötigen Informationen und Fakten diese Frage befriedigend zu beantworten, aber ich möchte zwei Beispiele nennen. Zum Einen würde ich die Hälfte der jährlich 110 Millionen an Bedarfszuweisungen nicht in teure Prestigeprojekte investieren, sondern zur Abdeckung der gestiegenen Kosten im Bereich Bildung, Soziales und Pflege verwenden. Das würde zumindest die Gemeinden massiv entlasten. Und zum Anderen würde ich den Wildwuchs an privaten, gewinnorientierten Pflegeheimen eindämmen. Das ist nämlich der einzige Sektor im Sozialbereich, der weitgehend geschützt ist.

*Claudia Klimt-Weithaler:* Die Steiermark ist sowieso mit Abstand das Bundesland mit den meisten privaten, nicht-gemeinnützigen Heimbetreibern in ganz Österreich. Aber das nur nebenbei.

Ganz allgemein ist die Budgetfrage in der Steiermark natürlich nicht von der Frage gesamtgesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit zu trennen. Österreich ist nach wie vor eines der reichsten Länder der Welt. Das Geld ist also vorhanden, wir müssen es uns nur holen.

***Gibt es innerhalb dieses Systems überhaupt realistische Möglichkeiten, dieses Gefüge aufzubrechen, und wenn ja, was müsste denn passieren, damit das gelingen kann?***

*Ingrid Lechner-Sonnek:* Wenn es aus meiner Sicht eine Wunderwaffe gibt, dann wäre das: Transparenz. Das wäre für mich ein El-Dorado. Einfach, zu wissen, wofür Geld ausgegeben wird und zu welchem Zweck. Dann hätten wir tatsächlich die Voraussetzungen, um ein Budget zu erstellen, das den Menschen in der Steiermark was bringt.

*Claudia Klimt-Weithaler:* Im Grunde genommen ist es recht einfach. Die Steiermark ist ja nicht abgekoppelt von der Welt. Wir sind Teil Österreichs, Teil Europas und Teil eines kapitalistischen Systems. Und innerhalb der Grenzen dieses Systems werden sich grundlegende Probleme nicht lösen lassen.

## **II. Die Steiermark in Bewegung – Beiträge zur Debatte**

## **DIE KRISE IN DER STEIERMARK: DAS ERSTE KAPITEL EINER PROTESTBEWEGUNG**

*Von Georg Fuchs und Anita Hofer*

*Als die Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 auch in der Steiermark allzu deutlich spürbar wurde, begleitet von zahlreichen Firmeninsolvenzen und einer Rekordarbeitslosigkeit von 50.000 SteirerInnen, sowie Kurzarbeit in einigen der größten Industriebetriebe, setzte die Politik auf allen Ebenen auf die Strategie, möglichst große Finanzströme in Richtung der vor dem Kollaps bedrohten Banken zu lenken und dadurch den Anschein zu erwecken, es ginge wieder „bergauf“. Tatsächlich wurde mit tatkräftiger Unterstützung der Massenmedien die Illusion erzeugt, die Krise sei bereits überwunden. Allerdings rissen die gigantischen Summen, die für Rettungspakete und Haftungen ausgegeben bzw. zugesichert wurden und weiterhin werden, nicht nur riesige Löcher in die auch schon vor der Krise aufgrund der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte stark verschuldeten öffentlichen Haushalte, sie erhöhten auch den Druck auf die Euro-Staaten, ihre Neuverschuldung zu verringern, um die Gemeinschaftswährung vor dem endgültigen Zusammenbruch zu bewahren.*

Dass dabei enormer Druck ausgeübt wurde und wird, zeigt die Tatsache, dass EU-Mitgliedsstaaten wie Irland, Portugal oder Griechenland, die sich bereits in einer akuten Notlage befinden, zulassen müssen, dass direkte Eingriffe in ihre Souveränität stattfinden und die nationale Gesetzgebung nur noch nachvollziehen darf, was an anderer Stelle vorgegeben wird. Neuwahlen, die zu politischen Erdbeben wie in Portugal oder Irland führen, können daran nichts ändern, da sich alle maßgeblichen politischen Akteure der herrschenden finanzpolitischen Logik unterworfen haben und auf nationalstaatlicher Ebene höchstens darüber gestritten wird, zu welchen Konditionen die Schulden beglichen werden können. Und im Gegensatz zu den „Budgetkonsolidierungsmaßnahmen“ vergangener Tage gab es diesmal keinerlei Kompromissbereitschaft seitens der Regierungen: Den Gewerkschaften wurden keine symbolischen „Erfolge“ zugestanden, selbst machtvolle und breite Protestbewegungen wie jene in Griechenland änderten nichts an der Entschlossenheit vieler EU-Regierungen, ihr neoliberales Programm ohne Abstriche umzusetzen.

Als die Spitzen der steirischen Landesregierung wenige Tage vor der Landtagswahl am 26.9.2010 im Rahmen einer Veranstaltung der Industriellenvereinigung drastische Kürzungen von 25 Prozent in allen Ressorts ankündigten, welche einem noch nie da gewesenen Kahlschlag gleichkommen würden, wurde das von den meisten als zielgruppengerechte Wahlkampfrhetorik aufgefasst. Solchen radikalen Ankündigungen folgten bisher kaum jemals Taten, bis zu ihrer Umsetzung wurden Belastungspakete soweit entschärft, dass der Kreis der Betroffenen überschaubar blieb. Dabei nutzt die Landesregierung den Umstand, dass in Österreich über einen längeren Zeitraum keine allgemeinen Wahlen stattfinden, um einen Versuchsballon steigen zu lassen. Sollte das Kürzungspaket in einem großen und wirtschaftlich heterogenen Bundesland wie der Steiermark ohne größeren Widerstand über die Bühne gebracht werden, lassen sich ähnliche Belastungen auch bundesweit durchsetzen – so das Kalkül der Landesregierung, die wohl kaum aus eigenem Antrieb zu solch drastischen Maßnahmen greift. Weder ragt der Schuldenstand der Steiermark über den österreichischen Durchschnitt hinaus, noch spricht generell viel für die Idee, die öffentlichen Haushalte ausgerechnet über die Bundesländer zu sanieren. Diese sind in Österreich nämlich keineswegs in der Lage, eine eigenständige Budgetpolitik zu machen, die diesen Namen auch verdienen würde. Der überwältigende Teil der Einnahmen setzt sich nicht aus eigenen Steuern und Abgaben zusammen, sondern aus Mitteln, die den Ländern im Wege des Finanzausgleichs zugeteilt werden. Auch die Aufgaben, für welche die Bundesländer den Großteil ihres Budgets benötigen, werden nur zu einem geringen Teil selbst bestimmt, sondern erfolgen aufgrund von Vorgaben des Bundes und in zunehmendem Maße der EU. Im Umstand, dass die Neuverschuldung der Steiermark auch nach Beschluss des „Sparbudgets“ jährlich um über 400 Millionen Euro anwächst, liegt die besondere Ironie der Vorstellung, über Kürzungen im Sozialbereich zu einem ausgeglichen Haushalt zu kommen.

Entgegen den Beteuerungen der Landesregierung beträgt der Gesamtanteil der Sozialausgaben in Österreich etwa 30 Prozent des BIP. Dieser Wert entspricht jenem des Jahres 1993 und entspricht fast genau dem EU-Durchschnittswert. Angestiegen ist lediglich jener Anteil, den die unselbstständig Beschäftigten einzahlen, während die Beiträge der Wirtschaft seit 1990 um 1,4 Prozent gesunken sind. Das entspricht auch einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung: Der Bundesrechnungshof weist durch statistische Erhebungen regelmäßig nach, dass die Reallöhne in Österreich konstant sinken. Zwischen Anfang 1998 und Ende 2006 – die Folgen der Krise also noch gar nicht eingerechnet – sank der Wert eines durchschnittlichen Arbeitereinkommens um 9 Prozent, Frauen müssen noch höhere Kaufkraftverluste hinnehmen. In den Jahren nach 2006 hat sich diese Entwicklung – die Löhne steigen langsam, die Preise schnell – noch verschärft. Lediglich beim obersten Dezil – also jener Gruppe, die mehr verdient als die übrigen 90 Prozent – verzeichnet der Rechnungshof einen Zuwachs an Kaufkraft. Bei jenem Zehntel, das über die geringsten Einkommen verfügt, sank der Wert sogar um 16 Prozent. Anders ausgedrückt: 90 Prozent werden ärmer, zehn Prozent werden reicher. Das ist nicht auf höhere Gewalt oder Prozesse von na-

turgesetzlicher Wirkungsmacht zurückzuführen, sondern auf politische Entscheidungen, die bewusst gesetzt und auf allen politischen Ebenen mitgetragen werden, so auch in der Steiermark. Das „Sparbudget“ ist ein Steinchen in diesem Mosaik.

Eine solche Entwicklung führt zwangsläufig dazu, dass immer mehr Menschen an oder unter die Armutsgrenze rutschen, selbst wenn sie über ein Arbeitseinkommen verfügen. Angesichts der angespannten finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte besteht vielerorts die Versuchung, durch Reduzierung der Ansprüche, wie in der Steiermark mit der Einführung der so genannten „Mindestsicherung“ anstelle der Sozialhilfe vorexerziert, die Ausgaben in diesem Segment zu verringern. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind, zieht sich der Staat also noch weiter zurück.

Mitte Februar 2011 traten verschiedene Organisationen aus dem Bereich der Kultur, der Jugendwohlfahrt und Behindertenbetreuung mit mehreren Petitionen an den Landtag heran. Deren gemeinsames Anliegen war es, die Regierung zum Überdenken der geplanten Kürzungen zu überreden, die den größeren Organisationen bereits mündlich von offizieller Stelle mitgeteilt worden waren. Der Landtagsklub der KPÖ, mit zwei Abgeordneten die kleinste Fraktion im Steiermärkischen Landtag, reagierte darauf mit einer Einladung an alle UnterzeichnerInnen der Petition zu einem Vernetzungstreffen, um eine möglichst breite Front gegen das Landesbudget auf die Beine stellen zu können. Sich auf eine Auseinandersetzung auf parlamentarischer Ebene zu beschränken, hatte sich bereits in anderen Fragen als wenig erfolgversprechend erwiesen, da seit Beginn der neuen Legislaturperiode die beiden großen Parteien SPÖ und ÖVP wie zusammengeschweißt auftraten und jede Debatte im Keim erstickten. Daran konnte auch die 2010 nach fünfjähriger Absenz wieder in den Landtag – und aufgrund des Proporztes auch in die Regierung – gewählte FPÖ nichts ändern, die zu Beginn der Diskussion um das Budget noch nicht einmal sicher war, ob sie dafür oder dagegen stimmen soll. An den Mehrheitsverhältnissen hätten beide Varianten nichts geändert. Die FPÖ stimmte schließlich gegen das Budget, kritisierte aber jede außerparlamentarische Initiative dagegen scharf und nutzte keine ihrer Möglichkeiten als Regierungspartei, etwas zur Entschärfung der unsozialen Kürzungen zu unternehmen.

Anders die Grünen, die sich dem Aufruf der KPÖ sofort anschlossen und die künftige „Plattform 25“, die am 22. Februar 2011 zum ersten Mal zusammentraf, mit voller Kraft unterstützten. Der Einladung waren 36 Personen gefolgt, darunter zahlreiche VertreterInnen großer Verbände und Organisationen. Auch aus dem Kulturbereich schlossen sich zahlreiche Organisationen an, welche bereits seit Monaten eigenständige, gegen die Kürzungen gerichtete Kampagnen durchführten. Das erste sowie die kommenden Treffen waren von einer großen Entschlossenheit getragen, das Budget zu Fall zu bringen, besonders die BetriebsrätInnen, die um die Arbeitsplätze ihrer KollegInnen kämpften, brachten sich aktiv ein. So wurde, während der Gewerkschafts-

bund eine eher armselige Kundgebung vor der Burg, dem Sitz der Landesregierung, abhielt, eine Großdemonstration für den 25. März vorbereitet. Dank des Einsatzes besonders der BetriebsrätInnen nahmen daran an die 10.000 Menschen teil – eine so große Demonstration hatte die Steiermark seit drei Jahrzehnten nicht mehr gesehen.

Im Rahmen der Vorbereitungen wählten die Plattformmitglieder auch zwei SprecherInnen, Gerhard Zückert, Betriebsratsvorsitzender beim sozialen Dienstleistungsunternehmen alpha nova, sowie Yvonne Seidler, Geschäftsführerin von „Hazissa – Fachstelle für Prävention gegen sexualisierte Gewalt“. Beide überzeugten von Anfang an durch professionelles Auftreten und gewannen in kürzester Zeit sogar die Sympathie der beiden auflagenstärksten Tageszeitungen in der Steiermark. Die Regierung musste erhebliche Mühe und auch mehrere kostspielige Inserate investieren, um die Redaktionen wieder auf Linie zu bringen.

Nach der Großdemonstration folgte eine Menschenkette um das Landesparlament am 11. April, an der an die 5.000 Menschen teilnahmen. Begleitet wurden diese Aktionen der Plattform 25 von mehreren Kundgebungen in Graz und in steirischen Bezirksstädten, die auch von anderen Organisationen geplant und durchgeführt wurden. In die Steiermark war Bewegung gekommen.

In der Zwischenzeit kam auch der ÖGB unter Druck, da er sich seit seiner kleinen Kundgebung, bei der die Regierung mehr Redezeit erhielt als die VertreterInnen der Gewerkschaft, kaum zu Wort gemeldet hatte. Schließlich musste die SPÖ-nahe Gewerkschaftsführung reagieren und trat mit dem Plan, eine gemeinsame Demonstration noch vor dem Budgetbeschluss durchzuführen, an die Plattform 25 heran. Auch wenn bei vielen Mitgliedern der Plattform große Skepsis herrschte, was die Absichten des ÖGB anbelangte, sahen doch die meisten die große Chance, noch größeren Druck auf die Regierung ausüben zu können. Bei der Demonstration am 26. April wurde schließlich tatsächlich die Beteiligung vom 25. März noch übertroffen. Es war das erste Mal in der Zweiten Republik, dass der Gewerkschaftsbund gegen eine von der SPÖ geführte Regierung demonstrierte.

SPÖ und ÖVP zeigten sich unbeeindruckt und beschlossen am folgenden Tag das Budget, um einige Wochen später, als der öffentliche und mediale Druck nicht nachließ, doch noch eine Abschwächung auszuverhandeln – mit dem ÖGB wohl gemerkt, und nicht mit der Plattform 25, die nie zu Gesprächen mit der Regierung eingeladen wurde. Erwartungsgemäß handelte es sich dabei um einen faulen Kompromiss, bei dem lediglich in zwei von mehreren vom Kahlschlag betroffenen Bereichen Zugeständnisse gemacht wurden, und das in einem sehr bescheidenen Umfang. Der ÖGB stand selbst unter großem Druck, nach verbalradikalen Ankündigungen einen Verhandlungserfolg präsentieren zu können und sich somit selbst legitimieren zu können. Für die Mitglieder der Plattform war aber klar, dass die als „Kompromiss“ deklarierten Zugeständnisse nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind.

Der Kampf für mehr Verteilungsgerechtigkeit und gegen Kürzungen auf dem Rücken der Schwächsten geht also weiter, auch wenn nach dem Budgetbeschluss in Teilen der Bewegung Frustration spürbar wurde. 2013 wird der Landtag ein neues Doppelbudget beschließen, weitere Einschnitte sind bereits angekündigt. Ob es zu Fall gebracht werden kann – und mit ihm eine Politik, die unmittelbar gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung gerichtet ist, oder ob die Regierung ein weiteres Mal tiefe Einschnitte bei der sozialen Absicherung vornehmen kann, wird von der Entschlossenheit der größten außerparlamentarischen Bewegung, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Steiermark gebildet hat, abhängen.



**S**chon vor den Protesten gegen das Sparpaket gingen in Graz hunderte empörte Bürger/innen auf die Straße. Der Anlass war das im Februar 2011 im Landtag zum Beschluss stehende „Bettelverbot“. Innerhalb weniger Tage organisierte sich der Widerstand gegen dieses Gesetz.

## WIDERSETZEN DURCH NIEDERSETZEN

*Von Anton Lederer, Margarethe Makovec und Thomas Wolkingner*

- \* **Die Straße gehört uns allen!**
- \* **Betteln ist ein Menschenrecht für Menschen in Not**
- \* **Gegen die Vertreibung der Roma!**

Aufruf der Plattform gegen das Bettelverbot in Graz, 10.2.2011

Es musste alles sehr schnell gehen. Vom Zeitpunkt der ersten Idee, den Protest gegen die Verschärfung des steirischen Landessicherheitsgesetzes auf die Straße zu tragen, bis zum – für damalige Grazer Verhältnisse – Großprotest gegen das Gesetz am 12. Februar mit gut tausend Demonstrierenden und 140 Institutionen, die am Ende die Protestplattform gegen das Bettelverbot unterstützten, sind keine sechzig Stunden vergangen.

Vorgegeben wurde das Tempo von der steirischen Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP, die durch den straffen Zeitplan, mit dem sie das Gesetz durch die Instanzen peitschte, eine Versachlichung der Diskussion, ja, eigentlich jede Debatte über die Novelle zu unterbinden hoffte, die zum Inhalt hatte, das seit 2005 bestehende, landesweite Verbot aggressiven Bettelns sowie des Bettelns mit Kindern in Richtung eines allgemeinen Bettelverbots zu verschärfen.

Am 8. Februar feierte die Stadt Graz noch den zehnten Jahrestag ihrer Ernennung zu einer „Stadt der Menschenrechte“, am 9. Februar beschloss dann der „Unterausschuss für Daseinsvorsorge“ im steirischen Landtag die Gesetzesänderung, bereits für 15. Februar wurde die Novelle zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt. Ohne auf die Empfehlungen von Menschenrechts- oder Verfassungsexperten oder des Grazer Menschenrechtsbeirats zu hören, die sich mehrheitlich gegen ein allgemeines Verbot aussprachen, zumindest aber dafür, die bevorstehende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zu einem bestehenden ähnlichen Verbot in Salzburg abzuwarten und ohne einen informierten Diskurs über Fragen der Nutzung des öffentlichen Raumes, sowie die in Graz um Hilfe bittenden Roma

zu führen. Denn einen solchen hatte es im Land bislang überraschenderweise nicht gegeben.

Diese skandalöse Verknappung des demokratischen Prozesses war sicher einer der wesentlichen Gründe dafür, dass sich binnen kürzester Zeit überraschend viele Personen und Institutionen aus allen möglichen Bereichen der steirischen Zivilgesellschaft dazu bereit fanden, gegen das Gesetz auf die Straße zu gehen. Trotz anfänglicher Skepsis, ob die Zeit dazu reiche, ob das Mittel der Demonstration zeitgemäß bzw. überhaupt adäquat sei.

Gleich beim ersten, kurzfristig über Nacht einberufenen Vernetzungstreffen im Kunstverein <rotor>, zu dem Vertreter so unterschiedlicher Institutionen wie der Akademie Graz, der Vinzenzgemeinschaft, des Theater im Bahnhof, des Lendwirbels, der Grünen, der KPÖ oder von ISOP gekommen waren, wurde dann nach kurzer Diskussion der Beschluss gefasst, sich tatsächlich durch gemeinsames öffentliches Niedersetzen in der Grazer Herrengasse zu widersetzen. „Wir setzen uns nieder!“ wurde zur eingängigen Formel für den Protest gegen das Bettelverbot, weil sie sowohl Solidarität mit den Bettlern zum Ausdruck brachte als auch das Besetzen des öffentlichen Raums an sich thematisierte. Schließlich durfte man das demonstrative Niedersetzen der Grazer Zivilgesellschaft auch als geschichtsbewusste Emanzipationsgeste der Bürger der einstigen „Stadt der Volkserhebung“ lesen.

Mindestens ebenso überraschend wie die Einigung auf eine gemeinsame Agenda geriet in Folge die Mobilisierung von Plattform-Mitstreitern über Facebook und durch unzählige Telefonate, die die Liste der unterstützenden Institutionen schließlich auf stattliche 140 anwachsen ließ. Vom Afrikazentrum Chiala Afriqas über das Buddhistische Zentrum Sakya, die Diagonale, das Europäische Trainingszentrum für Menschenrechte, Pax Christi oder Romano Centro bis zur zweiten liga für kunst und kultur reichte das erstaunlich breite Spektrum, das sich am Ende auch in der Zusammensetzung der Demonstration selbst widerspiegelte.

Neben der offensichtlichen Missachtung demokratischer Spielregeln durch die steirischen Großparteien gab es noch eine Reihe weiterer Gründe dafür, warum der Protest gegen das Bettelverbot derart rasch anschwellen konnte. Zur Empörung über die konkrete Vorgangsweise zum Landessicherheitsgesetz trat ein allgemeiner Unmut, ein Gefühl der Verunsicherung und Ohnmacht angesichts der von der Landesregierung im Prinzip bereits angekündigten, damals aber noch nicht im Detail verlautbarten, harten Budgetkürzungen. Ein wenig mögen atmosphärisch auch die Umwälzungen in Tunesien und Ägypten mitgeschwungen haben.

Zentraler Grund für die überraschend lautstarken Proteste gegen das Bettelverbot war aber sicher die zynische, peinlich unsachliche wie offen populistische Argumentation führender Vertreter der ÖVP und der SPÖ in der Sache selbst, die dadurch die Sinnhaftigkeit der föderalen, demokratischen Strukturen an sich infrage stellten, das Kompetenzproblem eines Teils des Personals in der Landespolitik mit

aller Schärfe sichtbar machten. So wurde etwa im ÖVP-Antrag zur Verschärfung des Landessicherheitsgesetzes behauptet, die Grazer Roma bettelten nicht freiwillig, sondern würden ausgenutzt. Die Rechtspopulisten von FPÖ und BZÖ hatten seit Jahren ähnlich dumpfe Vermutungen in den Raum gestellt, die von der Grazer Polizei in keinem einzigen Fall verifiziert werden konnten. Darüber hinaus behauptete der ÖVP-Antrag einfach, in Graz müsse niemand betteln. Zynischer kann man's nicht sagen.

Nur in Nuancen unterschied sich davon in den letzten Monaten die Position der steirischen SPÖ. Landeshauptmann Franz Voves hatte im Standard über angeblich kriminelle Organisationen schwadroniert („Die Hintermänner sitzen in Schlössern in Osteuropa.“) und behauptet, man habe ohnehin vor Ort Hilfsprojekte lanciert. Auch wenn dergleichen immer wieder – vor allem auch vom Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) – verkündet wurde, so stimmt es deshalb dennoch nicht. Die von öffentlicher Hand bis dato in die Roma-Dörfer der Slowakei geflossenen Beträge sind in Wirklichkeit absolut vernachlässigbar. Ein von ÖVP wie SPÖ schließlich ins Gerede gebrachtes „Knoblauchanbauprojekt“ für die Roma der Südslowakei streift in seiner Klischeehaftigkeit an rassistischen Stereotypen an.

Und schließlich gab es noch einen weiteren guten Grund, sich den Protesten anzuschließen, den nicht zuletzt etliche Kulturschaffende ins Treffen führten: Demnach geht es nicht nur um das „Bettelverbot“, sondern um den öffentlichen Raum als solchen. Um die Mechanismen zur Kontrolle des öffentlichen Raums. In Graz gab es in dieser Sache schon einiges zu erleben, etwa den Tanz, der rund um den Erzherzog-Johann-Brunnen am Hauptplatz aufgeführt wurde. Was wurde nicht alles unternommen, um Menschen vom Hauptplatz fernzuhalten, die eine bürgerliche Mehrheit dort nicht ertragen konnte! Absurde Spitze der Bemühungen waren mit Sicherheit die 2004 rund um den Brunnen aufgestellten, zusammengeketteten Kirschlorbeerbäumchen. Da haben über die Grenzen von Graz hinaus Viele wohl auch aufgelacht.

Aber leider ist der Kern der Geschichte bitterernst. Der öffentliche Raum und dessen Nutzung werden mehr und mehr eingeschränkt, wenn es um nicht kommerzielle, individuelle Nutzungsformen geht. Da stehen vor allem die Kunstschaffenden auf Seiten jener, die aus den öffentlichen Räumen verdrängt werden. Kunst, die in Außenräumen ihren Platz sucht, ist selbst bestrebt, öffentliche (Stadt-) Räume zu nutzen und andere Menschen zur Nutzung IHRER Stadt anzuregen. Die oft gestellte Frage „Wem gehört die Stadt?“ kann schlicht mit UNS, den BürgerInnen, beantwortet werden. Und WIR, die BürgerInnen haben etwas davon, wenn die Vielfalt im Stadtraum möglich ist und ausgeweitet wird. Dann können WIR unsere Stadt nutzen, wie es uns gefällt. Und dazu gehört nun einmal auch das Recht, die Hand aufzuhalten und um Hilfe zu bitten.

**N**achdem sich im Februar und März hunderte Organisationen in der *Plattform 25* zusammen gefunden hatten, wurde für den 25. März 2011 zur ersten Demonstration aufgerufen. Der Aufruf stand unter dem Titel „Es reicht! Für alle.“

## **ES REICHT! FÜR ALLE.**

Die steirische Landesregierung hat beschlossen, das Landesbudget durch drastische Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Kulturressort zu sanieren. Dabei haben viele Betroffene bereits einen hohen Preis für die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zahlen müssen. Eine Debatte darüber wird erst gar nicht zugelassen, dabei treffen die geplanten Kürzungen gerade jene am härtesten, die auf eine Unterstützung durch die Politik am meisten angewiesen wären. Einige der geplanten bzw. bereits beschlossenen Maßnahmen umfassen:

- Ersatzlose Streichung von Leistungen und existenzbedrohende Kürzungen der Mittel für Menschen mit Behinderung
- Einführung von Kindergartengebühren
- Ersatzlose Streichung von Leistungen und existenzbedrohende Kürzungen der Mittel in der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendwohlfahrt
- Existenzbedrohende Kürzungen bei zahlreichen Sozial- und Kulturinitiativen
- Wiedereinführung der Rückzahlungspflicht (Regress) für Angehörige bei Pflegekosten
- Einführung des Regresses für Angehörige von EmpfängerInnen der Mindestsicherung
- Massive Verschlechterung bei der Mindestsicherung gegenüber der Sozialhilfe
- Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe

Während für Prestigeprojekte und medienwirksame Spektakel ohne mit der Wimper zu zucken riesige Summen ausgegeben werden, werden in anderen Bereichen langfristig tausende Arbeitsplätze vernichtet und Existenzen zerstört. Viele Steirennen und Steirer werden allein durch das Belastungspaket der Landesregierung in die Armut gedrängt.

Geld ist genug da. Jenen etwas wegzunehmen, die sich am wenigsten wehren können, erfordert keinen Mut. Ein richtiger Schritt wäre es, z.B.:

- von Eventpolitik, Prestigeprojekten und Konzernförderungen abzurücken,
- eine sozial gerechte Besteuerung großer Vermögen und Finanztransaktionen einzufordern, und
- Verwaltungs- und Strukturreformen durchzuführen, die vom Rechnungshof und von Budgetexperten seit Jahren eingefordert werden.

Tatsächlich gibt es in Österreich mehr Wohlstand als je zuvor, aber er ist immer ungerechter verteilt. Das ist keine bloße Meinung, sondern eine durch alle einschlägigen Statistiken und Studien wie dem regelmäßig erscheinenden Reichtums- und Armutsbericht bewiesene Tatsache.

Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher steirischer Organisationen und tausende Bürgerinnen und Bürger der Steiermark haben beschlossen, eine Plattform gegen diese Politik zu gründen.

**Die Plattform 25 ruft zum Widerstand gegen diese Politik auf!**

**Es reicht! Für alle.**

**Fair teilen statt kürzen.**

**V**iele Einrichtungen haben schon im Februar und März in Stellungnahmen ihre Kritik an den geplanten Kürzungen formuliert. Die Landesregierung zeigte sich davon unbeeindruckt. Im folgenden dokumentieren wir stellvertretend die Stellungnahmen der „Steiermärkischen Frühförderstellen“ und des „Grazer Frauenrates“.

## **STIEIERMARK „SPART“ BEI DER FRÜHFÖRDERUNG IHRER KINDER**

### **Stellungnahme der Steiermärkischen Frühförderstellen.**

„Sparen“ an der Zukunft der Kinder – kann sich das ein reiches Land wie Österreich leisten?

Familien, deren Kind in seiner Entwicklung gefährdet, verzögert oder behindert ist, durchleben häufig eine krisenanfällige Lebensphase, die ohne fachspezifische Hilfe nur schwer zu bewältigen ist.

FrühförderInnen bieten in dieser Situation auf wissenschaftlich fundierter Basis gezielte Förderarbeit mit dem Kind an und unterstützen und beraten die gesamte Familie. Die Eltern werden stets in partnerschaftlicher Form aktiv mit einbezogen. Das berufliche Tätigkeitsfeld der FrühförderInnen hat sich seit den 90er Jahren stark erweitert. Bildete damals die Arbeit mit behinderten Kindern den Schwerpunkt, sind mittlerweile immer mehr Familien von Armut, Arbeitslosigkeit, Migration oder Gewalt betroffen, immer mehr Kinder von Verzögerungen in ihrer Entwicklung bedroht. Immer öfter leisten FrühförderInnen hier qualifizierte Hilfe für Kind und Familie.

Im September 2009 konnten in der Steiermark insgesamt 1164 Kinder von einer Interdisziplinären Frühförderung und Familienbegleitung (IFF-FB) profitieren. Rund 10% dieser Kinder kamen aus anderen Ländern, die meisten aus der Türkei und Ägypten.

Was kann „Interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung“ bewirken? Die ersten Lebensjahre sind entscheidend. Je früher und gezielter qualifizierte Fördermaßnahmen gesetzt werden, desto größer sind die Entwicklungschancen. Frühförderung ist bereits ab dem Zeitpunkt der Geburt möglich. Im Zentrum stehen in ganzheitlicher Weise die Förderung des kindlichen Verhaltensbereichs (emotionaler Bereich), die Förderung des Denkvermögens (intellektuell-rationaler Bereich), die Förderung des sozialen Lernens und der Gestaltung der Alltagshandlungen unter der Berücksichtigung von Wahrnehmung, Motorik und Sprache.

Jedes Kind soll für den Start ins Leben bestmögliche Bedingungen vorfinden. Das Kind, als Teil seiner Familie, kann sich vor allem dann optimal entwickeln, wenn

das gesamte Familien-System die Kompetenz und die Bereitschaft hat, die vorhandenen Ressourcen bestmöglichst kennen zu lernen und zu nutzen. Die FrühförderInnen stehen deshalb in ihrer Funktion als FamilienbegleiterInnen der Familie als GesprächspartnerInnen zur Verfügung. Für alle Fragen, die sich aufgrund der Situation des Kindes ergeben. Sie bieten fachliche Information, Beratung und Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung alltäglicher Lebensprobleme. Ziel ist die Stärkung der Elternkompetenz durch Erziehungsbegleitung.

Die Auswirkungen bestehender Behinderungen können durch all diese Interventionen eingeschränkt und die Entstehung von Folgeschäden im psychischen oder sozialen Bereich vermieden werden.

Amerikanische und europäische Langzeitstudien belegen, dass es durch Frühförderprogramme zu erheblichen Folgeeinsparungen für die öffentliche Hand kommt – ein investierter Dollar ermöglicht es, Rückflüsse zwischen zwei und vier Dollar zu generieren! (Karolyn, Lynn An.; 2001) Einsparungen in diesem Bereich sind daher nicht sinnvoll! – im Gegenteil: sie führen zu erheblichen Mehrkosten für die künftigen Generationen!

Die mittelbare Betreuungszeit wird durch das Sparbudget um 50 Prozent! gekürzt. Dies bedeutet, dass Zeiten, die für die fachliche Arbeit und für die Gesamtorganisation notwendig sind, nicht mehr zur Verfügung stehen. Es stellt sich die Frage, welche dieser wichtigen Aufgabenbereiche nun weggelassen werden können? Diese Kürzungen haben massive Auswirkungen auf das Gesamtkonzept und die Gesamtqualität der Frühförderung und treffen letztlich das Kind und seine Familie!!

**Österreich, als eines der reichsten Länder der Welt, muss es sich leisten können, die Qualität der Arbeit im Frühförderbereich aufrecht zu erhalten – im Sinne der so häufig zitierten Zukunft unserer Kinder!**

*Die Frühförderstellen: Alpha nova Betriebsgesmb.H. / Chance B sozialbetriebs GmbH / Humanistische Initiative / Jugend am Werk Steiermark GmbH. (Bruck a. Mur, Hartberg, Graz) / Kinderfreunde Steiermark / Lebenshilfe Steiermark Graz und Umgebung, Deutschlandsberg und Voitsberg / L.I.F.F.T. / MFZ-Steingruber OG / Odilieninstitut, Pädagogische Hausfrühförderung für sehbehinderte und blinde Kinder / P.F.I.F.F. Mit- und Füreinander / Sozial-und Heilpädagogisches Förderungsinstitut Steiermark / Verein Hilfe zur Selbsthilfe Judenburg / Verein Hilfe zur Selbsthilfe Knittelfeld / Verein für psychische und soziale Lebensberatung / VIDEF, Verein für Interdisziplinäre Entwicklungsförderung / VINCO*

## **DIE STEIRISCHEN GEMEINNÜTZIGEN ORGANISATIONEN FORDERN EINEN RETTUNGSSCHIRM FÜR BÜRGERINNEN!**

### **Stellungnahme des Grazer Frauenrates**

Während die Banken unterm Rettungsschirm ihre Schäfchen ins Trockene bringen, lässt die Politik die BürgerInnen im Regen stehen.

Kürzungen im Sozialbereich treffen alle: die MitarbeiterInnen in den Vereinen und die SteirerInnen, für die sie sich einsetzen. Sie schädigen den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort, schwächen den sozialen Zusammenhalt, reduzieren die Lebensqualität aller BürgerInnen und verschärfen Armutsgefährdung und Armut. Investitionen in Gesundheit, Gerechtigkeit und Bildung sind Investitionen in eine lebenswerte Zukunft.

### **Gemeinnutz nutzt allen – daher lasst die sozialen Vereine arbeiten!**

Die steirischen gemeinnützigen Organisationen appellieren an die Steirische Landesregierung, keine linearen 25-Prozent-Kürzungen der Ressortbudgets vorzunehmen, um auf diese Weise die Lücke im Landesbudget zu schließen. Eine solche Kürzung bei den Förderungen von Nicht-Regierungs-Organisationen, den NGOs, trifft die Zielgruppen, für die diese arbeiten!

Kürzungen im Bereich von NGOs treffen besonders Frauen, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Langzeitarbeitslose und MigrantInnen, Kinder und Jugendliche, chronisch Kranke, Frauen und Männer mit Behinderungen. Die gemeinnützigen Vereine erbringen im Auftrag der öffentlichen Hand Leistungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Forschung, Arbeitsmarkt, Integration, Jugend und Frauen. Sie betreuen, beraten, bilden und begleiten jährlich zehntausende Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer. Sie engagieren sich für soziale Integration, gegen Gewalt und gegen Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer Behinderung oder der sexuellen sowie religiösen Orientierung.

Steirische gemeinnützige Organisationen sind AnwältInnen (Advocacy) ihrer NutzerInnen und KlientInnen. Sie arbeiten präventiv und vermeiden dadurch soziale und auch ökonomische Folgekosten („Social Return on Investment“<sup>(1)</sup>). Die Mittel



für NGOs zu kürzen, stellt daher budgetpolitisch eine kontraproduktive und teure Maßnahme dar. Es kommt zu neuen Kosten, die die öffentliche Hand tragen muss: als AMS-Leistungen, Sozialhilfe, u.a.m.

Kürzungen bei gemeinnützigen Organisationen sind Einsparungen an den Rechten und Bedürfnissen der BürgerInnen auf Bildung, Gesundheit, Betreuung, Kultur und Unterstützung. Sie zerstören soziales Kapital, schädigen den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort. Sie schwächen den sozialen Zusammenhalt untereinander, reduzieren die Lebensqualität der BürgerInnen und verschärfen Armut und Ungleichheit. Die angekündigte Kürzung bei den Ermessensförderungen betrifft auch die MitarbeiterInnen in den NGOs, denn die Kürzungen bedeuten Arbeitsplatzverluste in den Organisationen.

Wir richten daher den Appell an alle politische Verantwortlichen in der Steiermark, keine linearen Kürzungen im Landesbudget vorzunehmen. Wir fordern Sie vielmehr auf, jene Mittel bereitzustellen, die die NGOs brauchen, um die Rechte ihrer NutzerInnen und KlientInnen umzusetzen.

**Gemeinnutz nutzt allen – Kindern, Frauen und Männern!**

*Der Grazer Frauenrat, ein Zusammenschluss von über 40 Organisationen und vielen Einzelpersonen, ist der Trägerinnenverein für die Unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz.*

**D**ie Kritik gegen das Sparpaket ging weit über die unmittelbar Betroffenen hinaus. So hat beispielsweise der Gemeinderat von Mürzzuschlag die Landesregierung in einem einstimmigen Beschluss aufgefordert, unsoziale Maßnahmen zurückzunehmen.

## **Die Gemeinde Mürzzuschlag**

### **Antrag im Gemeinderat vom 31. 3. 2011**

gemäß § 54 Abs. 3 der Steiermärkischen Gemeindeordnung  
eingebracht von KPÖ – proMz – Gemeinderäte Franz Rosenblattl, Franz Eisinger

### **Begründung**

Die bisher vorgestellten Einschnitte beim Budget des Landes Steiermark bedeuten große Belastungen für direkt Betroffene. Auch auf viele MürzzuschlagerInnen hat es große Auswirkungen. Ebenso gefährdet ist auch die Tätigkeit von den diversen Trägerorganisationen und wirkt sich auch auf Arbeitsplätze im Sozialbereich aus.

So ist zum Beispiel die Lebenshilfe Mürzzuschlag mit Einsparungsplänen bis zu 39 % (bei der Betreuung und Pflege von Schwerstbehinderten) konfrontiert. Betreuungsmaßnahmen von Organisationen wie Jugend am Werk, das Beratungszentrum von „Rettet das Kind“, mehrere private Betriebe und SozialarbeiterInnen, die Lern-, Erziehungs- und Bewährungshilfe sowie familiäre Sozialbetreuung anbieten, sind nicht mehr im notwendigen Umfang gewährleistet. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, alle vorgesehenen Verschlechterungen aufzuzählen. Sie reichen vom Aus für den Gratiskindergarten bis zur Kürzung der Wohnbeihilfe und der Mittel für die Althausanierung. Die Einschnitte beim Landesbudget erfolgen kurz nach einem Belastungspaket des Bundes, das bereits negative Auswirkungen auf die Familien, die Studierenden und andere Teile der Bevölkerung zeigt. Diese können von der Gemeinde nicht aufgefangen werden.

Statt Möglichkeiten der Einnahmenerhöhung durch sinnvolle Abgaben zu erschließen, wird das Doppelbudget des Landes die soziale Lage vieler Menschen verschlechtern, zum Abbau von Arbeitsplätzen führen und sich auch auf die Finanzsituation der Stadt negativ auswirken. Das Belastungspaket ist unter strengster Geheimhaltung ohne Einbeziehung wichtiger Interessensverbände geschnürt worden. Der ÖGB-Steiermark hat in seinen Stellungnahmen gegen das Paket der Landesregierung eine soziale Schieflage festgestellt. Die „Plattform 25“, in der sich zahlreiche Initiativen und Vereine zusammengeschlossen haben, stellt in ihrem Aufruf fest, dass „gerade jene am härtesten (getroffen werden), die auf eine Unterstützung

durch die Politik am meisten angewiesen wären“. Aus all diesen Gründen sollte der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag ein Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen setzen und ihre Forderungen nach sozialer Ausgewogenheit unterstützen und den folgenden Antrag beschließen:

### **Antrag**

**Der Gemeinderat der Stadt Mürzzuschlag fordert die Landesregierung sowie den steiermärkischen Landtag auf, jene Maßnahmen des Belastungspaketes zu überdenken und zurückzunehmen, die sozial nicht vertretbar sind.**

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

**D**ie Demonstrationen auf der Straße haben ein neues, ein anderes, ein kreatives Gesicht. Nicht zuletzt lag dies an der großen Zahl der beteiligten KünstlerInnen. Diese neue Protestkultur wurde nicht nur auf der Straße sichtbar, sondern auch in der Solidaritätsparty, die am 29.6.2011 in der Grazer Postgarage stattfand.

## **DAS „WIR-SIND-DA-ORCHESTA“ AUF DEM WEG ...**

*Von Christian Wabl*

Es begann mit der „Menschenkette“, die die Plattform 25 um den steiermärkischen Landtag bildete. Eigentlich begann es noch früher: mit der Demonstration gegen das Bettelverbot. Dort war für mich deutlich eine neue Demonstrationskultur spürbar. Die Menschen saßen in der Herrengasse, bildeten Gruppen und redeten. Freunde trafen sich und tauschten Gedanken aus. Man war selbstbewusst, wusste um das Unmenschliche dieses Gesetzes und hatte das Gefühl, dass damit das Ende einer Ära einer bestimmten politischen (Un)Kultur eingeleitet wurde. Musik wurde gespielt.

Die Begegnung mit einem alten Freund führte zum Organisationskomitee der Plattform und wir breiteten dort unsere ersten Überlegungen für einen kulturellen Beitrag zur geplanten Großdemo am 26.6. aus. Der Anfang für das „Wir-sind-da-Orchestra“ war gemacht. Die Suche nach geeigneten Texten und Liedern begann. „Mama look a booboo“ drängte sich auf, „A working class hero“ rückte sich in Erinnerung, und Bob Marleys „Get up, stand up“ kam selbstverständlich in die nähere Auswahl.

Die Kontakte mit Musikern wurden gelegt und aufgenommen - mit dem Üben begonnen. Die Musik der Bewegung, die mit dem Gesetz gegen die Bettler und den Ankündigungen der Kürzungen begann, machte aus den bekannten Liedern Erklärungen, befreite sie aus ihrem losgelösten Hitleben. Die neue Auseinandersetzung mit ihren Inhalten machte ihre Kraft neuerlich erkenntlich und setzte sie in Zusammenhang mit unseren Zielsetzungen und Vorstellungen. Wer sich den Text von „Get up, stand up“ genauer angehört hat, weiß, wovon die Rede ist. Er erzählt von der Notwendigkeit des Aufstands, um eine menschlichere Gesetzgebung Wirklichkeit werden zu lassen.

John Lennons traurige Ballade erinnert uns an die langen Durststrecken, durch die diejenigen, die sich nach grundlegenden Veränderungen sehnen, gehen müssen. Die Friedens- und Sozialbewegungen in der Zeit, in der John sein Lied sang, hatten ihren Höhepunkt erreicht und die „Normalität“ kündigte sich schon an. „Mama, look a booboo“ war allen „Vätern“ (des „Sparpakets“), die nicht hören wollen gewidmet. Die Arbeit mit den Musikern und an der Textung und Gestaltung eines „fliegenden Flugblattes“ war getragen von Zuversicht und einer „neuen Leichtigkeit“. Keine verbissenen Kampfansagen, sondern die Überwindung einer politischen Normalität durch

Musik, Poesie und Einsicht in die Grundregeln unserer Gesellschaft, war das Ziel. Die Gedankenlosigkeit der „Gesetzesmacher“ zu beenden.

Die „Probe“ zu Beginn der großen Demo, das Erleben des „Aufgehens“ der Arbeit, die freudige Aufnahme der tausenden, die gekommen waren, um den Beschluss zu verhindern, war ein schönes Erlebnis. Die Lieder so gesungen waren auch von einer anderen Art als die alte Demonstrationskultur der Gewerkschaft, die sich der Plattform angeschlossen hatte. Deren „Marschbefehle“ und „Kampfansagen“ unterschieden sich von den Gesängen und Klängen des „Wir-sind-da-Orchestra“.

In den langen Gesprächen danach, in denen das Erlebte eingehend besprochen wurde, wurde klar, dass wir weiterhin „da sein“ müssen und an der Gestaltung dieses neuen Demonstrierens weiterarbeiten wollen. Uns war aber auch klar, dass große Demonstrationen noch etwas auf sich warten lassen könnten.

So machten wir uns an die Erschaffung einer „Oase des Aufstands“. Dort sollten Kraft getankt und „kulturelle Erfrischungen“ eingenommen werden können. Sollte die Möglichkeit gegeben sein, über all das und die weitere Vorgangsweise zu sprechen: Dort sollten Ziele und Ursachen des gesellschaftlichen Geschehens, die Hintergründe und Interessen am „Sparwahn“ besprochen und das „wir sind da“ gefeiert werden. So verfassten wir die Einladung für ein kreatives Treffen und begannen mit der Arbeit, um die Bedingungen für eine „Oase des Aufstands“ zu schaffen.

## **...ZUR „OASE DES AUFSTANDS“**

*Von Lothar Lässer*

Auch ich traf einen alten Freund bei der Menschenkette und da begann etwas. Zuerst habe ich mich dagegen gesträubt, aktiv zu werden – politisch – weil das ja auch anstrengend sein kann. Und das „Wir-sind-da-Orchestra“ war unglaublich viel Arbeit. Und auch die Oase ist ein Großprojekt. „Eigentlich bin ich Musiker“, sage ich mir immer wieder, „warum mache ich das eigentlich?“. Die Antwort darauf ist für mich, dass mir immer klarer wird, wie wichtig Kultur für gesellschaftspolitische Veränderungen ist. Nach der Groß-Demo am 26.4. 2011 habe ich ganz deutlich gespürt, dass unsere wochenlang ausgedachten und durchdiskutierten Ideen ein ganz neues Erscheinungsbild von Veränderungswillen gezeigt haben. Ich verstand, wie wichtig es war, immer wieder in den Gesprächen zu den tiefen Zielen zu kommen, nicht tagespolitisch zu agieren und hinterherzuhinken, sondern immer wieder zu den Wurzeln vorzustoßen. Mit Kultur, in diesem Fall war es Musik und Literatur, verlässt man alltägliche Mechanismen und kommt in eine Ebene, die besonders wichtig ist – das Spüren von dem was man will und woran man glaubt.

Das soll auch bei der Oase so sein. Natürlich ist dieser Anspruch gigantisch, aber wollen wir eine Veränderung oder nicht? Und wenn wir sie wirklich wollen, dann braucht das alle Sinne, die Vernunft ist genau so gefragt wie das Gefühl.

**B**ei der Menschenkette um das Landhaus am 11.4.2011 kritisierten die Sprecher/innen der Plattform 25 nicht nur das Budget der Landesregierung, sondern formulierten auch alternative Vorschläge.

## **DIE ALTERNATIVE BUDGETREDE DER PLATTFORM 25 AM 11.4.2011**

*Von Yvonne Seidler und Gerhart Zückert*

Am 25.03.2011 waren wir 10000, die nein gesagt haben zu dem rücksichtslosen und kurzsichtigen Kürzungsbudget der Landesregierung, nein zu dem massivsten Angriff auf Kultur, Soziales, Bildung und Gesundheit, den Österreich in den letzten Jahrzehnten gesehen hat. Die Reaktion der Landesregierung war: Wir haben ja Verständnis für die Sorgen der Betroffenen, aber es gibt keine Alternative! Das stimmt nicht! Wie glaubwürdig ist ein Landeshauptmann, der vor den Wahlen eine Steiermark in sozialer Harmonie versprochen hat und „Gut so, weiter so“ plakatieren ließ und jetzt keine Alternative zu einem derart massiven sozialen Kahlschlag sieht?

Das Budget der Plattform 25 baut auf grundlegende Werthaltungen auf. Die einzige Werthaltung des Budgetentwurfs der Landesregierung ist das Diktat des brutalen Rotstiftes, der Streichungen und Kürzungen, ohne Rücksicht auf Folgekosten. Im Gegensatz dazu würde unsere Budgetpolitik langfristig wirken und wäre nicht nur die Vorbereitung auf die völlige Zerstörung jeder sozialen Infrastruktur. Die droht uns nämlich in den nächsten Jahren, wenn die Landesregierung ihr Budget durchbringt.

Die Prinzipien unserer Budgetpolitik basieren auf Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit, auf Respekt für Verschiedenheiten und Anerkennung von Verschiedenheiten, auf gesellschaftlicher Verantwortung und Solidarität.

Wir bekennen uns zu einem Budget, das die Lebensqualität und den Lebensstandard aller Steirerinnen und Steirer nachhaltig sichert.

Wir bekennen uns zu einer Budgetpolitik, die das Ziel einer vollen Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen verfolgt.

Wir bekennen uns zum Recht aller Steirerinnen und Steirer auf eine soziale Grundversicherung, die diesen Namen auch verdient. Dazu gehören das Recht auf Wohnen, das Recht auf Bildung, das Recht auf Unterstützung, wenn sie gebraucht wird, das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft, sowie das Recht auf

Schutz vor Gewalt. Und dazu gehören das Recht unserer Kinder auf optimale Förderung ihrer Zukunftschancen, das Recht auf Kinder- und Jugendschutz und das Recht auf bestmögliche medizinische Versorgung! In allen diesen Bereichen bekennen wir uns zu höchsten Qualitätsstandards und zu engen Kooperationen mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen, um die vorhandenen Mittel so effizient und effektiv wie möglich einsetzen zu können.

Wir bekennen uns zu einer Budgetpolitik, die Kultur als unverzichtbaren Bestandteil unserer Lebensqualität ansieht. Wir würden den Budgetprozess öffnen, um breite gesellschaftliche Mitbestimmung und Kontrolle zu ermöglichen. Volle Transparenz bei Ausgaben und Einnahmen, bei Parteienfinanzierungen und Spenden wäre unser Ziel, alles muss für die Bevölkerung einsehbar sein!

Wir meinen, zu diesen Bekenntnissen gibt es wirklich keine Alternative! Es gibt finanzielle Mittel für ein Budget, das von diesen Grundhaltungen getragen wird! Diese finanziellen Mittel aufzugreifen erfordert allerdings mehr Mut, als das Geld denen aus der Tasche zu ziehen, die sich nicht wehren können!

Wir brauchen Strukturreformen, die zu einer nachhaltigen Budgetsanierung führen. Ein erster Punkt ist da die Abschaffung des unseligen Proporzsystems, das kostspielige Folgen hat, zum Beispiel dass überall, wo ein rotes Regierungsmitglied einem schwarzen Spitzenbeamten gegenüber sitzt und umgekehrt, es einen gut bezahlten Aufpasser im Regierungsbüro braucht. Deshalb hat Landeshauptmann Voves auch 22 MitarbeiterInnen, während Bundeskanzler Faymann 14 und Vizekanzler Pröll 12 MitarbeiterInnen hat. Und selbst Jose Manuel Barroso kommt mit 17 MitarbeiterInnen aus, aber der leitet ja nur die EU-Kommission...

Darüber hinaus leistet sich unsere derzeitige Landesregierung Berater von außen, die jährlich 4 Millionen Euro kosten (was machen die 22 BüromitarbeiterInnen bei Voves eigentlich den ganzen Tag??), einen schicken Fuhrpark um 3,65 Millionen Euro jährlich und Ausgaben für Eröffnungen und Buffets um satte 1,4 Millionen Euro im Jahr!!

Das Budget der Plattform 25 sieht vor, dass die Regierung bei sich selbst zu sparen beginnt und die Kosten für diese Posten drastisch kürzt. Statt vom Landhaus in die Burg mit dem Chauffeur zu fahren, spazieren unsere Regierungsmitglieder durch die Herrengasse und die Sporgasse, und sind auch in öffentlichen Verkehrsmitteln oder am Fahrrad anzutreffen.

Nur bei diesen Regierungaussparungen sparen wir 5 Millionen Euro, damit haben wir bereits mehr als die Hälfte dessen, was die jetzige Regierung im Jugendwohlfahrtsbereich sparen will, gesichert.

In Doppel- und Dreifachgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden versickern jedes Jahr Millionen. Das geht auch anders! Die Plattform würde das

vorhandene riesige Heer an BeamtenInnen einsetzen, um rasch, zackig und effizient Appelle vom Rechnungshof und von Budgetexperten umzusetzen und alle Bereiche der Verwaltung auf Sinnhaftigkeit und Kosten hin zu überprüfen und zu optimieren.

Es gibt Bezirksschulräte, Landesschulräte und eine Schulabteilung im Land. Wozu?? Es gibt 5 verschiedene Abteilungen, die sich mit Filmförderung beschäftigen. Wozu??

Die Steiermark hat weniger EinwohnerInnen als Oberösterreich, aber um 100 Gemeinden mehr. Wozu??

Die schon längst überfälligen Verwaltungsreformen auf Landesebene müssen sofort durchgeführt werden! Die Sozialsysteme werden ja nur deshalb zusammengekürzt, weil die Landesregierung unfähig ist, Verwaltungsreformen durchzuführen.

Sozialpolitik immer nur unter dem Aspekt der Kosten und der möglichen Kosteneinsparung zu sehen ist der falsche Weg. Gelder für den Sozialbereich sind Investitionen in unser aller Lebensqualität und Investitionen in den Wirtschaftsstandort Steiermark, die sich auch volkswirtschaftlich rechnen. Eine Investition von einer Million Euro schafft im Sozialbereich 17 neue Arbeitsplätze, im Tourismus nur 13 und im Bauwesen gar nur 11 neue Arbeitsplätze – obwohl die Bauwirtschaft immer als Konjunkturlokomotive gepriesen wird. Die Sozialwirtschaft kurbelt also das Wirtschaftswachstum an und schafft überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze! Kürzungen im Sozialbereich hingegen vernichten überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze und verursachen kaum abschätzbare Folgekosten. Im Budget der Plattform 25 gäbe es daher keine Kürzungen im Sozialbereich.

Aber auch im Sozialbereich sind Strukturreformen möglich: In der Altenpflege kostet ein Heimplatz acht Mal so viel wie mobile Betreuung. Trotzdem hat die Steiermark so viele Pflegeheimplätze wie kein anderes Bundesland. Mehr als die Hälfte aller Sozialausgaben von Land und Gemeinden fließen in die Pflegeheime. Und jetzt will die Landesregierung auch noch die mobilen Dienste für Menschen mit Behinderungen wie Wohnassistenz, Familienentlastungsdienst und Freizeitassistenz massiv kürzen, und Menschen mit Behinderung damit im Endeffekt wieder zurück in die Großheime treiben. Obwohl die stationären Unterbringungen ungleich teurer sind!

Dasselbe passiert in der Jugendwohlfahrt. Obwohl wir alle wissen, dass frühzeitige, präventive Hilfen und Unterstützungsangebote langfristig viel billiger kommen als spätere Unterbringungen und Heimplätze, werden viele der frühen Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche gestrichen oder gekürzt. Nicht im Budget der Plattform 25!



In unserem Budget wäre ein umfangreicher Ausbau der mobilen Dienste, auch in der Altenpflege, vorgesehen. Im Bereich der Altenpflege dürfte es keine gewinnorientierten privaten Pflegeheimbetreiber mehr geben! Die gewinnorientierten privaten Pflegeheimbetreiber erwirtschaften ihre satten Profite ja aus dem Sozialbudget, das Geld kommt nicht den Betroffenen zugute. Das ist wirklich verschwendetes Steuergeld! Wir würden mobile Dienste für die Betreuung zuhause in allen Bereichen vom Kleinkind bis zum alten Menschen ausbauen, ebenso präventive Unterstützungsangebote wie die Sozial- und Lernbetreuung. Die Entwicklungsförderung würden wir auf die ganze Steiermark ausweiten. Mobil vor Stationär, Prävention vor Krisendienst, Effektivität und Effizienz sind die wichtigsten Grundsätze unserer Entscheidungen für alle Unterstützungsleistungen.

Wir lassen nicht zu, dass kurzsichtige, sinnlose Sparattacken, die der Gesellschaft viel mehr schaden, als dass sie nützen, umgesetzt werden, und dass unser Sozialstaat eingespart wird!

Bevor wir an Menschen sparen, schauen wir uns an, wo wir Geld einfach verschenken, verschwenden und verspekulieren. Und hier geht es um wirklich große Beträge!

Die Plattform 25 würde anders handeln als diese Landesregierung!

So wie wir im Sozialbereich darauf achten, dass hohe Qualitätsstandards eingehalten werden und die Mittel so effizient und effektiv wie möglich eingesetzt werden, so würden wir das auch im Bereich der Wirtschaftsförderung oder der Förderung des Tourismus machen. Wir würden uns gut überlegen, was der Bevölkerung der Steiermark mehr nützt: Sind es die 100 Mio. Euro für Spielberg und 150 Mio. € für Schladming oder 75 Mio. Euro Wirtschaftsförderung für den Pharmakonzern Roche, noch schnell hinterher geschmissen, bevor er alle MitarbeiterInnen gekündigt und das Land mitsamt dem Betrieb wieder verlassen hat (und sich möglicherweise immer noch die Hände reibt, und die dummen Steirer auslacht die sich ausnehmen lassen...)? Oder investieren wir diese Gelder in beste Begleitung und Unterstützung für unsere Kinder und Jugendlichen, größtmögliche Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen, Altern in Würde auch für die Armen und Schwachen in unserer Gesellschaft??

Allein mit den 800.000 Euro an Förderungen für einen Tag Airpower in Zeltweg könnten eineinhalb Jahre Entwicklungsförderung für 100 Kinder und 37 Arbeitsplätze finanziert werden.

Was sind das für Prioritäten, die unsere Landesregierung hier hat? Für fragwürdige Gratisevents ist nach wie vor Geld da, für Kinder und Jugendliche nicht?

Es gibt viele Alternativen! Voves und Schützenhöfer tun so, als ob dem Land bei zusätzlichen Einnahmen die Hände gebunden sind. Das stimmt nicht! AK-Präsident

Walter Rotschädl beziffert die Möglichkeiten zusätzlicher Einnahmen für die Steiermark mit 30 bis 40 Millionen, damit könnte auf die Kürzungen im Behindertenbereich und im Jugendwohlfahrtsbereich völlig verzichtet werden. Allein die Einführung einer Glückspielabgabe nach Wiener Vorbild brächte 20 Millionen Euro pro Jahr! Eine Schotterabgabe wie in Niederösterreich brächte 5 Millionen im Jahr! Aber um das durchzusetzen, müsste sich die Landesregierung mit der Glücksspiellobby und den Schotterbaronen anlegen. Dafür braucht es Mut, und den haben Voves und Schützenhöfer nicht! Im Budget der Plattform 25 wird die Glücksspielabgabe erhöht und eine Schottersteuer nach dem Vorbild anderer Bundesländer eingehoben.

In Österreich werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Die Plattform 25 setzt sich im Bund für Sanierungsmaßnahmen auf der Einnahmenseite ein, also für eine Finanztransaktionssteuer, für eine stärkere Besteuerung von Stiftungen und wirklich großen Vermögen und für eine stärkere Besteuerung von Aktiengewinnen. Das sind alles Steuern, die der breiten Masse der Bevölkerung nicht weh tun und viel Geld bringen.

Unsere Landesregierung lässt sich dafür abfeiern, dass sie so mutig ist, endlich mit der Budgetsanierung zu beginnen. Aber es gehört wenig Mut dazu, auf dem Rücken von sozial Schwachen und Menschen mit Behinderung zu kürzen. Unsere Alternativen erfordern mehr Mut.

Die Forderungen der Plattform bedeuten zwar den Konflikt mit mächtigen Wirtschaftslobbies, Gewinnmaximierern und Einflüsterern, die ganz andere Interessen haben als der Großteil der steirischen Bevölkerung. Aber unsere Alternativen tragen dazu bei, dass eine „Steiermark in sozialer Harmonie“, dass „Fairness erhalten, Zukunft gestalten“ nicht nur leere Versprechungen auf den Wahlplakaten bleiben, sondern in die Realität umgesetzt werden!

Im Gegensatz zu Voves und Schützenhöfer stehen wir zu unseren Werten. WIR stehen zu unserem sozialen Gewissen!

In diesem Landhaus wird der Landtag Ende April ein Budget beschließen. Voves und Schützenhöfer haben den Abgeordneten einen Budgetentwurf vorgelegt, der den Interessen der steirischen Bevölkerung widerspricht. Die Abgeordneten des Landtages haben es in der Hand, dieses Budget zu verhindern! Wir fordern die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP daher auf, sich nicht an die Seite ihrer Parteichefs, sondern an die Seite der steirischen Bevölkerung zu stellen und dieses Budget abzulehnen!

Um die Abgeordneten wachzurütteln, bilden wir jetzt eine Menschenkette um das Landhaus. Wir erwarten, dass in diesem Landhaus Entscheidungen getroffen werden und ein Budget beschlossen wird, das im Sinne der Bevölkerung ist!

**D**ie wachsende Kritik und tausende Menschen auf der Straße konnten die Landesregierung nicht zum Einlenken bringen. Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser betonte, dass sie auch dann „nicht in die Knie gehen werden, wenn 20.000 am Hauptplatz aufmarschieren“. In der Bewegung wurde dadurch die Diskussion intensiviert, wie und mit welchen Mitteln der Druck auf die Landesregierung gesteigert werden kann. Im folgenden dokumentieren wir zwei Beiträge dieser Debatte über die Ziele, Mittel und Perspektiven der Bewegung.

## IN DEN RING STEIGEN!<sup>1)</sup>

*Von Samuel Stuhlpfarrer*

*Am 25. März mobilisierte die Plattform 25 10.000 Menschen in Graz, um gegen das drohende Landesbudget zu demonstrieren. Am 11. April gingen wiederum 5000 in der steirischen Landeshauptstadt auf die Straße. Indes erwacht auch der steirische ÖGB.*

Konzipiert worden war die Aktion am 11. April als „Menschenkette“. Wenige hundert Menschen hätten das Grazer Landhaus symbolisch in Beschlag nehmen sollen, um so deutlich zu machen, dass es „uns allen“ gehöre. Hintergrund für die Aktion war eine krasse, mithin auch symptomatische, Fehleinschätzung der Stimmung innerhalb der Bewegung. Unmittelbar nach der Demo am 25.3 hatten die vom Belastungskurs der steirischen Landesregierung am stärksten betroffenen Sektoren Gewissheit erlangt. Die Durchführungsverordnungen (DVO) trudelten in den Geschäftsstellen der betroffenen (Sozial-)Einrichtungen ein, plötzlich hatte man Zahlen und Gesichter (derjenigen nämlich, deren Stellen unter diesen Vorzeichen abgebaut werden müssten) vor Augen; schlagartig wuchs die Empörung. Anders als angenommen, führte dies nicht zu einer Ermüdung, sondern zu einer Ausweitung der Bewegung. Schon in den Tagen vor der „Menschenkette“ demonstrierten in mehreren steirischen Bezirksstädten (jeweils) bis zu 1000 Menschen gegen das Paket.

Vor diesem Hintergrund kam es wenig überraschend, dass aus der geplanten „Menschenkette“ eine abermalige Großdemonstration wurde. 5000 waren es schließlich, die am vergangenen Montag gegen das Paket auf die Straße gingen. Sie erhöhten ihrerseits auch den Druck auf den steirischen ÖGB, der in einer zeitgleich stattfindenden Landesvorstandssitzung eine Großdemonstration für den 26. April beschloss. Zudem: Kampfmaßnahmen im Sozialbereich für den Fall, dass neuerliche Verhandlungen mit den Spitzen der Landesregierung ergebnislos verlaufen sollten. Die Sprecher/innen der Plattform 25 verhandeln gegenwärtig mit dem ÖGB die Eckpunkte einer gemeinsamen Ausrichtung der Demo am 26. April.

Aus heutiger Sicht scheint es absolut sicher zu sein, dass die Demo am Dienstag nach Ostern alles Bisherige bei weitem übertreffen wird. Tatsächlich wird der Erfolg der Aktion aber nicht zuletzt vom Mobilisierungswillen des ÖGB abhängen. Und davon, ob der eben erst aufgewachte schlafende Riese nicht doch noch dazu in der Lage ist, einen faulen Kompromiss mit Voves und Schützenhöfer zu verhandeln.

Für die Plattform 25 stellen sich aber - ganz abgesehen davon - weitere entscheidende Fragen. Was tun, wenn auch die Demo am 26. April die Landesregierung nicht von ihren Budgetplänen abzubringen vermag? Wäre es angesichts dessen nicht längst legitim, nach der (gelungenen) Verbreiterung der Bewegung auch zu einer Zuspitzung in den Aktionsformen zu finden? Und wie soll es nach einem zu befürchtenden Budgetbeschluss im steirischen Landtag (der soll am 28. April erfolgen) weitergehen? Schlüssige, die Dynamik der Bewegung antizipierende Antworten auf diese Fragen, ist man bislang schuldig geblieben. Die Verlagerung des Kampfes von der Straße in die betroffenen Betriebe und Einrichtungen dürfte wenn, dann wohl eher der ÖGB besorgen. Vorbereitende Maßnahmen hinsichtlich einer Ausweitung möglicher Arbeitskämpfe auf den produktiven Sektor der steirischen Wirtschaft sind bislang ohnedies kaum Teil der Überlegungen gewesen. Fest steht: sollte eine Zuspitzung der objektiven Situation, sprich: eine unmittelbar nach der Demo am 26. April einsetzende Eskalation der Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht gelingen, wird es schwierig, um nicht zu sagen, unmöglich werden, in den Wochen nach der Beschlussfassung im Landtag die Bewegung neuerlich zu entfachen. Das sollten sich zuvorderst jene Teile der Plattform 25 zu Herzen nehmen, die gegenwärtig aus Angst, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren, eine in Form und Inhalt rückwärtsgewandte Linie verfolgen.

Apropos Inhalte: Auch hier hat sich zuletzt deutlicher Diskussionsbedarf gezeigt. Jener Teil der – im Zuge der „Menschenkette“ vorgetragenen – „alternativen Budgetrede“ etwa, der sich mit „Strukturreformen“ als Alternative zu Einsparungen im Sozialbereich befasste, hatte – gewollt oder ungewollt – nichts anderes zum Inhalt, als den neoliberalen Rollback, der auch die Politik der schwarz-grünen Koalition in Graz kennzeichnet und dessen traditionelle Proponenten historisch zumeist aus dem Lager der ÖVP kamen (Hirschmann, Raidl, et. al.). So hieß es in besagter Rede etwa: „Die Plattform würde das vorhandene riesige Heer an BeamInnen einsetzen, um rasch, zackig und effizient Appelle vom Rechnungshof und von Budgetexperten umzusetzen, und alle Bereiche der Verwaltung auf Sinnhaftigkeit und Kosten hin zu überprüfen und zu optimieren“<sup>2)</sup>. Möglicherweise unterliegt der Verfasser dieser Zeilen einem Missverständnis, aber war der Begriff des „Optimierens“ nicht seit jeher einer jener Euphemismen, der den Begriff des „Stellenabbaus“ ersetzen musste (zumindest bis zu dem Zeitpunkt, da sich die Grünen das Wording der Neoliberalen selbst zu eigen machten)? Redet die Plattform 25 neuerdings dem Streichen von Jobs im öffentlichen Dienst das Wort? Stellt man sich hier wissentlich in eine Phalanx mit jenen Kräften – auch aus der Landesregierung – die im nächsten,

allerspätstens jedoch im übernächsten Jahr eine „Verwaltungsreform“ durchsetzen wollen, die Stellenabbau und Erhöhung des Lohndrucks zur Folge haben wird? Und schließlich: Gibt es hier einen vorsätzlichen Unwillen, die bestehende Situation – den Druck auf die Landeshaushalte über Finanzausgleich und Stabilitätspakt – zu thematisieren, um Illusionen zu schüren, es wäre in den Grenzen des Systems alles lösbar, wenn man denn nur wollte?

In der Tat würde eine Verwaltungsreform Folgen haben (Arbeitslosigkeit, Lohndruckerhöhung, Verschlechterungen im Bereich öffentlicher Dienste und Serviceangebote und nicht zuletzt eine Spaltung all jener, die von diesem Budget betroffen sind), lösen würde sie das Budgetproblem mitnichten. Die in besagter Rede gemachte Bemerkung, dass die „Sozialsysteme (...) ja nur deshalb zusammengekürzt (werden), weil die Landesregierung unfähig ist, Verwaltungsreformen durchzuführen“ ist schlichtweg falsch. Der Sozialbereich ist vielmehr deshalb zentrales Ziel der Angriffe, weil er einen Sektor darstellt, in dem kein Mehrwert geschaffen wird; weil Einsparungen in einem ebensolchen Bereich zwar auf die Kaufkraft wirken, allerdings das Wachstum einer - noch dazu weitgehend exportorientierten - Ökonomie nicht gefährden.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Plattform 25 hat innerhalb kürzester Zeit Verdienste erworben, die ihr niemand mehr nehmen kann. Sie hat innert zweier Monate eine Bewegung zum Leben erweckt, deren Kraft von kaum jemandem für möglich gehalten worden wäre. Sie hat es geschafft, den ÖGB dazu zu zwingen, in die Auseinandersetzungen um das steirische Landesbudget einzugreifen. Sie hat sich aus dem Nichts zur maßgeblichen Referenz im Kampf gegen dieses Paket aufgeschwungen. All das bringt auch eine spezifische Verantwortung mit sich. Es liegt jetzt an den in der Plattform 25 engagierten Betriebsräten, Streiks im Sozialbereich mitvorzubereiten. Es liegt an der Plattform 25, die Solidarität anderer Sektoren sicherzustellen. Es liegt an ihr, all jene zusammen zu führen, die die Ablehnung dieses Pakets eint. Es liegt an ihr, die Auseinandersetzung auf eine Weise zuzuspitzen, die dieses Belastungspaket zu verhindern imstande ist. Und es liegt mit an ihr, die Demo am 26. April zu einem Massenprotest werden zu lassen, der in der Lage ist, das Machtgefüge in diesem Land zum Tanzen zu bringen. Die Plattform 25 hat vor rund zwei Monaten die Arena betreten. Es wäre jetzt an der Zeit, in den Ring zu steigen!

1 Dieser Text wurde am 13. April 2011 zunächst im social network Facebook zirkuliert und in weiterer Folge von mehreren Websites sowie der marxistischen Zeitschrift „Der Funke“ übernommen.

## **STREIK IST DIE ERSTE WAHL. ZUR PARTEI-ILLUSION IN DER STEIERMARK <sup>1)</sup>**

*Von Andreas Exner*

Die Massenproteste gegen das steirische 25%-Sparpaket sind gescheitert. Vorerst jedenfalls. Die Mobilisierung könnte ein wichtiger Anknüpfungspunkt werden. Doch wird nichts angeknüpft. Viele vertrauen nach wie vor der SPÖ. Die werde sich schon ändern. Bei der nächsten Wahl. Nichts könnte falscher sein. Dabei liegt die Lösung nah.

Da werden Grabreden gehalten und Totenglocken geläutet. Man kündigt an, so genannte Härtefälle des 25%-Belastungspakets öffentlich machen zu wollen. Der phantasielose Versuch, die Härte des Pakets auf Einzelfälle zu beschränken, ist Resultat der Alternativlosigkeit in den Köpfen. Denn es ist schon absehbar, dass die Härtefall-Taktik das fortsetzt, woran die Demonstrationen unter Federführung der Plattform 25 schon bisher krankten: Der Angriff der steirischen Landesregierung auf die Arbeitenden wird vorrangig mit dem Verweis auf Moral und Mitleid beantwortet. Nicht aber mit dem einzigen Mittel, das auch wirkt: nämlich Streik.

Davor scheut man zurück als wäre das undenkbar: die Arbeit zu verweigern, weil die Bezahlung zu beschissen, der Personalstand zu niedrig, die Rahmenbedingungen unerträglich sind. Dabei geht es um nichts weniger als die eigene Gesundheit. Es geht darum, Arbeit zu verweigern, die einen selbst in die Krankheit treibt. Ein Drittel der im Gesundheitsbereich Tätigen ist im Burn-out oder von Burn-out gefährdet, stellen AK und ÖGB fest. Im Sozialbereich dürfte die Lage nicht viel besser sein. Was folgt daraus? Nichts. Bis jetzt.

### **Mit einer Illusion gegen den Streik?**

Was Menschen sagen und was sie tun sind, wie man an den Protesten gegen das Sparpaket sieht, oft zwei Paar Schuhe. Man kritisiert das Paket ganz richtig, kündigt weiteren Widerstand an, nur um nach seiner Umsetzung so zu tun, als ginge es um eine Art von Unhöflichkeit, die vorgefallen ist und Ziel verstreuter Äußerungen von Unmut wird. Widerstand bedeutet hier offenbar nicht mehr, als ein paar Mal auf der Straße Parolen zu rufen. Was für eine missbräuchliche Verwendung dieses Begriffs!

Warum Menschen etwas tun oder unterlassen, wird selten ausgesprochen. Und wenn, dann werden Begründungen häufig vorgeschoben. Franz Voves zum Beispiel gibt an, der Schuldenstand des Landes zwingt ihn dazu, das Menschenrecht auf Gesundheit mit Füßen zu treten, Menschen um ihren Arbeitsplatz zu bringen und sozial Benachteiligte weiter zu diskriminieren. Viele, die durchaus dagegen demonstrierten, behaupten, man könne im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht streiken. Denn erstens würde das die auf Betreuung Angewiesenen stärker treffen als jene, die für das Budget verantwortlich sind. Zweitens könne man doch nicht einfach so streiken, solange der ÖGB das nicht organisiert. Drittens würde man die Sympathien in der Öffentlichkeit verlieren, und dann wäre ein Streik von vornherein verloren. Viertens ließe ein Streik das Land Steiermark kalt. Fünftens würden ja ohnehin viele Menschen die SPÖ nicht mehr wählen. Bei der nächsten Wahl würde daher alles wieder gut gemacht. Sehen wir uns in diesem Beitrag einmal den letzten Punkt an. Der scheinbare Rettungsanker all jener, die an Streik nicht zu denken wagen, der Glaube an Regierung und die „richtige Partei“ hält einer Überprüfung an der Realität nicht stand.

### **Die Wahl an der Urne ist keine Wahl**

Die SPÖ ist schon seit den 1980er Jahren auf Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und soziale Angriffe eingestellt. Ebenso wie die ÖVP, die FPÖ, das BZÖ und die meisten Grünen. Die KPÖ hatte in Österreich schon seit Längerem keine Möglichkeit, sich regierungspraktisch zu beweisen. Wir können dieses Muster jedoch an den KPen anderer Länder demonstrieren. Diese Parteien unterscheiden sich zwar in der Farbe und in manchen Nuancen, etwa was die Kultur- oder Migrationspolitik betrifft. Nicht aber in den Kernbereichen der Wirtschaft. Diese muss wachsen, solange sie auf Profit ausgerichtet ist: aus Geld muss mehr Geld werden. Der Staat hängt von den Steuereinnahmen ab, die diese Wirtschaft durch ihr Wachstum generiert. Deshalb kümmern sich alle Parteien und häufig auch der ÖGB vorrangig um Wirtschaftswachstum und erst in zweiter Linie um die Menschen und ihre Rechte.

Gerät die kapitalistische Wirtschaft in eine Profitkrise und nimmt das Wachstum ab, so wird sie folglich auf Kosten der Arbeitenden saniert. Weniger Lohn und Sozialleistungen heißt mehr Gewinn. Dann wird in den Bereichen gekürzt, wo keine Profite gemacht werden: bei Gesundheit, im Sozialbereich, bei Bildung und Kultur. Aber schadet das nicht längerfristig dem Profit? Schießen sich die kapitalistische Wirtschaft und ihr Staat damit nicht selbst ins Knie? Nein. Längerfristig schaden solche Kürzungen dem Profit allenfalls, wenn sie bestimmte Sparten der Bildung treffen. Und auch da nur eingeschränkt. Darüber hinaus ist die lange Frist einem Unternehmer, der täglich seine Konkurrenzfähigkeit unter Beweis zu stellen hat, aus strukturellen Gründen herzlich egal.

Angriffe gegen die Arbeitenden, die als so genannte Sanierung und als ein scheinbar naturgesetzlicher Sparzwang daherkommen, sehen wir also immer, wenn die Wirtschaft in eine Krise kommt. Weil das Kapital nur möglichst großes Wachstum kennt, ist auch jede Sanierung seiner Bilanzen und der Bilanz des von ihm abhängigen Staates immer nur ein Versuch. Einer Sanierung folgt die nächste. Man kann immer noch mehr einsparen, kürzen, zurückfahren. Reformen sind im Kapitalismus endlos.

So sanierte die kommunistische PDS im Bündnis mit der Linkspartei in Berlin das Stadtbudget zu Lasten der Kommunalbediensteten und der Bevölkerung. Die rotgrüne Regierung in Deutschland sanierte das Budget zu Lasten der Arbeitslosen, die nun als Hartz IV-Empfänger\*innen in „offenem Strafvollzug“ (Götz Werner) leben. Die Grünen in Graz sanieren gemeinsam mit der ÖVP das Stadtbudget, indem sie öffentliche Dienste privatisieren. Die Grünen in Wien erhöhen die Preise der öffentlichen Verkehrsmittel, anstatt, wie vor der letzten Wahl versprochen, diese zu verbilligen. Der Landessprecher der Kärntner Grünen, Rolf Holub, tritt für Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst ein. Der Grüne Jürgen Trittin, der vollmundig den Atomausstieg Deutschlands propagierte, verlängerte statt dessen die Laufzeiten der AKWs. AKW-Gegner\*innen ließ er durch die Polizei beseitigen. Joschka Fischer wurde kriegsgeil. Man könnte fortfahren. Die Liste der Sünden von SPÖ, ÖVP und den beiden rechtsextremen Parteien ist so lange, dass eine Aufzählung nicht lohnt. Sie alle agieren seit den 1980er Jahren gegen die Arbeitenden und vor allem gegen jene, die wenig verdienen oder eine besondere Unterstützung brauchen. So. Nun kommt das umgekehrte Beispiel.

Die erste Sozialversicherung wurde vom stockkonservativen deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt. Der scheinbar „linke“ Sozialstaat entstand in einem ebenso stockkonservativen Österreich, in dem lange Zeit die ÖVP das Sagen hatte. Der gesetzliche Umweltschutz ist kein Erfolg der Grünen, sondern vorrangig auf dem Konto von SPÖ und ÖVP zu verbuchen. Auch die Positivliste ist lange.

### **Die Kräfteverhältnisse regieren die Regierung**

Was ist daran zu sehen? Ganz einfach: Es ist nicht die Farbe der Partei, die wichtig ist. Entscheidend sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital, sowie zwischen Arbeit und Staat. Sie bestimmen darüber, wie eine Partei agiert und regiert. Die Regierung ist im Grunde ein Spielball dieser Kräfte: von Arbeit und Kapital und von Leuten, die sich selbst organisieren.

Die Partei fungiert als Spielball, weil sie verschiedene Facetten hat. In jeder Partei gibt es einen Flügel, der eher für soziale Belange eintritt und sich dem Diktat der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu 100% unterwirft. Und in jeder Partei gibt es einen Flügel, der genau das tut. Man nehme, wieder nur als Beispiel, die Grünen. Da gibt es Freda Meissner-Blau und Alexander van der Bellen, die eine eher konservativ orientiert, der andere ein neoklassischer Wirtschaftsprofessor, der für Studien-



gebühren eintritt. Und da gab es eine radikale Strömung, die in Restbeständen in Wien fortbesteht, in Basisgruppen oder politisch wenig bedeutenden Bildungseinrichtungen. Auch in der SPÖ gibt es solche Differenzierungen, selbst in der ÖVP und der KPÖ.

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse bestimmen, welcher Flügel in den Parteien die Oberhand gewinnt. Und sie bestimmen, wie sich der Schwerpunkt der Parteien insgesamt ausrichtet. In den 1970er Jahren war der Sozialstaat in den westeuropäischen Staaten die Grundlage aller Politik. Keine einzige Partei stellte ihn wirksam in Frage. Als sich die Kräfteverhältnisse in den 1980er Jahren veränderten, verschoben sich die Schwerpunkte aller Parteien. Nun begannen ehemalige Linksradikale, für die Privatisierung von Staatsbetrieben zu agitieren (sie hatten inzwischen vergessen, dass es zu Staat und Markt eine Alternative gibt). Die SPÖ kappte ihre letzten Wurzeln in der historischen Arbeiter\*innenbewegung, trieb die Verletzung von Menschenrechten in der Asylpolitik voran und bootete den sozialistischen Flügel in der eigenen Partei zugunsten von ungünstigen Business-Typen und Leistungsfaslern aus.

### **Seit den 1980ern: Neoliberalismus als Konterrevolution**

Die Kräfteverhältnisse hatten sich aus zwei Gründen verändert. Erstens ging die Streikfähigkeit in den USA und in England zurück. Die Regierungen unter Reagan und Thatcher brachen die Macht der Gewerkschaft. Sie schraubten die Zinsen und damit die Arbeitslosigkeit in die Höhe und kürzten Sozialleistungen. Die hohe Arbeitslosigkeit der 1980er Jahre untergrub auch in Frankreich und, zusammen mit der Repression des Staates, insbesondere in Italien die Militanz der Arbeitenden. Die hatten dort zumeist auf Eigeninitiative gestreikt und machten die 1970er Jahre zusammen mit dem Feminismus zum „goldenen Jahrzehnt“ der Befreiung.

In Österreich war die Streikhäufigkeit seit jeher sehr gering, weshalb die 1980er Jahre dahingehend keinen großen Unterschied machten. Allerdings verschob die internationale neoliberale Konterrevolution die Kräfteverhältnisse auch in Österreich. Der beschleunigte Ausbau des Sozialstaats unter Kreisky wurde von derselben Partei wieder umgekehrt.

### **Streik ist das einzige Mittel und die wirkliche Wahl**

Die Realität im Kapitalismus ist hart. Was zählt ist Macht. Die Macht ist ungleich verteilt. Das Land hat die Macht, Budgets zu kürzen obwohl genug für Alle da ist. Die Sozialvereine haben die Macht, Beschäftigte zu kündigen, obwohl sie zusammen mit den Lohnabhängigen streiken könnten. Ihre Geschäftsführungen haben die Macht, zur Mäßigung im Protest aufzurufen, obwohl die Angriffe maßlos sind. Aber das ist nur die eine Seite der Bilanz.

Die Arbeitenden haben die Macht, ihre Arbeit einzustellen. Das bringt Einiges durcheinander. Es legt die Maschinerie aus Gehorsam und Befehl lahm. Es zeigt der Politik, wo ihre Grenzen liegen. Es zeigt, wer wirklich den Reichtum schafft. Ein Streik macht klar, dass nicht die scheinbar Mächtigen mächtig sind, sondern dass sie mächtig wirken, solange die anderen sich ohnmächtig machen. Ein Streik ist der Schritt zur Selbstermächtigung, der Kräfteverhältnisse zugunsten der Tätigen und zugunsten der Benachteiligten wirksam verschiebt. Dann ist die Farbe der Regierung zweitrangig und der soziale Flügel in allen Parteien gestärkt.

### **Was heißt das für die Steiermark?**

Das ist also die Vorgeschichte der Situation, in der sich unser Gesundheits- und Sozialsystem befindet. Die von der neoliberalen Deregulierung der Finanzmärkte angestoßene Krise, die seit 2008 schwelt, ist nur das krönende Resultat. Die ganzen 1980er und 1990er Jahre hindurch stagnierte die Zahl der Streiks. Genau deshalb befinden wir uns nun in einer Position der Schwäche. Und genau deshalb wälzt der Staat die Krisenkosten auf jene ab, die am wenigsten für den Crash verantwortlich gemacht werden können und sich nach ein paar Demonstrationen – wie es scheint – ohnehin alles gefallen lassen. Obwohl genug Profite und Vermögen zu besteuern sind, wird dies nicht gemacht. Stattdessen verhöhnt der Landeshauptmann die Demonstrierenden: „Seid froh, dass ihr noch was zu essen habt, in Afrika hättet ihr das auch nicht.“

Wenn nun manche behaupten, der Wind hätte sich eh schon gedreht, und man müsse auf die nächste Wahl warten, dann ist das grundfalsch. Alle, die schon einmal gewählt haben, wissen, dass ein Wahlversprechen keine Wette wert ist. Auch die Einhaltung von Wahlversprechen hängt von den genannten Kräfteverhältnissen ab. Zudem vergessen Wähler\*innen rasch. Wer erinnert sich noch an die Zeit der Vollbeschäftigung? Wer weiß noch, dass das Arbeitsamt mal ein kurzer Besuch ohne Folgen war? Wer hat noch im Gedächtnis, dass Studieren einmal eine coole Sache war, eine schöne und fruchtbare Zeit?

Man tut also gerade so, als wäre das Sparpaket doch nicht so schlimm. Ist denn schon vergessen, was man bei den Demonstrationen in die Lautsprecher rief und in Presseaussendungen mitgeteilt hat? War da von Widerstand die Rede, von Zivilcourage, von der Unerträglichkeit des Sparangriffs? Wieviele Menschen werden bis zur nächsten Wahl den Job verlieren? Wieviele Familien werden unter den Kürzungen leiden und zu Bruch gehen? Wieviele Menschen werden leiden oder sogar sterben, weil sie notwendige Therapien nicht mehr erhalten? Wie sehr wird sich das Leben jener, die ohnehin schon an so vielen Schwierigkeiten leiden, verschlechtern? Wieviele Burn-outs wird es geben?

Wieviele Herzen wird das Sparpaket brechen, das jene Menschen, die diese Gesellschaft behindert, zurecht als Angriff auf ihre Existenz erleben; manche sogar als eine drohende Rückkehr des Nazismus, als den ersten Schritt einer neoliberalen

Euthanasie. Diesmal sind's keine braunen Uniformen, sondern schwarze Anzüge. Die Kapital-Zombies in den Unternehmen, den Banken und an der Regierung opfern das Leben jener, die der Irrenlogik des Marktes nicht gehorchen können, blindlings. Armut tötet. Vernachlässigung ebenso.

Wie viel Leiden, wie viel unnötiges, sinnloses, verrücktes Leiden.

Es ist die nüchterne Realität: Dieses Leiden ist weitaus größer als das Leiden, das ein Streik, der einen Notbetrieb aufrecht erhält, je auch nur annähernd verursachen könnte. Und es ist unnötig. Die in den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen Tätigen haben es in der Hand, zu streiken. Und sie müssen es tun, wollen sie politisch ernst genommen werden.

1 Dieser Text erschien erstmals am 12. Mai 2011 auf der Website der Initiative „Solidarisch Gesund“ ([www.solidarischgesund.org](http://www.solidarischgesund.org)) und wurde in weiterer Folge auf Facebook eingehend diskutiert.



25.03.2011: Die Plattform 25 ruft zur ersten Demonstration gegen das Landesbudget in Graz auf. 10.000 Menschen marschieren vom Südtirolerplatz (Bild) zum Hauptplatz. (Foto: J.J. Kucek)



11.04.2011: Aus der geplanten Menschenkette wird eine Demonstration. 5000 Menschen umringen schließlich das Grazer Landhaus. (Foto: Georg Fuchs)



26.04.2011: 15.000 Menschen folgen dem gemeinsamen Demonstrationseruf von ÖGB und Plattform 25. Am darauffolgenden Tag beschließt die Regierungsmehrheit im Landtag das Doppelbudget. (Foto: Georg Fuchs)



10.06.2011: Am Grazer Südtirolerplatz berichten unmittelbar Betroffene von den Auswirkungen der Einsparungen. (Foto: Georg Fuchs)



22.06.2011: „Es gibt keine Alternative“ meint die Landesregierung. Die Gegner/innen des Landesbudgets sehen das anders und bewerfen die Plakatwand mit dem entsprechenden Slogan mit Schuhen. (Foto: Georg Fuchs)





29.06.2011: Die Plattform 25 lädt zur „Oase des Aufstands“ in die Grazer Postgarage. Zahlreiche Kulturschaffende (im Bild Josef Hader) beteiligen sich unentgeltlich an diesem Benefizabend. (Foto: Georg Fuchs)



### **III. Über die Bedingungen in der Sozialwirtschaft**

**D**iese Studie wurde von der Unternehmensberatung „Nausner&Nausner“ ([www.nausner.at](http://www.nausner.at)) im Auftrag des „Dachverbandes der Behindertenhilfe“ im Jänner 2011 erstellt. Für die Veröffentlichung wurde sie geringfügig gekürzt. Wir bedanken uns für das Entgegenkommen und die Genehmigung, den Text abzdrukken!

## **SOZIALWIRTSCHAFT ALS PRODUKTIVER WIRTSCHAFTSFAKTOR THESEN UND ARGUMENTE FÜR DEN NACHHALTIGEN AUSBAU SOZIALER DIENSTE**

*Von Nausner & Nausner*

### **Sozialwirtschaft unter Einsparungsdruck**

In der Debatte über drastische Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte gerät, wie immer in solchen Situationen, die Sozialwirtschaft unter ökonomischen Legitimationsdruck. Ideologischer Hintergrund dieser eigentlich latent schwelenden Legitimationskrise ist die öffentliche Wahrnehmung Sozialer Dienste als wesentlicher Kostenfaktor.

Geht es also um die Kürzung von staatlichen Ausgaben, werden besonders jene „Kostenfaktoren“ in die engere Wahl gezogen, deren politisches Gewicht traditionell gering ist. Die Sozialwirtschaft gehört vor allem deshalb dazu, weil sie nach wie vor im Kern mit dem Stigma der Mildtätigkeit und Fürsorge behaftet ist. Dies erschwert Forderungen nach gerechter Verteilung von Ressourcen und Leistungen für unterstützungsbedürftige und beeinträchtigte Menschen im politischen Diskurs.

Beeinträchtigte und bedürftige Menschen kommen in den westlichen Auffassungen von Gerechtigkeit, basierend auf den Grundfesten eines Gesellschaftsvertrages freier, gleicher und unabhängiger BürgerInnen schlicht nicht vor.<sup>1)</sup> Sie sind so gesehen nicht „vertragsfähig“ und somit von der politischen Willensbildung bzw. freien Gestaltung ihrer Lebenswelt strukturell ausgeschlossen.<sup>2)</sup> Viele beeinträchtigte Menschen können im Lichte dieser Rechtslehren weder als frei (im Sinne von mündig) noch als gleich und unabhängig bezeichnet werden.

Es darf daher nicht verwundern, dass erst 2005 im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz der Begriff der Teilhabe am sozialen Leben als Rechtsgrundsatz aufscheint. Letztlich wird damit zum Ausdruck gebracht, dass soziale Beeinträchtigungen jeglicher Art keine Frage der Mildtätigkeit, Barmherzigkeit und Fürsorge zu sein haben. Vielmehr geht es um die (rechtlich verbrieft) Gestaltungsmöglichkeit des eigenen Lebens im Sinne eines gleichberechtigten Mitglieds der Gesellschaft.

Die allgegenwärtigen Aufrufe zu mildtätigen Gaben, die Appelle zur Inklusion, die ständigen Legitimationsanstrengungen im Rahmen budgetärer Belastungsdiskurse – all das zeigt, dass Sozialpolitik und im Besonderen Behindertenpolitik in ihrer Tiefenstruktur noch immer Politik für Ausgeschlossene ist. Teilhabe als Möglichkeit, ein gleichberechtigtes Leben zu führen, hängt ursächlich mit der Verfügbarkeit von Mitteln zur Gestaltung entsprechender Lebensumstände zusammen. Gesellschaftliche Teilhabe als Zielpunkt aufgeklärter Sozialpolitik bedeutet aber auch Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen. Das ist die eigentliche große Herausforderung, die es noch weitgehend zu entwickeln gilt. Denn es bleibt vielfach unklar, wie und durch wen die legitimen Interessen der Betroffenen, wenn überhaupt, vertreten werden.

Verteilungsprinzipien, Regulierungen und Transferstrukturen sind wesentliche Elemente der Ökonomie des Sozialen. Sie bestimmen letztlich darüber, wie die Teilhabe am sozialen Leben wirklich vollzogen werden kann. Die Sozialwirtschaft hält nun jene Infrastrukturen bereit, die es uns allen ermöglichen, ein Leben in Freiheit, Sicherheit und relativem Wohlstand zu führen.

In der Sozialwirtschaft als Ökonomie des Sozialen konkretisieren sich deshalb einerseits unsere Vorstellungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Andererseits gibt sie darüber Auskunft, was uns die Gemeinschaft wirklich wert ist.

Gleichzeitig ist die Sozialwirtschaft auch selbst Teil der zentralen Wertschöpfungsprozesse unserer Volkswirtschaft. In ihr werden jene Sozial- und Humanvermögenswerte geschaffen, welche die Basis jeder dynamischen und wohlfahrtsorientierten Realwirtschaft sind.

### **Sozialpolitik als Wirtschaftspolitik?!**

Wenn wir unter Sozialwirtschaft jene Gesamtheit von Unternehmen und Organisationen verstehen, in denen erwerbsmäßig professionelle soziale Dienstleistungen erstellt werden<sup>3)</sup>, dann wird klar, dass Soziale Dienste auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor sind. Im Lichte dieser Überlegungen darf man also mit Fug und Recht davon sprechen, dass Sozialpolitik auch Wirtschaftspolitik ist. Viele ökonomische Fakten, die im Anschluss noch diskutiert werden, sprechen dafür, dass gerade ein leistungsstarker Sozialer Sektor die wirtschaftliche Entwicklung besonders positiv beeinflusst.

In diesem Sinne ist es mehr als opportun, der leidigen Kostendebatte auch mit wirtschaftlichen Argumenten zu begegnen. Denn ökonomisch betrachtet geht es eben nicht nur um Kosten sozialer Dienste, sondern vor allem um Investitionen in die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sozialwirtschaft als Wirtschaftsfaktor zu betrachten, schlägt auch eine Brücke zwischen diesen zwei Sphären, die traditionell gerne völlig getrennt betrachtet werden. Damit soll auch verdeutlicht werden, dass, wie der St. Gallerer Wirtschaftsethiker Peter Ulrich so treffend klarstellte, Wirtschaften keinen reinen Selbstzweck erfüllt, sondern stets auch Mittel im Dienste höherer, buchstäblich vitaler Zwecke ist. So gesehen ist in-

tegrative Wirtschaftspolitik umgekehrt auch Sozialpolitik, indem die Rechte aller Gesellschaftsmitglieder vor die des Marktes gestellt werden.

### **Soziale Dienste als wichtige Wirtschaftsbranche**

Sozialwirtschaft kann man als Drei-Sektoren-Ökonomie bezeichnen.<sup>4)</sup> Sie beinhaltet Dienstleistungen von Non-Profit-Organisationen, der öffentlichen Verwaltung und von profitorientierten Unternehmen. Sie ist Teil der Volkswirtschaft, sichert den Wohlfahrtsstaat und ist mittlerweile ein eigener Wirtschaftsbereich. Der öffentliche Diskurs darüber entwickelt sich zunehmend von traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Perspektiven hin zu Wirtschaftlichkeit und öffentlichen Investitionen. Die politische Steuerung dieses Bereiches erfolgt immer mehr durch Vernetzung von privaten und öffentlichen Akteuren. Und die Sozialwirtschaft erfüllt ihre Funktionen im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Die sozialwirtschaftlichen Akteure sehen sich derzeit mit folgenden Krisenbewältigungsstrategien des Sozial- und Wohlfahrtsstaates konfrontiert:<sup>5)</sup>

- Steigerung der Eigenleistungen von KlientInnen
- Erhöhung der Eigenwirtschaftsquote der Träger
- Erhöhung der Fallzahlen pro MitarbeiterIn
- Reduktion von Beratungs- und Fortbildungsbudgets
- Strikte Vermarktlichung (Vergabe, Beauftragung etc.)

In Summe heißt das letztlich nur eines: Reduktion der Ausgaben für die Dienstleistungen im Bereich der Sozialpolitik. Dabei wird allerdings übersehen, dass im Gesundheits- und Sozialwesen ca. 330.000 unselbständig Beschäftigte tätig sind (8,8 % aller unselbständig Beschäftigten in Österreich). Damit liegt dieser Sektor nur unwesentlich hinter dem gesamten Bauwesen (345.000) und weit vor der Beherbergungs- und Tourismusbranche (200.000)<sup>6)</sup>.

Insgesamt ist die Sozialwirtschaft auch ein wesentlicher Arbeitgeber für Frauen; der Anteil an den unselbständig Beschäftigten liegt bei ca. 80 % (im Bauwesen sind es z.B. rund 15 %, im Tourismus 68 %). Auch bei der Bruttowertschöpfung liegt die Sozialwirtschaft bei insgesamt 12 Branchen unter den Top 5. Immerhin werden 15,5 Mrd. Euro jährlich erwirtschaftet; das sind 6,2 % der Gesamtwertschöpfung. Im Bauwesen sind es 18,2 Mrd. Euro/7,3 %, im Tourismus 12,1 Mrd. Euro/4,9 %. Was den Behindertensektor in der Steiermark betrifft, so hat eine Erhebung des Dachverbandes der Steirischen Behindertenhilfe folgendes Bild ergeben:

- In 45 Betrieben und Organisationen sind ca. 5.600 unselbständig Beschäftigte tätig.
- Es werden 21.500 Personen betreut.
- Mit Dienstleistungen für Behinderte werden jährlich ca. 222 Mio. Euro umgesetzt (mit dieser Summe sind in Österreich gerade einmal knapp 10 km Autobahn finanzierbar).

## Sozialwirtschaft als produktiver Wirtschaftsfaktor

Soziale Dienste sind so gesehen kein bloßer Kostenfaktor. Sie geben in allen relevanten volkswirtschaftlichen Kernbereichen wie Wertschöpfung, Produktion, Beschäftigung und Arbeitsentgelte wesentliche Impulse für die Gesamtwirtschaft:

- Die Sozialwirtschaft ist ein wichtiger Wertschöpfungsmultiplikator, d.h., die Erhöhung der Nachfrage um 1 Mio. Euro generiert eine zusätzliche heimische Wertschöpfung von ca. 874.000 Euro. Das als wichtige „Wirtschaftslokomotive“ stets hervorgehobene Bauwesen steht mit 770.000 Euro wesentlich schlechter da. Das heißt, Investitionen in den sozialen Sektor haben höhere Wertschöpfungseffekte als das Bauwesen und fast dieselben wie die ebenso gepriesene Tourismusbranche (886.000 Euro).
- Die Sozialwirtschaft ist ein interessanter Produktionsmultiplikator. Obwohl hauptsächlich Dienstleistungen erbracht werden, erzeugt die erhöhte Nachfrage um 1 Mio. Euro einen Produktionswert von ca. 1,7 Mio. Euro. Das sind nur 470.000 Euro weniger als die produktionsintensive Bauwirtschaft (2,1 Mio. Euro) und rd. 100 Mio. Euro weniger als der Tourismus (1,8 Mio. Euro). Das heißt, Investitionen in die Sozialwirtschaft haben ähnlich hohe Produktionseffekte wie die Förderung der Tourismuswirtschaft.
- Die Sozialwirtschaft ist einer der drei stärksten Beschäftigungsmultiplikatoren in Österreich. Jede zusätzlich investierte Million Euro schafft ca. 17 neue Arbeitsplätze. Das Bauwesen kommt hingegen gerade einmal auf 11 und der Tourismus auf 13 neue Jobs. Das heißt, Investitionen in Soziale Dienste sind ein wesentlicher Beschäftigungsmotor der österreichischen Wirtschaft.
- Die Sozialwirtschaft hebt die Haushaltseinkommen an. Soziale Dienste als Beschäftigungsmotor haben natürlich auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Durchschnittshaushaltseinkommen. So induziert die Erhöhung der Nachfrage nach mehr sozialen Dienstleistungen um 1 Mio. Euro zusätzliche ArbeitnehmerInnenentgelte von ca. 613.000 Euro. Damit liegt die Sozialwirtschaft auch hier unter den Top 3 des Branchenvergleichs. Die Bauwirtschaft liegt fast 40 % zurück (ca. 391.000 Euro) und der Tourismus etwas über 30 % (412.000 Euro). Das heißt, Investitionen in die Sozialwirtschaft haben große positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen in Österreich.

Zusammenfassend kann man also festhalten, dass die Sozialwirtschaft ein äußerst zukunftsfruchtiger und ausbaufähiger Wirtschaftssektor ist:

- Sie kurbelt das Wirtschaftswachstum an.
- Sie schafft eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Arbeitsplätzen (insbesondere für Frauen und in strukturschwachen Regionen).
- Sie hebt die Kaufkraft der Haushalte.
- Und sie ermöglicht vielen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe und ein besseres Leben.

## Finanzierung des Sozialstaates – rückläufige Ausgaben

Geht es um zentrale Verteilungsfragen<sup>7)</sup>, wird häufig damit argumentiert, dass die Sozialausgaben ständig ansteigen und damit auf Sicht nicht mehr finanzierbar sind. Schaut man sich die Entwicklung der Sozialausgaben in Relation zur Wirtschaftsleistung des Landes an, kann davon eigentlich keine Rede sein:

- Derzeit betragen die Sozialausgaben 28,3 % der Bruttowertschöpfung (BIP), das sind etwa 79 Mrd. Euro.
- Dieser Anteil der Sozialausgaben hält damit gerade einmal das Niveau von 1993 (2003 betrug er z.B. bereits 29,6 % des BIP).
- Auch der Anteil der Sach- und Geldleistungen der Behindertenhilfe ist nicht gestiegen, sondern von 1990 bis 2008 ebenfalls um 0,4 % zurückgegangen.
- Selbst die anteiligen Ausgaben für Krankenversorgung und Gesundheitsvorsorge sind im Zeitraum von 1990 bis 2008 lediglich um 0,6 % gestiegen.
- Österreich liegt damit im EU-Vergleich der Sozialausgaben nur knapp über dem Durchschnitt von 26,9 %.

Auch bei der Frage, wer denn wie viel zum Sozialbudget beiträgt, ergibt sich ein erstaunliches Bild:

Während der Anteil der Arbeitgeberbeiträge von 1990 bis 2008 um 1,3 % und der Anteil an allgemeinen Steuermitteln sogar um 1,4 % gesunken ist, müssen ArbeitnehmerInnen, Pensionisten und Selbständige einen deutlich höheren Beitrag leisten.

## Sozialstaatliche Umverteilung – fehlende Verteilungsgerechtigkeit

### EINKOMMENSVERTEILUNG

Betrachtet man auch die (Um-)Verteilungsfrage<sup>8)</sup> etwas genauer, gewinnt die oben erwähnte Steigerung der ArbeitnehmerInnenanteile am Sozialbudget weiter an Schärfe. Denn seit Ende der 1970er Jahre sinkt die Lohnquote und stagnieren die Nettoreallöhne. 40 % der Lohnneinkommen sind im Zeitraum von 1995 bis 2008 sogar weit unter dem Anstieg der Verbraucherpreise geblieben. Das heißt, obwohl die Reallohneinkommen stagnieren, wurde deren Anteil am Sozialbudget zusätzlich erhöht. Auch die Investitionsquote stagniert seit den 1970ern, während die Gewinnquote lichte Höhen erklimmt.

Das heißt, im Gegensatz zum Lohnneinkommen sind die Besitzeinkommen (Zinsen, Dividende, Pacht, Miete etc.) exorbitant gestiegen. Dazu kommt, dass die Vermögen und Vermögenseinkommen sehr ungleich verteilt sind. 10 % der Haushalte besitzen lt. einer Erhebung der Österreichischen Nationalbank 54 % des Geld- und 60 % des Immobilienvermögens.



## ABGABENVERTEILUNG

Betrachtet man die Abgabenseite, dann stellt man fest, dass unser Steuersystem kaum umverteilend wirkt. D. h. in Relation zum jeweiligen Gesamteinkommen ist die Abgabenbelastung relativ gleich verteilt. Bezieher kleiner und größerer Einkommen tragen also zur Abgabenleistung, bezogen auf ihre monetäre Leistungsfähigkeit, gleich viel zur Finanzierung des Sozialbudgets bei. Es kann also keine Rede davon sein, dass Bezieher höherer Einkommen überproportional zur Kassa gebeten werden. Im Gegenteil, berücksichtigt man die immer ungleicher werdende finanzielle Leistungsfähigkeit zwischen den Einkommensgruppen, schneiden die höheren Einkommen überproportional gut ab. Dazu kommt, dass sich das Verhältnis zwischen der Abgabenlast von Lohn- und Pensionseinkommen zu Gewinn- und Vermögenseinkünften seit 1970 praktisch zu 100 % umgekehrt hat. War das Verhältnis 1970 noch 1:1,6 so ist 2007 die Relation nun 1,5:1 zugunsten der Vermögenseinkünfte. Zusätzlich ist die Lohnquote seit 1978 um 10 % gesunken.

Das heißt, es kommt zu einer schleichenden Aushöhlung der derzeitigen Bemessungsgrundlagen für die Sozialstaatsfinanzierung. Gleichzeitig werden die Vermögenseinkünfte weitgehend von einer Beitragspflicht verschont. Das Abgabenaufkommen aus Vermögen beträgt in Österreich lediglich 1,3 %<sup>9)</sup> der Gesamtabgaben, während der EU-Durchschnitt bei 5 % liegt. Würden wir die Vermögensabgaben auf EU-Niveau heben, könnten wir daraus unser gesamtes Pflegedienstsystem finanzieren (ca. 4 Mrd. Euro).

## UMVERTEILUNG

Die Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen erfolgt in Österreich weitestgehend über Staatsausgaben und hat in den letzten 15 Jahren deutlich zugenommen. Im ersten Drittel der Einkommenspyramide belaufen sich die monetären und realen Transfers auf 84 % der Markteinkommen, im zweiten Drittel auf knapp 30 %, und im oberen auf ca. 12 %. Am progressivsten wirken natürlich die Sozial- und Notstandshilfen aber auch Arbeitslosengelder oder Wohnbeihilfe. Trotzdem bedeutet dies nicht, wie wir gesehen haben, dass die Bezieher höherer Einkommen dabei schlechter gestellt sind.

Über die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Ausgaben werden Gesellschaften im Übrigen deutlich egalitärer. Das heißt, sie sind, wie zahlreiche Untersuchungen gezeigt haben, damit gesünder, haben eine höhere Lebenserwartung, sind glücklicher und verfügen über mehr öffentliche Sicherheit.

Fazit: Mit der Verteilungsgerechtigkeit (Besteuerung nach Leistungsfähigkeit) ist es in Österreich nicht gut bestellt. Die Umverteilung, und damit verbunden die Sozialstaatsfinanzierung, werden so zu einer zunehmenden Herausforderung im Sinne einer Verbesserung der Effizienz unseres Abgabensystems.

## Sozialwirtschaft im europäischen Umfeld

Die Diskussion um die ökonomischen Aspekte der Sozialwirtschaft findet auf europäischer Ebene noch weitgehend innerhalb der Mitgliedsstaaten statt<sup>10)</sup>. Im Vordergrund steht, wie in Österreich auch, die Kostendebatte. So wird etwa in den Niederlanden noch wenig über Erträge der Sozialwirtschaft gesprochen, wenngleich sie zumindest als ökonomischer Faktor gesehen wird, der eine stabilisierende Wirkung in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hat. In Belgien wird die Rolle der Sozialwirtschaft vor allem als wertökonomischer Faktor anerkannt und man spricht von Investitionen in diesen Dienstleistungssektor. Effizienz und Rentabilität sind dabei Themen geworden. Die französische Debatte ist von der Diskussion privat/öffentlich und dem Thema Sozialer Gewinn geprägt. Der Sozialwirtschaft wird ein wichtiger Beitrag zum Gemeinwohl und wirtschaftlichen Entwicklung beigemessen.

Ein wichtiger Beitrag zur Gesamtsicht auf EU-Ebene kommt aus Deutschland. Man spricht hier von der „Zukunftsbranche Sozialwirtschaft“, die der Wirtschaftsentwicklung Rückenwind verleihen kann. Der Sozialwirtschaft wird damit Zukunftsfähigkeit attestiert. Diese Sichtweise passt auch gut zum Bekenntnis der Europäischen Kommission zur Sozialen Marktwirtschaft. Das Europaparlament hat zudem in der Toia-Resolution ausdrücklich das Konzept der Sozialwirtschaft als eigenen Wirtschaftsbereich anerkannt. Und auf Organisationsebene wird in Zukunft der Verband „Social Economy Europa“ eine immer wichtigere Rolle einnehmen. Das heißt, die Sozialwirtschaft mit allen sozial- und wirtschaftspolitischen Implikationen wird auch auf EU-Ebene zunehmend Thema in politischen Entscheidungsprozessen.

### Fazit

Zahlen, Daten und Fakten zeigen, dass die Sozialwirtschaft ein gewichtiger ökonomischer Faktor unserer Volkswirtschaft ist. Investitionen in diesen Wirtschaftsbereich steigern die Wertschöpfung, kurbeln die Produktion an, schaffen Arbeitsplätze auch in strukturschwachen Regionen und steigern die Kaufkraft der Haushalte in Österreich. Die Sozialwirtschaft liegt hinsichtlich ihrer Wirkung als Konjunkturmotor vielfach weit vor jenen Branchen (z.B. Bauwesen und Tourismus), die traditionell als wichtige Wirtschaftslokomotiven unserer Volkswirtschaft gelten. Sozialpolitik ist also in diesem Sinne auch Wirtschaftspolitik. Ein nachhaltiger Ausbau Sozialer Dienste fördert somit auch das Wirtschaftswachstum und schafft neben steigendem Wohlstand eine gerechtere und damit zukunftsfähigere Gesellschaft.

- 1 Vgl. Martha C. Nussbaum, Die Grenzen der Gerechtigkeit, Frankfurt, 2010.
- 2 Vgl. John Rawls, Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt, 1979.
- 3 Vgl. Christine Gruber, „Sozialwirtschaft in Österreich – Perspektiven eines wichtigen Wirtschaftsfaktors“, Vortrag auf der Tagung der Steirischen Behindertenhilfe am 30.11.2010 in Graz mit dem Titel „Die Behindertenhilfe als produktiver Wirtschaftsfaktor – Argumente für den nachhaltigen Ausbau sozialer Dienstleistungen zwischen Ethik und Ökonomie“.
- 4 Die allgemeinen Ausführungen zum Thema Sozialwirtschaft orientieren sich überwiegend am Vortrag „Sozialwirtschaft in Österreich – Perspektive eines wichtigen Wirtschaftsfaktors“ von Christine Gruber.
- 5 Darstellung von Nikolaus Drimmel anlässlich eines Vortrages am 18.03.2010 beim Sozialgipfel im Wiener Rathaus mit dem Titel „Wir stürmen die Sozialmilliarde“.
- 6 Vgl. zu den ökonomischen Daten und Fakten der Sozialwirtschaft den Vortrag „Ökonomische Wirkungen der Sozialwirtschaft in Österreich“ von Michaela Neumayr.
- 7 Vgl. Michaela Neumayr, „Ökonomische Wirkungen der Sozialwirtschaft in Österreich“ und Alois Guger, „Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Bedeutung im Wohlfahrtsstaat der Zukunft“.
- 8 Vgl. Alois Guger, „Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Bedeutung im Wohlfahrtsstaat der Zukunft“.
- 9 Dies ist eine der niedrigsten Abgabenquoten auf Vermögen weltweit!
- 10 Vgl. Mineke Hardemann, „Sozialwirtschaft – Europäische Sichtweisen“.

Unterlagen zu den erwähnten Vorträgen von Gruber, Neumayr, Guger, und Hardemann finden sich unter <http://www.behindertenhilfe.or.at/index.php?seitenId=6&projekteId=7>

## **DIE CARE-SEITE DER MEDAILLE ÜBER PFIEGE UND BETREUUNG IM KAPITALISMUS**

*Von Leo Kühberger*

Die Kürzungen der Steiermärkischen Landesregierung haben von Anfang an für massive Kritik gesorgt, und zehntausende Betroffene, Angehörige und Beschäftigte auf die Straße getrieben. Die ersten Reaktionen auf die Pläne der Landesregierung waren von totalem Unverständnis gekennzeichnet. In Gesprächen, Postings im Netz und in Redebeiträgen bei den Demonstrationen war es das zentrale Argument gegen das Budget: Diese Kürzungen machen einfach keinen Sinn! Die Landesregierung würde aus Unwissenheit, Ignoranz und Einfallslosigkeit handeln, ihre Politik wäre bestimmt und getrieben durch Macht und Einfluss der (falschen) Lobbys. In Wirklichkeit, so geht das Argument weiter, wäre diese Politik kurzsichtig, nicht nachhaltig, sie vernichtet Arbeitsplätze, und über kurz oder lang würde es der Gesellschaft und damit uns SteuerzahlerInnen teurer kommen, weil heute im Sozialbereich zu sparen, morgen noch größere Kosten verursachen würde.

### **Diese Kürzungen machen Sinn!**

Der „Dachverband der Jugendwohlfahrt“<sup>1)</sup> spricht in diesem Zusammenhang ganz offen und unverblümt von den „Kosten für die Reparatur“, die in der Folge anfallen werden. Soll heißen: Wenn es uns heute nicht gelingt, Kinder und Jugendliche durch den frühen Einsatz verschiedener Sozialtechnologien zu angepassten und damit arbeitsfähigen Subjekten zu machen, dann werden sie morgen noch weniger angepasste und noch weniger wertvolle (soll heißen: arbeitsfähige) Mitglieder dieser Gesellschaft sein. Um hier nicht falsch verstanden zu werden: In diesem Bereich arbeiten tausende Menschen, die mit ungeheurem Engagement und beinahe grenzenlosem Einsatz darum bemüht sind, Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Aber, ob dieses redlichen Engagements, dürfen wir den Widerspruch, in dem sich diese Arbeit bewegt, nicht übersehen. Die Begrifflichkeit in der Stellungnahme des Dachverbands mag schmerzen, aber zugleich ist sie ehrlich. Nicht die Änderung einer Gesellschaft, die uns (fast) alle krank macht, so oft verzweifeln lässt, und sich einen feuchten Dreck um unsere Bedürfnisse schert, ist das (subventionierte) Ziel, sondern es geht um diese „Reparatur“: das Abfangen der schlimmsten Auswirkungen und Verwüstungen dieser

Gesellschaft im Leben des Einzelnen. Wer in dieser Gesellschaft nicht mitkann oder mitwill, der oder die müssen eben repariert werden! Günstiger kommt das, wenn es schon im Kindesalter passiert.

In eine ähnliche Kerbe wie der zitierte Dachverband schlagen auch andere Organisationen. Der „Grazer Frauenrat“<sup>(2)</sup> argumentiert ebenfalls mit dem „Social Return on Investment“ gegen das Budget. Frau geht aber noch weiter und sorgt sich gleich um den Wirtschaftsstandort Steiermark. Damit kommen wir zu dem Punkt, der dieser Argumentationslinie quasi die Krone aufsetzen soll: Nicht mal ökonomisch macht diese Politik Sinn! Gerade in Zeiten der Krise wäre es kontraproduktiv hier zu kürzen, weil damit Arbeitsplätze vernichtet werden! Also wäre die Landesregierung sogar in ihrer eigenen Kompetenz und ihrem Ziel, den Wirtschaftsstandort Steiermark wettbewerbsfähiger zu machen und einen Weg aus der Krise zu finden, auf einem Holzweg.

Es soll nun Landeshauptmann Franz Voves und seinem Vize Hermann Schützenhöfer keineswegs unterstellt werden, dass sie wissen würden, was sie tun. Auch wenn es manchmal verlockend ist, mit personalisierten Zuschreibungen Politik zu machen, soll den handelnden Personen mitnichten politisches Knowhow und ökonomische Einsicht zuerkannt werden. Aber eines ist festzuhalten: Diese Kürzungen machen Sinn, sie bewegen sich innerhalb einer klaren Logik, und sie stärken den Wirtschaftsstandort. Dieses Budget ist ein nachvollziehbarer und stringenter - wenn auch schwachbrüstiger – Versuch, eine Antwort auf die aktuelle Krise zu finden und durchzusetzen.

### **Pflege und Betreuung im Kapitalismus**

Aber welchen Sinn macht das? Die Sozialwirtschaft stellt ja tatsächlich einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar, wie das auch in der Studie von Nausner & Nausner<sup>(3)</sup> deutlich wird, und Einsparungen werden Arbeitsplätze kosten. Fürs erste ist es mal ganz banal. Die Unternehmen und die Vermögenden in diesem Land erfreuen sich seit Jahrzehnten einer Politik, die sie tagtäglich reicher macht. Auf der anderen Seite bedeutet diese Entlastung weniger Einnahmen für den Staatshaushalt, und damit ist weniger Geld da, das ausgegeben werden kann. Nachdem Politik, insbesondere auch auf staatlicher Ebene, immer eine Frage von Kräfteverhältnissen ist, wird eben bei der Sozialhilfe/Mindestsicherung und der Wohnbeihilfe gespart. Wenn es keine Sozialen Bewegungen und Kämpfe gibt, die für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses sorgen könnten, dann setzen sich notgedrungen die „Anderen“ durch. In den Staatshaushalten fehlt daher tatsächlich das Geld. Die Staatsverschuldung steigt, und im Bund, den Ländern und den Kommunen wird versucht, dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Das erklärt aber nur zum Teil, warum besonders dort gekürzt werden soll, wo andere Menschen betreut und gepflegt werden. Dazu ist es notwendig, sich zu fragen, welche Rolle und Bedeutung diese Arbeit im Kapitalismus hat. Zusammengefasst

können wir diese Tätigkeiten, bei denen Menschen für andere sorgen, als „Care-Economy“ bezeichnen. Dabei wird nichts produziert, im engeren Sinn wird kein Wert geschaffen. Also könnte mensch argumentieren, dass es im Kapitalismus eigentlich egal ist, ob diese Arbeit überhaupt geleistet wird, denn sie ist so gesehen „unproduktiv“. Aber zugleich ist uns allen klar, dass der Kapitalismus morgen zusammenbrechen würde, wenn diese Arbeit nicht mehr gemacht werden würde. Es stimmt schon, dass hier eigentlich nichts produziert wird, aber zugleich wird hier etwas Entscheidendes produziert, nämlich die Ware Arbeitskraft. Diese ist in der kapitalistischen Produktionsweise jedoch keine x-beliebige Ware, wie ein Paar Schuhe, sondern die Ware, ohne die gar nichts geht! Diese reproduktive Arbeit ist auf der einen Seite also unproduktiv, auf der anderen Seite produziert sie jedoch alles.

Wie und zu welchen Bedingungen die Ware Arbeitskraft produziert wird, war in der Geschichte des Kapitalismus immer ein Feld der Auseinandersetzungen und Kämpfe. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis durchgesetzt werden konnte, dass nicht nur unmittelbar „produktive“ Menschen ein Recht auf Existenz haben, sondern beispielsweise auch alte Menschen (Pensionsversicherung) und Menschen, die nicht arbeiten können, weil sie krank sind (Krankenversicherung). All das musste erstmal erkämpft werden! Es geht aber auch immer um das Wie! Wie und zu welchen Bedingungen wird die Ware Arbeitskraft produziert? So steht außer Streit, dass das Kapital gut ausgebildete und belastbare Arbeitskräfte braucht. Es muss also Schulen und Universitäten geben, selbst wenn diese nur Geld kosten und die Profite mindern. Dem Kapital wäre es klarerweise am liebsten, diese Ausbildung würde unbezahlt geschehen, und wenn schon bezahlt, dann nicht über öffentliche Einrichtungen, sondern über private Schulen und Universitäten, um damit gleich noch ein weiteres lukratives Geschäftsfeld zu schaffen. Es ist somit kein Zufall, dass wir seit einigen Jahren nicht nur einen Abbau der sozialen Leistungen erleben, sondern auch einen massiven Angriff auf das öffentliche Bildungssystem.

Aber kommen wir wieder zur „Care-Economy“ zurück. Dieser Bereich ist in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen, und in der Sozialwirtschaft sind tausende Arbeitsplätze entstanden. Allein im „Gesundheits- und Sozialwesen“, das nur einen Teil dieses Sektors abdeckt, arbeiten heute in der Steiermark 29.198 Menschen, das sind 6% aller Beschäftigten. Von 2009 bis 2010 wuchs der Bereich um 1.422 Beschäftigte, hat also um 5,1% zugenommen.<sup>4)</sup> Der ökonomische Sektor von Pflege und Betreuung ist den Bewegungen und Kämpfen der sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts geschuldet. Vor allem natürlich der Frauenbewegung, aber auch der Anti-Heim-Bewegung, der Anti-Psychiatrie-Bewegung, usw. Im Besonderen waren es aber Frauen, die sich geweigert haben, diese Arbeit weiterhin unbezahlt zu leisten. Diese Verweigerung passierte nur selten offen und kollektiv. Viel häufiger zeigte sich dieser Widerstand als individualisiertes Ringen um ein anderes Leben, das mehr bieten sollte, als die Betreuung der Kinder und Alten.

Die kapitalistische Antwort auf diese Verweigerung war es, diese Bereiche der Arbeit durchzukapitalisieren, also daraus Lohnarbeitsverhältnisse zu machen. Hier kommen wir wieder auf die Argumentation zurück, dass die Streichung von Jobs in diesem Bereich ja nachteilig für den Beschäftigungs- und auch den Wirtschaftsstandort wäre. Dem ist aber nicht so. Nachdem diese Bereiche quasi über den Mehrwert, der anderswo geschaffen wird, „mitgetragen“ werden müssen, tut es dem Wirtschaftsstandort tatsächlich gut, wenn dieser Sektor zurückgefahren wird. Für den Wirtschaftsstandort ist ja nicht entscheidend, wie viele Menschen in diesem Raum arbeiten, sondern, ob die entsprechenden Profite gemacht werden. Dabei ist gar nicht so wichtig, ob diese Profite in einer absoluten Größe ein gewisses Niveau erreichen, sondern, ob die Profitrate stimmt, also wie viel Mehrwert (und in der Folge Gewinn) kann geschaffen werden, im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Genau das stimmt eben seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr, und seit damals erleben wir vielschichtige Versuche, die Profite und die Profitrate wieder „in Ordnung“ zu bringen.<sup>5)</sup> Daher macht es Sinn, in diesem Bereich zu kürzen, Arbeitsplätze abzubauen, und aus bezahlter Lohnarbeit wieder unbezahlte Arbeit zu machen. Für die Entwicklung der Profite und der Profitrate ist es ein „Gewinn“, wenn wieder ein größerer Teil des globalen Mehrwerts unbezahlt geschaffen wird. Diese Politik ist nicht neu. In den Krisen der Vergangenheit haben wir ähnliche Versuche gesehen.

Trotz wichtiger Errungenschaften wird der größte Teil dieser Care-Arbeit weiterhin unbezahlt geleistet, auch wenn in den letzten Jahrzehnten viele Lohnarbeitsplätze geschaffen worden sind. Allein in der Behindertenhilfe arbeiten heute in der Steiermark 5.600 Menschen, von denen einige Hundert von Kündigung bedroht sind. Man könnte nun eine einfache Milchbubenrechnung anstellen. Die von der Kündigung Betroffenen erbringen im Laufe eines Jahres eine Arbeitszeit von circa einer Million Stunden. Ein beträchtlicher Teil dieser Arbeitszeit würde einfach gestrichen werden. Also Menschen mit Behinderungen können vieles, das ihnen bisher möglich war, einfach nicht mehr tun, weil die entsprechenden Dienstleistungen nicht mehr vorhanden sind. Der größere Rest wird wieder unbezahlt geleistet werden, und da in erster Linie von Frauen. Ein Teil der Arbeit wird auch an Frauen abgeschoben werden, die keine Angehörigen sind. Wenn das Land die notwendige Betreuung nicht mehr zahlt bzw. subventioniert, dann werden verstärkt migrantische Frauen in unterbezahlte, prekäre und noch schlechtere Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Im Bereich der Altenpflege sehen wir das schon heute. Diese Kürzungsmaßnahmen haben also sehr viel mit der patriarchalen und rassistischen Verfasstheit unserer Gesellschaft zu tun.

Die Politik der Steiermärkischen Landesregierung ist also eingebettet in die krisenhaften Dynamiken der kapitalistischen Produktionsweise. Es geht also um viel mehr, als bloß darum, die handelnden PolitikerInnen im Hinblick auf das Budget zum Einlenken zu bringen, denn die Auseinandersetzung darüber, in welche Richtung wir uns in den nächsten Jahren bewegen werden, hat gerade erst begonnen.

- 1 Die Stellungnahme des „Dachverbands der Jugendwohlfahrt“ ist online nachzulesen: [http://www.Plattform25.at/2011/03/die-stellungnahme-des-dachverbands-der-jugendwohlfahrt\\_5.6.2011](http://www.Plattform25.at/2011/03/die-stellungnahme-des-dachverbands-der-jugendwohlfahrt_5.6.2011).
- 2 Siehe: [http://www.plattform25.at/2011/03/stellungnahme-des-grazer-frauenrates\\_5.6.2011](http://www.plattform25.at/2011/03/stellungnahme-des-grazer-frauenrates_5.6.2011)
- 3 Siehe: Nausner & Nausner: Sozialwirtschaft als produktiver Wirtschaftsfaktor, Seite 52
- 4 Siehe: Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C – Landesstatistik (Hg.): Arbeitsmarkt 2010, in: Steirische Statistiken Heft 3/2011, S. 20.
- 5 Vgl. Brenner, Robert: What is Good for Goldman Sachs is Good for America: The Origins of the Current Crisis ([http://www.sscnet.ucla.edu/issr/cstch/papers/BrennerCrisisTodayOctober2009.pdf\\_5.6.2011](http://www.sscnet.ucla.edu/issr/cstch/papers/BrennerCrisisTodayOctober2009.pdf_5.6.2011))



## „WAS ES BRAUCHT? GELD. GANZ EINFACH.“

**L**is Mandl ist Sozialarbeiterin und arbeitet in einem Wiener Kinderkrankenhaus. Axel Magnus hat Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft studiert und ist derzeit Betriebsratsvorsitzender in der Sucht- und Drogenkoordination Wien. Beide sind Mitglieder des Wiener Regionalausschusses von work@social in der GPA-djp. Im Gespräch mit Samuel Stuhlpfarrer erklären sie, weswegen Sozialarbeiter/innen für ihre Anliegen kämpfen sollten, und warum es dazu vor allem demokratisch verfasste Gewerkschaften braucht.

### *Dürfen Beschäftigte im Sozialbereich eigentlich streiken?*

*Lis Mandl:* Die Frage stellt sich für mich ein bisschen anders. Eigentlich müsste sie heißen: Wie können die Beschäftigten ihre Arbeit professionell verrichten? Welche Rahmenbedingungen, Arbeitszeiten braucht es, und natürlich auch zu welchem Geld passieren diese Höchstleistungen? Wie können wir den Bedürftigsten eine hochwertige Betreuung, Unterstützung und Leistung anbieten? Was ist soziale Arbeit wert? Ein Problem, das ich hier sehe, ist, dass viele Kolleg/innen meinen, es würde auf Kosten der Klient/innen bzw. Patient/innen gehen, wenn im Sozial- und Gesundheitsbereich gekämpft wird. Das stimmt natürlich für einen begrenzten Zeitraum auch, aber langfristig kommen bessere Arbeitsbedingungen vor allem auch den Klient/innen zugute. Daher ist bei Abwägung der Interessen das Argument falsch, dass wir das nicht dürfen, weil es auf Kosten der Klient/innen ginge.

### *Warum tun sich Sozialarbeiter/innen oft dennoch schwer, offensiv für ihre Rechte zu kämpfen?*

*Lis Mandl:* Viele Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich arbeiten in sensiblen Bereichen. Egal ob im Behinderten- und Pflegebereich oder in der Suchtarbeit. Die Arbeit mit Menschen erfordert viel Kompetenz und Verantwortungsgefühl, genau diese Eigenschaften machen das „Für-sich-kämpfen“ dann so schwer. Viele haben das Gefühl, für die Klient/innen verantwortlich zu sein und beißen durch, so nach dem Motto: „Wenn schon die Politik die Leute hängen lasst, bleib ich wenigstens dran“. Allerdings muss gesagt werden, dass sich die Einstellung geändert hat. Spätestens seit Oberösterreich wird wieder laut über Streikformen im Gesundheits-

und Sozialbereich nachgedacht. Die Beschäftigten sind bereit, die Verantwortung jenen zurückzugeben, bei denen sie liegt – den Politiker/innen.

*Axel Magnus:* Ich sehe große Unterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Bereichen in unserer Branche. Die meisten Kolleg/innen in Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendarbeit sowie psychosozialer Arbeit wären durchaus für Aktionen zu gewinnen. Hier bremst derzeit der größte Bereich – die Pflege. Andererseits sehe ich gerade auch bei uns im Betrieb große Unterschiede, was die Ausbildung betrifft. Offensichtlich gibt es Ausbildungen, wo die Kolleg/innen mit Individualismus gepimpft werden. Bei uns spiegelt sich das auch im gewerkschaftlichen Organisationsgrad wider – dieser ist bei Ärzt/inn/en, Psycholog/innen, sonstigen Akademiker/innen und administrativem Personal hoch – diese beteiligen sich auch aktiv an Aktionen. Bei den meisten Sozialarbeiter/innen hingegen sieht es anders aus.

***Es geht ja nicht nur darum, dass der Sozialbereich mit massiven Kürzungen konfrontiert ist. Schon bislang war der Arbeitsdruck in diesem Bereich extrem hoch. Wie kann man sich den Arbeits- und Lebensalltag von Beschäftigten im Sozialbereich vorstellen?***

*Axel Magnus:* Der Arbeitsalltag insgesamt sieht im Regelfall so aus: Termin mit/ bei Klient/in – Dokumentation – Termin mit/ bei Klient/in – Dokumentation usw. usf. Hin und wieder wird dieses Rad von Teamsitzungen, Supervisionen und ganz selten Fortbildungen unterbrochen, aber auch das nicht mehr in allen Bereichen bzw. Betrieben. Früher ist immer davon gesprochen worden, dass Fabriksarbeit so eintönig sei. Mit der zunehmenden Spezialisierung der sozialen Einrichtungen und der Verbetriebswirtschaftlichung der Logik sozialer Verwaltung und Betreuung gilt das mittlerweile aber auch für den Sozialbereich. Gleichzeitig ist die materielle Absicherung von vielen Kolleg/innen unzureichend. Viele Jobs sind so anstrengend, dass kaum jemand Vollzeitarbeit aushält. Das führt – insbesondere in den geringer entlohnten Bereichen, wie z.B. bei Heimhilfen, dazu, dass gar nicht wenige Kolleg/innen selbst unter der ohnedies sehr niedrig angesetzten offiziellen Armutsgrenze leben.

*Lis Mandl:* Im Wiener KAV werden im Monat über 50 Millionen eingespart und das vor allem beim Personal. Gerade in den Krankenhäusern ist dieser Druck enorm spürbar. Laut Studie sind 40% bereits im Burnout bzw. davon gefährdet. Die Verantwortung (und oft auch die Liebe zur Arbeit), gepaart mit der Angst, Fehler zu machen, es nicht mehr zu schaffen, ist ein Teufelskreis, der alleine nicht mehr durchbrochen werden kann. Zum Lebensalltag muss gesagt werden, dass oft die Arbeit mit nach Hause genommen wird. Viele Kolleg/innen können nicht mehr abschalten – schwierige Fälle, aber auch das Verhalten von Vorgesetzten verfolgen die Beschäftigten bis in die Träume. Manche Wissenschaftler/innen nennen das auch emotionale Schwerarbeit.

***Wären diese Arbeitsbedingungen nicht schon Grund genug, um etwa für einen besseren Kollektivvertrag zu kämpfen?***

*Axel Magnus:* Selbstverständlich. Eine massive Arbeitszeitverringerung auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich und die Einführung der 4-Tage-Woche könnten den Druck auf die Kolleg/innen deutlich verringern. Gleichzeitig würde damit Teilzeitarbeit finanziell aufgewertet. Ausreichende Supervision und bezahlte Fortbildungen sind ebenfalls erforderlich. Und wenn schon der sonst nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Professor Mazal fordert, dass Krankenpfleger/innen gleich viel verdienen müssen wie Automechaniker/innen, dann kann ich mich dieser Forderung nur vollkommen anschließen. Er hat da übrigens eine Lohnerhöhung von ca. 45% gefordert – nicht schlecht und vollkommen verdient, würde ich sagen.

*Lis Mandl:* Von welchem Kollektivvertrag (KV) reden wir? Ein Problem in diesem Bereich ist die Zersplitterung der Branche. Und das zieht sich durch. Vom Betrieb, zu den Gewerkschaften bis zu den Kollektivverträgen. Und nun gibt's in Wien das Bestreben von Unternehmensseite den eh schon ziemlich miesen BAGS-Kollektivvertrag durch einen eigenen KV zu unterwandern. Genau diese Spaltung gilt es zu überwinden, die Forderungen liegen eh klar auf dem Tisch!

***Wie seht ihr eure Rolle als kämpferische GewerkschafterInnen innerhalb des ÖGB? Kann man ohne ÖGB kämpfen? Muss man es mit ihm?***

*Axel Magnus:* Ich glaube durchaus, dass mensch mit dem ÖGB kämpfen kann – zumindest mit Teilen davon. Gerade die GPA-djp hat ja in den letzten Jahren einige ansatzweise kämpferische Kampagnen gemacht – z.B. KiK, Handel, aber auch im Sozialbereich. Hier gilt es anzusetzen, und diese ersten Fortschritte weiter auszubauen. Und wenn der ÖGB kämpft, dann müssen sich natürlich alle kritischen und kämpferischen Gewerkschafter/innen daran beteiligen. Schwierig ist sicherlich, dass manchmal die eine Gewerkschaft zum Thema X kampfwilling wäre und die andere nicht. Wir bewegen uns hier also in vielen Widersprüchen.

Unsere Rolle in diesem Spannungsfeld ist, so denke ich, jene der Vorantreiber/innen. Gute Ansätze gilt es aufzugreifen und zu verstärken; gleichzeitig müssen wir immer auch schon den nächsten Schritt vorschlagen, also versuchen, das Klassenbewusstsein der Kolleg/innen weiter zu entwickeln, aber auch die Kampfformen auf eine höhere Ebene zu heben. Wir müssen klar machen, dass wir auch ein Teil dieser unserer Gewerkschaft sind, auch wenn wir derzeit keine Mehrheit für unsere Positionen haben.

Fraktionsübergreifend müssen die kämpferischen Kräfte für eine Politik eintreten, die es den Kolleg/innen wieder möglich macht, selbst aktiv über ihre Gewerkschaft zu bestimmen. Der Zwilling einer kämpferischen Gewerkschaft ist eine demokratische Gewerkschaft – eines ohne das andere kann es nicht geben. Und wenn viele Kolleg/innen heute den ÖGB und seine Gewerkschaften – mit vielen guten Gründen – kritisch sehen, dann müssen wir sie davon überzeugen, dass wir viele der genannten

Probleme gemeinsam lösen können, wenn wir auch in unseren eigenen Reihen gemeinsam dafür kämpfen, wenn wir also gemeinsam dafür kämpfen, die Gewerkschaften wieder zu demokratischen Kampforganisationen zu machen, oder wie Karl Marx das einst formulierte: „Lohnfechter/innen der Arbeit und Schulen des Sozialismus.“

***Abschließend: Was bräuchte es aus eurer Sicht, damit sich die Verhältnisse von Klient/innen und Beschäftigten im Sozialbereich nachhaltig ändern?***

*Axel Magnus:* Geld. Ganz einfach. Heute leiden Klient/innen und Beschäftigte unter den Sparpaketen der Länder und des Bundes. Wenn das so weiter geht, wird es in Zukunft sicherlich auch zu Verteilungskämpfen zwischen diesen beiden Gruppen im Sozialbereich kommen. Doch die Beschäftigten haben ein Recht auf die bestmöglichen Arbeitsbedingungen. Und die Klient/innen haben ein Recht auf bestmögliche Betreuung. Gemeinsam können wir das durchsetzen. Das wird aber nicht möglich sein, ohne die Verteilungsfrage offensiv anzusprechen. Die Forderung nach einer Sozialmilliarde ist längst von der Realität überholt worden. Wir brauchen viele Milliarden, um die Leistungen für die bedürftigen Menschen in hoher Qualität zur Verfügung stellen zu können und unsere Arbeitsbedingungen auf ein akzeptables Maß anzuheben. Mit einer ernsthaften und stark progressiven Besteuerung von Gewinn und Vermögen wäre das aber leicht möglich. Doch dazu fehlt den Herren und Damen Politiker/inne/n der Mut.

*Lis Mandl:* Ich will weg von dieser Almosen- und Sozialschmarotzer/innendebatte. Wir leben im fünftreichsten Land. Ein hochwertiges Gesundheits- und Sozialsystem ist da einfach nur eine Pflichtkür! Natürlich muss mensch sich die Systemfrage stellen. Alter Hut – aber immer noch ungelöst! Und was die Demokratisierung betrifft, die darf bei den Gewerkschaften nicht halt machen. Diese völlige Entmündigung der Klient/innen gerade im Gesundheitsbereich gehört durchbrochen. Kontrolle über die Leistung durch Beschäftigte und Betroffene – das ist meine Vision. Ich staune immer wieder über die Kreativität und das menschliche und fachliche know-how meiner Kolleg/innen. Dieses Potential soll sich entwickeln können – jede/r nach ihren/seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen!

## **IV. Perspektiven der Bewegung**

**D**ass und wie es anders geht soll auf den folgenden Seiten gezeigt werden. Die ersten beiden Texte wollen dies anhand zweier Beispiele aus der jüngeren Geschichte tun. Selma Schacht beschreibt in ihrem Beitrag den Streik bei pro mente in Oberösterreich. Gernot Trausmuth schlägt es in die 1980er Jahre. Sein Text zeigt - anhand des Beispiels der Stadt Liverpool - Handlungsspielräume für eine alternative Budgetpolitik auf kommunaler Ebene.

## **STREIK GEGEN DEN (PSYCHO)SOZIALABBAU**

*Von Selma Schacht*

*In zwei oberösterreichischen Sozialvereinen wurde am 13. und 14. Dezember 2010 ein Warnstreik durchgeführt. Am 14. Dezember mittags fand in Linz eine gemeinsame Betriebsversammlung im öffentlichen Raum statt, bei der über 1.500 Menschen lautstark demonstrierten.*

Am 29. Oktober gab die Sozialabteilung des Landes Oberösterreich (Sozialreferent Ackerl, SPÖ) bekannt, dass das Budget ab 1. Jänner 2011 für die psychosozialen Beratungsstellen, Krisendienste und Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen in den Vereinen „pro mente OÖ“, „Exit Sozial“ und „Arcus-Sozialnetzwerk“ um 33 Prozent gekürzt wird. Dies bedeutet einerseits die Entziehung der existenziellen Grundlage für viele KollegInnen durch Jobverlust, andererseits können bestimmte psychosoziale Beratungs- und Betreuungsleistungen für hunderte KlientInnen nicht mehr angeboten werden. Über 100 Beschäftigte der betroffenen Vereine mussten beim AMS zur Kündigung angemeldet werden. Dies alles sei wegen der „budgetären Situation des Landes“ erforderlich. Von den politisch Verantwortlichen wurde betont, dass es keine Alternativen gäbe und auch sie gezwungen seien, die Vorgaben umzusetzen.

### **Antwort: Streikbeschluss**

Doch diese Lüge wurde nicht geschluckt: Die Betriebsratsgremien von „pro mente OÖ“ und „Exit Sozial“ beriefen am 22. November eine gemeinsame (Teil-) Betriebsversammlung ein, bei der ein Streikbeschluss gefasst wurde, und zwar für jene Betriebsteile, die von der Budgetkürzung und den damit verbundenen 113 beabsichtigten Kündigungen betroffen waren.

Das Ziel des Warnstreiks war laut Zentralbetriebsratsvorsitzendem Martin Herzberger (pro mente), auf die Arbeitgeber Druck auszuüben, keine Kündigungen auszusprechen. Durch die gemeinsame Betriebsversammlung im öffentlichen Raum (in Form einer Kundgebung und Demonstration) sollte Aufmerksamkeit geschaffen und auf das Land Oberösterreich Druck ausgeübt werden, um die gravierenden

Einschnitte zurückzunehmen. Aufmerksamkeit wurde, auch über die Landesgrenzen hinaus, jedenfalls erreicht – ein Streik im Sozialbereich ist für Österreich (im Unterschied zu Deutschland) fast eine Novität. Die Kündigungen konnten, wie weiter unten beschrieben wird, auf ein Minimum reduziert werden – doch die Kürzungen bleiben.

### **Minutiöse Vorbereitung**

Der Streik wurde genauestens vorbereitet. Nach dem Streikbeschluss auf der Betriebsversammlung wurde dieser vom Präsidium der GPA-djp freigegeben. In den Betrieben wurden Streikleitungen gebildet, die gemeinsam mit der GPA-djp die notwendigen weiteren formalen Schritte in die Wege leiteten. Es wurden die jeweiligen Streikorte (die betroffenen Dienststellen), die Streikposten (Betriebsrats- und Ersatzbetriebsratsmitglieder) und der genaue Streikablauf festgelegt. Bei pro mente OÖ wurden insgesamt 41, bei EXIT-sozial 8 Standorte bestreikt: Psychosoziale Beratungsstellen, Krisendienste, Sozialpsychiatrische Ambulanzen und Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen. Über ausgeschickte „Streikinfos“ und persönliche Besuche der Betriebsratsmitglieder in den Teams wurden die Beschäftigten im Vorfeld regelmäßig informiert.

### **Was ist ein Streik?**

So wurde beispielsweise genauestens erklärt, was das nun gewählte betriebliche Kampfmittel bedeutet: „Ein Streik ist eine Arbeitsniederlegung, um den Dienstgeber unter Druck zu setzen und die Streikziele zu erreichen. Ein Streik ist in der Regel unbefristet und dauert so lange an, bis die Streikziele erreicht sind. Arbeitsniederlegung bedeutet, dass sich alle MitarbeiterInnen am Arbeitsplatz (in der Einrichtung) befinden, aber nicht arbeiten. Im konkreten Fall bedeutet das, dass sich keine KlientInnen/UserInnen in der Einrichtung befinden, kein Telefon abgehoben wird und keine sonstigen beruflichen Tätigkeiten (Doku Schreiben, Zusammenräumen, Aufarbeiten) durchgeführt werden.“

Ein Warnstreik ist ein zeitlich befristeter Streik. Er soll dem Dienstgeber signalisieren, dass, „sollten die Forderungen der Belegschaft nicht erfüllt werden, ein unbefristeter Streik in die Wege geleitet wird.“

Jene Beschäftigten, die bereits Termine mit KlientInnen vereinbart hatten, wurden aufgefordert, diese Termine abzusagen oder zu verschieben.

### **Die Streikzeit**

In der Streikzeit wurden nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern aktiv eingesetzt – am Vormittag wurden nach einer Besprechung beim gemeinsamen Streikfrühstück, welches SekretärInnen der GPA-djp und des ÖGB organisiert hatten, Transparente gemalt, Plakate gestaltet und so die öffentlichen Aktionen vorbereitet. In den bestreikten Einrichtungen wurden Streikinfos und Transparente aufge-

hängt. Nachmittags fanden Mahnwachen auf der Straße statt, wo die Beschäftigten direkt auf die Bevölkerung in den Orten zuzugingen, sie informierten und Unterschriften gegen den Psychosozialabbau sammelten.

Bei pro mente wie auch bei EXIT-sozial war es nicht schwierig, die KollegInnen zum Streik zu motivieren, auf der Betriebsversammlung stimmte die absolute Mehrheit für den Warnstreik, es gab keine/n einzige/n Streikbrecher/in. Auch MitarbeiterInnen aus nicht vom Streik betroffenen Einrichtungen nahmen bei Mahnwachen teil und auch solche, die eigentlich ihren freien Tag hatten.

Die Stimmung bei allen streikenden MitarbeiterInnen war gut, trotz der Bedrohung von der Einrichtungsschließung. Es gab gute Gespräche zwischen den MitarbeiterInnen und GewerkschafterInnen am Streikort. Alle Mahnwachen verliefen gut, auch wenn es vereinzelte Konfrontationen mit Ablehnung und sozialer Kälte seitens der Bevölkerung gab, wurden zum Teil über 150 Unterschriften pro Mahnwache gesammelt. Bei rund der Hälfte der Mahnwachen waren VertreterInnen der lokalen Presse anwesend, und auch Betriebsräte aus anderen Betrieben und lokale PolitikerInnen nahmen zeitweise teil.

Zum Argument „Das geht ja nicht, da leiden die KlientInnen darunter“ meinte Zentralbetriebsratsvorsitzender Martin Herzberger (pro mente): „Es wurde auch ein Krisendienst für Notfälle eingerichtet, der mit 2 MitarbeiterInnen besetzt war. Die Anrufbeantwortertexte der bestreikten Einrichtungen haben auf diese Krisenhotline hingewiesen. Die KlientInnen waren durchwegs sehr solidarisch mit den Streikenden, es waren sogar welche bei Demos selber mit dabei.“

### **Öffentliche Betriebsversammlung**

Die streikenden KollegInnen hielten am zweiten Streiktag im Linzer Schillerpark eine öffentliche Protestbetriebsversammlung ab. Zum Teil mit Bussen reisten die Beschäftigten aus ganz Oberösterreich gemeinsam an. Im Anschluss marschierten trotz Eiseskälte und Schneetreiben 1500 Menschen lautstark protestierend durch Linz - Betroffene, BetriebsrätInnen, solidarische Menschen, auch Betriebsräte aus ganz anderen Branchen (Thalia, Coca-Cola ...) und AktivistInnen der Protestbewegung „unibrennt“. Neben den Betriebsräten hatte auch die Plattform gegen das Belastungspaket „Mehr Geld für Bildung und Soziales – Verteilungsgerechtigkeit jetzt“ zu der Demonstration aufgerufen.

### **Nach dem Streik**

Der Arbeitskampf hat sich zwar gelohnt - immerhin haben mehr als 3.000 Streikstunden, harte Verhandlungen und 38.683 Unterschriften gegen Sozialabbau, die dem oberösterreichischen Landtagspräsidenten übergeben wurden, dazu geführt, dass die Zahl der Kündigungen von 118 auf 34 reduziert wurde.



Nach dem Warnstreik konnte von den Betriebsratsgremien gemeinsam mit der GPA-djp für die direkt betroffenen Beschäftigten wenigstens ein für viele annehmbarer Sozialplan erstritten werden, der eine Überbrückungshilfe in Form von freiwilligen Abfertigungen und eine Arbeitsstiftung vorsieht. Alle Betroffenen akzeptierten schließlich die individuelle Sozialplansumme.

Doch die Arbeitsplätze selbst und somit die Betreuungsangebote für psychisch kranke Menschen sind trotzdem futsch, nur die Finanzierung der Krisendienste konnte – vorläufig – gesichert werden.

Nach einer Podiumsdiskussion in Linz unter dem Titel „Steht der Sozialbereich endlich auf?“ berichtet die Homepage der GPA-djp: „Fakt ist, dass der Widerstand weiter gehen muss, und dass die Gewerkschaft im Gesamten gefordert ist. Es geht insbesondere um Bewusstseinsbildung, um die Entwicklung einer über alle Bereiche sich erstreckenden Solidarität und um ein aktives Miteinbeziehen aller Betroffenen. Viele Beiträge aus dem Publikum haben gezeigt: Sozialpartnerschaftliches Stellvertreterdenken am grünen Tisch hat ausgedient. Es braucht massiven Druck „von unten“ bis hin zu ebenso massiven Streiks; es braucht dicht gewobene Netzwerke und es braucht Verständnis dafür, dass es nur miteinander und nicht statt einander geht. Gute Arbeitsbedingungen gerade im Sozialbereich haben auch gute Auswirkungen auf die Gesellschaft und sind das Fundament für eine nachhaltige Betreuung, Unterstützung und Versorgung von Menschen, die physische und psychische Hilfe brauchen.“

**„IT'S BETTER TO BREAK THE LAW  
THAN TO BREAK THE POOR!”  
ALS LIVERPOOL DEN AUFSTAND WAGTE.**

*Von Gernot Trausmuth*

*Die gegenwärtige Staatsschuldenkrise zwingt Regional- und Kommunalregierungen in ganz Europa zu massiven Kürzungen bei ihren sozialpolitischen Ausgaben. Dass es auch anders ginge, zeigt das Beispiel des Liverpools Stadtrats in den 1980er Jahren, der sich entschlossen gegen die Sparlogik der Regierung unter Margaret Thatcher gestellt hatte.*

„Der Eindruck muss sein,“ schrieb die Daily Mail am 11. Juli 1984, „dass sich Militanz auszahlt.“<sup>1)</sup> Und die Times sekundierte am selben Tag: „Heute wurde die kämpferische Haltung von Gemeinden bestätigt. (...) ein drittklassiger Provinzpolitiker, ein selbsternannter Revolutionär (...), Mr. Derek Hatton hat die Regierung zum Nachgeben gebracht.“<sup>2)</sup> Das Urteil der bürgerlichen Presse ließ wenig Spielraum für Interpretationen. Tatsächlich hatte sich im Frühsommer 1984 ein wagemutiger Stadtrat im Verein mit der mobilisierten Bevölkerung gegen die Zentralregierung unter Margaret Thatcher durchgesetzt.

Thatcher ging als „Eiserne Lady“ in die Geschichtsbücher ein. Getrieben von ihrem Leitspruch „TINA - There is no Alternative“ agierte sie als Rammbock für den neoliberalen Umbau der britischen Gesellschaft und wurde so zum Vorbild für konservative Politiker/innen in ganz Europa. Thatchers Wirtschaftspolitik setzte vor allem auf Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben und auf Privatisierungen. Ein wichtiges Instrument neben direkten Lohnkürzungen war dabei die Streichung von Zuschüssen zu den Budgets der Kommunalverwaltungen. Damit wurde der sogenannte „soziale Lohn“ ins Visier genommen, d.h. die Ausgaben der öffentlichen Hand für Wohnbau, soziale Dienstleistungen, Bildung usw.

Die Stadt Liverpool war von diesem Umstand in besonderem Maße betroffen. Anfang der 1980er Jahre beherbergte sie ein Drittel weniger Einwohner/innen als 20 Jahre zuvor; das Gebührenaufkommen ging im selben Zeitraum um ein Viertel zurück. Ein Umstand, der dazu führte, dass die Stadt zwischen 1979 und 1983 rund 30 Millionen Pfund an Strafzahlungen an die Zentralregierung zu leisten hatte, da das Budget regelmäßig überschritten werden musste. Vor diesem Hintergrund verlangte Premierministerin Thatcher 1983 ein Budget, das um rund 11 Prozent weniger

Ausgaben als im Jahr 1980 vorsehen sollte. Doch die Liverpool District Labour Party widersetzte sich dem Ansinnen.

Labour hatte ab Mitte der 1970er Jahre selbst einen Kurswechsel vollzogen, der dem Thatcherismus den Weg ebnete. Doch unter dem Eindruck der massiven Angriffe auf den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten radikalisierten sich relevante Teile der britischen Arbeiter/innen/bewegung. In Liverpool, wo traditionell die marxistische Militant-Strömung über einen gewissen Einfluss in der Labour Party verfügte, ging dieser Prozess ganz besonders weit. 1982 gelang es Labour bei den Kommunalwahlen eine relative Mehrheit zu erlangen. Dennoch weigerte man sich, eine Koalition mit den Liberalen einzugehen, da Labour weder den Kürzungen bei den Sozialausgaben noch den Entlassungen von Gemeindebediensteten oder den geplanten Mieterhöhungen zustimmen wollte. Mit einer Kampagne ungeahnten Ausmaßes gelang es im darauf folgenden Jahr um 22.000 Stimmen (+ 40 Prozent) zuzulegen und eine absolute Mehrheit im Stadtrat zu erringen.

Die neu gewählte Labour-Stadregierung musste sich entscheiden. Entweder man gab das eigene Wahlkampfprogramm auf, oder man musste für mehr Budgetmittel kämpfen. Labour hatte im Wahlkampf die Schaffung von 1000 neuen Jobs, eine Mietzinssenkung von 2 Pfund/Woche, die Einführung eines Mindestlohns und einer 35-Stunden-Woche für Gemeindebedienstete versprochen. Der alte Budgetentwurf sah jedoch die Entlassung von 5000 Gemeindebediensteten oder Gebührenerhöhungen um 170 Prozent vor. Der Stadtrat unter Derek Hatton entschied sich schließlich für die Umsetzung des eigenen Programms. „Die Hausbau-, Bildungs- und Arbeitsbeschaffungsprogramme sicherten dem Stadtrat die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse in Liverpool. Dass die Militant-Stadträte nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiter/innen/lohn kassierten, steigerte ihre Beliebtheit zusätzlich. Ihr Slogan war: „It’s better to break the law than to break the poor (...).“<sup>3)</sup>

Während Labour-geführte Stadregierungen landauf landab die Einsparungen an die Bevölkerung weitergaben, setzte das Liverpool City Council im Gegensatz dazu auf eine offene Konfrontation mit Thatcher und dem für die Kommunalfinanzen zuständigen Minister Patrick Jenkin. Begleitet wurde dieser Kurs von einer beispiellosen außerparlamentarischen Kampagne. Mit breit angelegten Mobilisierungen auf der Straße versuchte der Stadtrat Druck auf die Regierung in London auszuüben. Erster Höhepunkt des Protests war eine Großdemo von 25.000 Menschen zur Unterstützung der Politik der Stadregierung am 19.11.1983. Der damalige Sekretär des Joint Shop Steward Committees, Peter Cresswell, meinte: „Ich bin alles andere als ein Unterstützer von Militant und unter den von uns vertretenen Gewerkschaftsmitgliedern gibt es von Tories bis Trotzki/innen alle möglichen Anschauungen – wir vertreten Lehrer/innen, Müllarbeiter/innen, Schalterbeamte und Mitarbeiter/innen der Stadtwerke. Sie alle aber verstehen, dass die Konfrontation mit der Regierung, auf die wir zusteuern, unvermeidlich ist.“<sup>4)</sup>

Für den Tag der Budgetrede am 29.3.1984 mobilisierten Labour und die Gewerkschaften zu einem Generalstreik in der Stadt unter dem Motto „Unsere Stadt. Unser Kampf“. Aber auch viele kleine Geschäftsleute beteiligten sich an der Bewerbung dieses Aktionstags und forderten ihre Kunden zur Teilnahme an der Großdemo auf. Selbst die Fans der Stadtrivalen FC Liverpool und Everton bekundeten geschlossen ihre Unterstützung für die Stadtregierung und skandierten beim Cupfinale wenige Tage vor der Demo „Liverpool, Everton, Maggie, Maggie, Maggie, Out Out Out!“ Der Aktionstag wurde zu einem gewaltigen Erfolg und gipfelte in einer Demonstration mit 50.000 Teilnehmer/innen.

Die Regierung drohte nun mit der Absetzung des Stadtrates und der Entsendung eines Kommissars zur Einhaltung der Budgetvorgaben. Gleichzeitig lief über Monate eine Medienkampagne gegen die Labour-Stadträte, um diese zu zermürben. Doch angesichts der massiven Unterstützung seitens der Liverpools Bevölkerung für den Stadtrat sah sich die Regierung zu Verhandlungen gezwungen. Verstärkt wurde dies durch die Tatsache, dass die Finanzmärkte angesichts der Perspektive einer Pleite von Liverpool zusehends nervös wurden. Minister Jenkin war letztlich zu einem Abkommen bereit, das massive Geldflüsse an die Stadtregierung im Gegenzug für einige kleinere Zugeständnisse vorsah. Sowohl die Konferenzen von Labour und den Gewerkschaften der Gemeindebediensteten wie auch die Dienststellenversammlungen feierten dieses Abkommen als großen Sieg.

Mit dem neuen Budget wurde eine Wohnbauoffensive möglich, die nicht zuletzt der schwarzen Bevölkerung in Liverpool zugute kam. Unter dem Titel „Urban Regeneration Strategy“ wurden bis 1987 in den Stadtteilen mit dem größten Bedarf mehr als 5000 Wohnungen gebaut. Allein durch diese Maßnahme wurden laut Schätzungen der Bauwirtschaft fast 6500 Jobs im privaten Sektor geschaffen. Es wurden verstärkt Lehrlinge in den Gemeindebetrieben aufgenommen. Beispielgebend war auch die Neuorganisation des Bildungssystems in der Stadt. Die Stadt gründete sechs neue Kindergärten. Für Studierende wurden Mensaessen, Lehrbücher und die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel gratis. Bis 1986 wurde die Zahl der im Bildungssystem Beschäftigten um 519 erhöht.

Doch der soziale Friede währte nur kurz. Noch im selben Jahr erließ die Regierung Thatcher ein Gesetz, das für die Kommunen eine Obergrenze festlegte, über die hinaus die Gebühren nicht erhöht werden dürften („Rate-capping“). Damit war der Sparzwang für die Gemeinden total, und viele Stadträte sahen sich gezwungen, Widerstand nach dem Vorbild Liverpools zu leisten. Mit einer weiteren Großdemonstration wies Merseyside einmal mehr den Weg. Mit dem neuerlichen Beschluss, die Gebühren nur in der Höhe der Inflationsrate anzuheben und somit ein Budgetdefizit zu akzeptieren, gingen die Labour-Stadträte ein großes persönliches Risiko ein. Ihnen drohte ein Gerichtsverfahren, die Amtsenthebung und dass sie mit ihrem persönlichen Vermögen für die Schulden der Stadt haften müssten. Auf den Druck der Labour Party-Spitze, ein legales Budget (sprich ein Sparpaket) zu beschließen,

antwortete Derek Hatton lediglich: „Dann zeigt Ihr uns die 6000 Gemeindebediensteten, die wir entlassen sollten.“<sup>5)</sup>

Neben dem Bergarbeiterstreik 1984/5 wurde der Widerstand des Liverpools Stadtrates zur wichtigsten sozialen Auseinandersetzung jener Jahre. Doch die Arbeiterbewegung von Merseyside stand nicht nur in Konfrontation zu Thatchers Regierung, sondern auch zur Führung der Labour Party und der „white collar“-Gewerkschaften. Die Niederlage der Bergarbeiter/innen war rückblickend ein Wendepunkt in der Entwicklung der britischen Arbeiter/innenbewegung. Vor diesem Hintergrund war auch der Widerstand einer einzigen Stadtregierung gegen Thatchers Kürzungspolitik auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Rückblickend betrachtet stand die beispielhafte Geschichte des Liverpools Stadtrats 1983-87 am Ende eines großen Kampfzyklus. Heute stehen wir angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus, die sich in einer Krise der öffentlichen Finanzen manifestiert, am Beginn eines neuen Kampfzyklus. Die Lehren von Liverpool können in diesem Zusammenhang einen Weg für eine soziale Kommunalpolitik abseits neoliberaler Sparlogik weisen.

1 Zitiert nach: CWI und IMT. Die Militant-Tendenz und ihre Nachfolger (Marxismus Nr.30). Wien (2009), S. 75.

2 Ebda.

3 CWI und IMT, S. 74.

4 Peter Taaffe/Tony Mulhearn, Liverpool – The City that dared to fight. London (1988), S. 107.

5 Ebda., S. 234.

**W**arum macht Widerstand Sinn? Was hat der Protest gegen das steirische Landesbudget mit der Krise des Kapitalismus zu tun? Und: Wie gelangen wir von den einzelnen - oftmals isolierten - Widerstandsbemühungen zu einer Bewegung mit systemüberwindender Perspektive? Antworten darauf wollen die letzten beiden Texte in diesem Band geben.

## **„WIR SIND DIE BORG !“ – IST DER WIDERSTAND GEGEN DAS STEIRISCHE SPARPAKET WIRKLICH ZWECKLOS?**

*Von Christian Promitzer*

*Die Proteste gegen das Sparpaket der Steiermärkischen Landesregierung erfordern eine Einschätzung im Rahmen der Widerstandsbewegungen der letzten Jahre. Hier soll daher weniger auf die konkreten Erfahrungen aus dem steirischen Beispiel eingegangen werden. Vielmehr soll versucht werden, es innerhalb der sozialen Kämpfe, der politischen Konjunkturen und der generellen Machtverhältnisse im jetzigen Stadium des neoliberalen Regimes zu positionieren. Schon jetzt kann festgehalten werden, dass die steirischen Landespolitiker, die das Sparpaket beschlossen haben, damit eine kontinentale Agenda auf regionaler Ebene durchziehen. Ihr Auftreten, wie auch jenes von Europapolitikern und Administratoren aus Brüssel, die in lässig bürokratischer Manier Maßnahmenbündel zur Wiederherstellung des neoliberalen business as usual vortragen, beschränkt sich auf wenige Sätze: „Sparen“ – „notwendig“ – „Schulterchluss“ – „keine Alternative“. Die monoton vorgetragene Melodie erinnert an den Spruch jener halb organisch, halb kybernetischen Fabelwesen aus Star Trek, die auch unter dem Namen Borg bekannt sind. Vor einem Angriff erklären sie: „Wir sind die Borg. Widerstand ist zwecklos!“*

Als das Casino der Spekulanten 2008 eine weltweite Rezession auslöste, formulierten die sozialen Bewegungen eine Losung, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt hat: „Wir bezahlen nicht für eure Krise!“ Für einige Monate gelangte das seit mehr als zwei Jahrzehnten bisher vorherrschende neoliberale Kalkül, das neben dem freien UnternehmerInnentum auf Schlagworten wie Privatisierung, Selbstverantwortung und Eigenvorsorge aufbaute, in die Defensive. Als die Krise greifbar wurde, erfuhren Begriffe wie Commons, Allmende und Gemeinwohlökonomie eine kurze Konjunktur, während das *deficit spending* der Regierungen zur Rettung der Banken als vermeintliche Rückkehr zum Keynesianismus fehlinterpretiert wurde. Vor zweieinhalb Jahren wurden optimistische Widerstandsszenarien entworfen, die heftige soziale Kämpfe prophezeiten und im besten Fall eine Götterdämmerung des neoliberalen Modells privater Bereicherung und sogar antikapitalistische Perspektiven heraufbeschworen. Die historische Entwicklung hat nicht exakt diesen Verlauf genommen. So titelte das undogmatische linke Magazin „analyse & kritik“ vorigen Dezember seine Einschätzung über das vergangene Jahr auf der ersten Seite mit den ironischen Worten: „Der wieder nicht gekommene Aufstand“.

Kann man daraus die Schlussfolgerung ableiten, dass der im Herbst 2008 angekündigte Widerstand gegen die erwartete erneute Offensive des Neoliberalismus gescheitert ist? Und wenn er gescheitert ist, warum ist er gescheitert? Man muss sich vor Augen halten, dass der Ausbruch der Krise zu einem Zeitpunkt erfolgte, als der relaunch systemkritischen Denkens und widerständiger Bewegung im Zeichen des zapatistischen Widerstandes und der Globalisierungskritik der Sozialforen seinen Höhepunkt bereits überschritten hatte. Deshalb wurde die Hoffnung genährt, dass der augenscheinliche Krach des neoliberalen Modells im Herbst 2008 von sich aus die Tür öffnete für alternatives Denken und neue soziale Bewegungen.

Nun ist es ja gar nicht so, dass sich anstelle der erwarteten Kämpfe gar keine sozialen Auseinandersetzungen ereignet hätten – aber sie kamen in einem anderen Gewand daher, als erwartet, und spielten sich in einer unkoordinierten Weise ab, so dass die Sozialforen als Orte möglicher Vernetzung nur eine sekundäre Rolle einnahmen. So waren die Block NATO!-Aktionen anlässlich des NATO-Treffens vom April 2009 in Straßbourg und Kehl medial sicherlich beeindruckend. Sie lassen jedoch auch vermuten, dass diese Formen des Widerstandes zwar ein gewisses Maß an Spektakularität erzeugen, aber doch nur situativ angelegt sind. Man könnte daraus schließen, dass sie daher nur wenig geeignet sind, ein über Aktivist/innen und Sympathisant/innen hinausreichendes soziales Gedächtnis der Opposition gegenüber dem herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell zu verankern. Die Frage der Nachhaltigkeit von Protesten könnte sich – mutatis mutandis – auch für die unerwartet ausgebrochenen massiven Proteste gegen das Verkehrs- und Städtebauprojekt Stuttgart 21 stellen, in deren Gefolge die erste grün-rote Landesregierung in einem deutschen Bundesland an die Macht gelangte und sich nun mit der Fortsetzung dieser Proteste konfrontiert sieht.

Dennoch: All ihrer Heftigkeit zum Trotz haben derartige Proteste wenig an der neoliberalen Hegemonie geändert. Diese hat sich zuletzt in den von den EU-Finanzministern vorgeschriebenen Maßnahmen zur Privatisierung und zu Kürzungen im Sozial- und Pflegebereich an den Beispielen Irland, Griechenland und Portugal gezeigt. Schlägt man ein x-beliebiges österreichisches Tagesmedium auf, so wird die Notwendigkeit dieser Schritte von keinem der Kommentare hinterfragt – es ist, als ob die Uhr auf die Zeit vor Sommer 2008 zurückgedreht worden wäre.

Die Gründe für eine derartige, vorderhand pessimistische Einschätzung sind sowohl strategischer als auch lokaler Natur: In strategischer Hinsicht erleichtert das Umsichgreifen postdemokratischer (Entscheidungs-) Strukturen in der Politik die Fortsetzung neoliberaler Reformen. Das steirische Sparpaket ist eine Folge des Österreichischen Stabilitätspaktes aus dem Jahr 2008, demzufolge sich „die innerstaatliche Haushaltskoordinierung, die mittelfristige Orientierung der Haushalte und die Aufteilung von Defizitquoten und Sanktionslasten“ als „Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union“ darstellt, „gesamtstaatlich ausgeglichene oder beinahe ausgeglichene Budgets zu erzielen.“<sup>(1)</sup> Exakt dieselbe Verpflichtung gilt für alle EU-

Staaten, die der Euro-Zone angehören, und natürlich auch für die strauchelnden Schuldnerländer Griechenland und Portugal. Informeller Ansprechpartner bei der Erfüllung des Stabilitätspaktes auf Landesebene ist die in der österreichischen Verfassung gar nicht vorgesehene Landeshauptleutekonferenz. Im Falle einer Kritik können die einzelnen Landeshauptleute auf die Verpflichtungen hinweisen, die sie als Vertragspartner gegenüber der Bundesregierung und der Finanzministerin eingegangen sind, während diese wiederum auf die EU-Kommission, Europäischen Rat bzw. den damit nicht zu verwechselnden Rat der Europäischen Union (auch Ministerrat genannt) als übergeordnete Organe verweisen können. Diese sind übrigens aus keiner direkten Wahl in diese Gremien hervorgegangen.

Nun ist es schwer, allein gegen Politiker, die zudem Stellvertreter von über ihnen stehenden Bürokraten sind, die ihrerseits wiederum nach den Interessen der durchsetzungskräftigsten Fraktionen des europäischen Kapitals handeln, anzukämpfen, dabei allein auf die zur Verfügung stehenden Mittel des zivilen Protestes zurückzugreifen und angesichts der kontinentalen Dimensionen der Auseinandersetzung nicht über die lokale Arena hinauszublicken. Das ist, als ob man es mit einer dieser aus Holz gefertigten, bunt bemalten, ineinander verschachtelten russische Puppen zu tun hat, aber dann – nachdem die erste Puppe geöffnet ist – nicht mehr weitermacht.

Außerdem gibt es eine weitere Schwierigkeit: die Notwendigkeit, die Kritik an der Budgetkonsolidierung auf das Maß der Landespolitik als dem unmittelbaren Entscheidungsbereich der Politiker herabzubrechen, verleitet dazu, dass nur mehr der unmittelbare Handlungsbereich der Landespolitik, und zwar nur innerhalb des ohnehin vorgegebenen neoliberalen Rahmens, kritisiert wird: Folgerichtig orientiert sich die daraus resultierende Kritik vor allem an der „sündteuren“ Eventpolitik der Landespolitiker und weniger an der Tatsache, dass es bei dem Sparpaket darum geht, dass wir nun eben doch die Krise bezahlen sollen, während die Banken noch immer jener aus unseren Steuergeldern bezahlten Staatshaftungen bedürfen, um derentwillen die neoliberale Budgetdisziplin 2008 und 2009 sehr wohl durchbrochen wurde. Das ist ja der eigentliche Skandal! Dieser wird aber nicht angegangen, weil die weiteren Puppen nicht geöffnet werden.

Unterdessen verliert das politische System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie immer mehr an Glaubwürdigkeit. Parteien ursprünglich unterschiedlicher ideologischer Herkunft – SozialdemokratInnen und Konservative – sprechen längst schon dieselbe Sprache ausgabenorientierter Budgetsanierung. Solange keine sozialen Kämpfe stattfinden, wird sich daran auch nichts ändern, und die Hoffnung auf eine Differenzierung innerhalb der Sozialdemokratie wird eine Beschwörung bleiben. Ohne soziale Kämpfe wird sich die Haltung der Bevölkerung entweder in Resignation und Wahlenthaltung (eine übrigens relativ angenehme Option für die herrschenden politischen Eliten) niederschlagen, oder in vermehrter Stimmabgabe für rechtspopulistische Parteien, die ihr Heil in der rassistischen Bekämpfung



von MigrantInnen und in der Wiederbelebung des Nationalstaates suchen. Insofern waren die Proteste in der Steiermark trotz ihres bisher offensichtlich geringen Erfolges wichtig, da sie allein durch die Tatsache des Kampfes den „Problemlösungen“ der radikalen Rechten eine soziale Alternative gegenübergestellt haben.

Der zweite Grund, warum es soziale Proteste in Österreich traditionell schwer haben, einen Paradigmenwechsel hervorzurufen – und es wird sich erst weisen, ob die Kämpfe in der Steiermark an dieser Einschätzung etwas ändern werden – liegt darin, dass die zivilen Protestformen auf der Straße losgelöst sind von möglichen Protesten in den Betrieben. Erst wenn die Orte, an denen sich das gegensätzliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit durch den Prozess der Wertschöpfung manifestiert, in das Kampfgeschehen einbezogen werden, können sich die Perspektiven für einen möglichen Erfolg ändern. Dass eine derart schlichte Erkenntnis in Österreich jedoch fast unbeschrieben als utopisch erachtet wird, hat mit der langen und weite Teile der Massen einschläfernden Tradition der Sozialpartnerschaft zu tun. Im Rahmen der fordistischen Regulationsweise des Kapitalismus, die den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit hervorbrachte, erwies sich diese Tradition, vom ehemaligen Bundeskanzler Kreisky einmal euphemistisch als „sublimierte Form des Klassenkampfes“ bezeichnet, als durchaus effektiv für die (minoritäre) Beteiligung der unselbständig Beschäftigten an dem von ihnen selbst produzierten Reichtum. Sobald der Fordismus jedoch Ende der 1970er Jahre durch die flexiblere, oft auf kleinere Einheiten und auf Entstandardisierung der Arbeitsverhältnisse abzielende neoliberale Regulationsweise des Postfordismus abgelöst wurde, fehlte die Kampfkraft des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, da er weiterhin auf dem bisherigen Einvernehmen mit den zunehmend auf Verschärfung setzenden Unternehmern beharrte. Aus demselben Zwang zur Beharrung versäumten es die Gewerkschaftsführungen in den letzten beiden Jahrzehnten auch, die Menschen, die die durch die Flexibilisierung entstandenen neuen, prekären Arbeitsplätze inne hatten, zu organisieren. Dennoch ist es zu begrüßen, dass sich der ÖGB letztlich den Protesten gegen das steirische Sparpaket angeschlossen hat, wenngleich sich im Rahmen dieser Solidarität alsbald der Versuch einer Kontrolle und Kanalisierung manifestierte. Der mögliche Brückenschlag zwischen dem Kampf für den Erhalt von Budgetmitteln für den Sozial- und Kulturbereich, die aus dem Steuertopf – d.h. von uns allen – gespeist werden, und dem Kampf für gerechte Löhne, die die tatsächliche Inflationsrate für Verbraucherpreise und den Produktivitätszuwachs in der Industrie tatsächlich abgelten, kann jedoch nur realisiert werden, wenn die Gewerkschaft von sich aus einen Weg aus ihrer subalternen Position innerhalb der Sozialpartnerschaft einschlägt und wieder kampfkraftiger wird.

Ein dritter Aspekt, der die Wirksamkeit derartiger Proteste erhöht, ist der Zusammenschluss und die Koordinierung aller regionalen und nationalen Widerstandsbewegungen auf einer kontinentalen Ebene. Unlängst erklärte Jean-Claude Juncker, Vorsitzender der Euro-Gruppe (wo die Staaten der Eurozone ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik koordinieren), dass die Durchsetzung des Sparpakets in Griechen-

land nicht eine Sache von Parteien sondern eine „nationale Angelegenheit“ sei; in ähnlicher Weise hat sich – ein weiterer Borg! – Kommissionspräsident José Manuel Barroso geäußert. All jenen, deren Angriffe im Stile der Borg aus der Serie Star Trek vorgetragen werden, ist ein europäisches Wir entgegenzuhalten, ein Wir, das den Kampf gegen die ausgabenseitigen Budgetreformen und die damit einhergehenden Lohnkürzungen und weiteren Privatisierungen als ein soziales commitment von europäischem Zuschnitt wahrnimmt. Sicher verliert nur, wer nicht kämpft: Widerstand ist NICHT zwecklos!

1 [http://www.bmf.gv.at/Budget/BesondereBudgetthemen/Finanzbeziehungenzu\\_658/sterreichischerStab\\_700/\\_start.htm](http://www.bmf.gv.at/Budget/BesondereBudgetthemen/Finanzbeziehungenzu_658/sterreichischerStab_700/_start.htm) \_ 18.8.2011

## IN DEN RING STEIGEN #2

Von Samuel Stuhlfarrner

„So come on friends,  
To the barricades again.

We will find our way.“

A Silver Mt. Zion

*Ich habe diesen Text dreimal zu schreiben begonnen.*

*Das erste Mal schrieb ich in etwa folgendes: in der Steiermark sei die Bewegung ermattet, aber immerhin, in Spanien täte sich einiges. Platzbesetzungen, Scharmützel mit der Polizei, Erinnerungen an Franco.*

*Das zweite Mal schrieb ich: in der Steiermark sei die Bewegung ermattet, in Spanien hätte sich unlängst auch etwas getan, in Griechenland aber, im Mutterland der Demokratie, da gäbe es jetzt richtig Rabatz. Streiks, Straßenschlachten, den Kampf ums Ganze.*

*Als ich mich zum dritten Mal versuchte, wollte ich mit den jüngsten Unruhen in Britannien einsteigen. Ich ließ es bleiben. Die Welt verändert sich zu schnell für einen aktuellen Aufsatz mit perspektivischem Anspruch. Immerhin leben wir in Zeiten historischer Umbrüche und wann, wenn nicht jetzt, sollte man es doch lieber gleich grundsätzlich angehen.*

Die Überwindung der Krise innerhalb der Grenzen kapitalistischen Wirtschaftens ist eine Chimäre. Sie geriert sich in diesen Wochen unverhohlen, als eine Politik der Massenpauperisierung zur Interessenswahrung einer verschwindenden Minderheit. Nach wie vor sind es die nationalstaatlichen Eliten, die im Verein mit dem internationalen Finanzkapital agieren und der eigenen Bevölkerung die zu gehenden Wege aufoktroieren wollen. Auf schmerzhaft Weise mussten das bis jetzt vor allem die Bevölkerungen der PIGS Staaten erfahren. In Griechenland etwa hat die Verabschiedung des Sparpaketes II durch das griechische Parlament im vergangenen Juni eine extensive Privatisierungspolitik, Steuererhöhungen, die mittlere und untere Einkommensschichten mit bis zu 3000 Euro jährlich belasten, und Einsparungen an öffentlichen Ausgaben im Ausmaß von 78 Milliarden Euro bis 2015 zur Folge. In Portugal und Spanien sieht es nicht wesentlich anders aus und Italien steht unmittelbar davor, die öffentlichen Ausgaben massiv zurückzuschrauben. Im-

merhin rund 80.000 Arbeitsplätze könnten den Plänen der Regierung Berlusconi so in den nächsten Jahren zum Opfer fallen.<sup>1)</sup>

### **Von den PIGS-Staaten zur Steiermark**

Die Staaten an der EURO-Peripherie trifft es gegenwärtig deshalb in voller Härte, weil ihre Produktivität hinter der Rest-Europas herhinkt. Ihre mangelnde Kreditwürdigkeit ist keineswegs dem bösen Willen der Rating-Agenturen geschuldet; vielmehr dem mangelnden Vertrauen, die PIGS-Staaten wären dazu in der Lage, ausreichend Wachstum zu generieren, um Schuldenlasten künftig abzutragen. Das ist der Grund, der die Zinsen in die Höhe schnallen lässt und Spekulationen auf den Bankrott ganzer Staaten Tür und Tor öffnet.

Freilich, die nordischen Staaten, Deutschland, aber auch Österreich, finden sich in einer vergleichsweise komfortablen Position wieder. Ein Grund für Linke, Österreich als Vorbild zu nehmen, wie dies SPÖ-Klubobmann Josef Cap jüngst anregte, existiert dennoch nicht.<sup>2)</sup>

Die Logik, nach der die österreichische Bundes-, mithin die steirische Landesregierung, handeln, unterscheidet sich durch nichts von den Rezepten, nach denen auch ihre Kollegen an der EURO-Peripherie und darüber hinaus agieren. Höhere Produktivität hin oder her: auch hierzulande gilt es, den Staatshaushalt „in Ordnung zu bringen“. Im Mittelpunkt stehen dabei die Angriffe auf die öffentlichen Ausgaben, sprich: die Einsparungen in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und öffentlicher Dienst. So können etwa die steirischen „-25%“ stringent in britische „-12%“ übersetzt werden.<sup>3)</sup> Zwölf Prozent will die Regierung Cameron im Bereich öffentlicher Ausgaben bis 2015 einsparen und auch hier trifft es die oben genannten Sektoren am schwersten. Vom Gesamtkürzungsvolumen von 80 Milliarden betreffen den Sozialbereich 18 Milliarden. Die Einsparungen im öffentlichen Dienst schlagen sich gar mit 36 Milliarden nieder.

### **Neoliberalismus reloaded**

Ein Kernaspekt kapitalistischen Wirtschaftens bestand in den letzten Jahrzehnten darin, die Profitraten an den Finanzmärkten künstlich in die Höhe zu treiben, da sie realwirtschaftlich schlicht nicht zu erzielen gewesen wären. Gleichzeitig suchte man noch, die Konsumkraft über Kredite hochzuhalten. Ein Rezept, das 2008, als diese Kredite massenhaft nicht mehr bedient werden konnten, geradewegs in den Crash führen sollte und die Überproduktions- und Unterkonsumtionskrise erst verdeutlichte.

Auf die Herausforderung, eine tendenziell sinkende Profitrate künstlich zu steigern, haben die Eliten zumindest bislang keine elementar neue Antwort gefunden. Also beginnt das alte Spiel von neuem; nur radikaler als in den vergangenen drei

Jahrzehnten. Die Krise erweist sich zusehends „als Paradies für Marktliberale“<sup>4)</sup>, wie Serge Halimi in *Le monde diplomatique* jüngst kommentierte. Die privaten, mehrwert-schaffenden Unternehmenseigner werden nicht tangiert, die Finanzmärkte weithin in Ruhe gelassen – damit die Blase von Neuem wachsen kann. Für eine nachhaltige Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gibt es keine Konzepte. Stattdessen wird der Druck auf Löhne und nicht-mehrwertschaffende Sektoren erhöht. Das kann nicht gut gehen und befeuert die Krisendynamik systematisch weiter. Sinken die Löhne real, schränkt das die Konsumkraft ein. Ohne Konsum kein Wachstum. Ohne Wachstum: Krise. Die Frage nach dem nächsten Crash ist keine des „ob“, sondern eine des „wann“.

### **Demokratie vs. Staatsgewalt**

Wer das begriffen hat und seinen Willen nach Alternativen ausdrückt, lernt in diesen Tagen den Staat kennen. Die Polizeigewalt in Athen und Madrid sagt uns zunächst eines: Wer nach Demokratie, Freiheit und Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum fragt, erntet Gewalt und mediale Diffamierung. Der Staatsapparat zeigt gegenwärtig wie selten zuvor, dass er im Kräftemessen gesellschaftlicher Antagonismen alles andere denn eine neutrale Instanz ist. Legendär ist mittlerweile jenes Video, das spanische Polizist/inn/en in Zivil zeigt, die sich am 15. Juni 2011 unter eine Schar von Demonstrant/inn/en mischten, uniformierte Kolleg/inn/en vermeintlich angriffen, und damit den Vorwand für einen brutalen Gegenschlag der Exekutive lieferten. Das Video zeigt auch, wie sich die verkabelten Zivilpolizisten kurz danach zurückziehen und, nachdem ihr Spiel durchschaut wurde, unter Polizeischutz hinter die Absperrungen geleitet werden. Das Internetportal *youtube* verzeichnete über 270.000 Zugriffe auf das Video bis es nach einer Intervention des katalonischen Innenministers Felipe Puig schließlich gelöscht werden musste<sup>5)</sup>.

Der Fall zeigt exemplarisch, wozu die herrschende Klasse bereit ist, wenn es ans Eingemachte geht. Der Umstand, dass er hierzulande medial nahezu nicht rezipiert worden ist, erzählt aber auch eine andere Geschichte. Die über das Gleichschaltungspotential von bürgerlicher Presse und politischem Establishment.

### **Demokratie vs. Markt**

Die demokratiepolitischen Implikationen verdienen neben den ökonomischen aber auch an anderer Stelle Aufmerksamkeit. Eine Woche vor dem Beschluss des zweiten griechischen Sparpakets wurde der Chef der EURO-Gruppe Jean-Claude Juncker deutlich. „Ich gehe davon aus, dass die griechische Regierung die Mehrheit im Parlament haben wird.“ Und weiter: „Falls nicht (...) werden wir zu sehr erheblichen, Griechenland negativ betreffenden Gesamtentscheidungen kommen müssen. Dies wünsche ich weder Griechenland noch uns selbst.“<sup>6)</sup> Was meint Juncker, wenn er einem gewählten Parlament und Träger/innen freier Mandate das Abstimmungsverhalten zu diktieren sich anschickt? Und was meint das sprichwörtliche,

wie faktische „Aufatmen der Märkte“ nach der Annahme des zweiten „Sparpakets“ durch das griechische Parlament? Es offenbart zuvorderst eines: dass der Kampf um Demokratie ein Kampf gegen die Märkte ist. Und: ein Kampf gegen die Regierungen, die sich ihren Interessen widerstandslos ausliefern. Aufgeatmet haben die Märkte übrigens schon davor: Am 9. Mai 2010 etwa. Über den Tag, an dem das erste Eurorettungspaket beschlossen wurde, schrieb der beileibe nicht mehr politisch links stehende Philosoph Rudolf Burger in einem im Dezember 2010 in den Salzburger Nachrichten erschienenen Aufsatz retrospektiv: „(...) Am 9. Mai wurde in einer außerordentlichen Ratssitzung der EU das Eurorettungspaket beschlossen. Über Nacht. Damit wurden mit einem Schlag 27 Parlamente entmündigt! Ohne Aufschrei. Ich will das Rettungspaket gar nicht inhaltlich bewerten. Aber es ist mir da wirklich gleich der 24. März 1933 eingefallen, der Tag des NS-Ermächtigungsgesetzes, der Ausschaltung des Parlaments in Deutschland. (...)“<sup>7)</sup>

### **It´s the system, not the crisis**

Tatsächlich ist auch die Krise der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaften bloß eine von vielen Krisen, die aktuell in konzentrierter Form zu Tage treten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass wir es nicht mit voneinander abgekoppelten Krisen zu tun haben. Vielmehr manifestiert sich vor unseren Augen eine Krise des gesamten kapitalistischen Systems. „Was“, fragt der US-amerikanische Geograph und Neomarxist David Harvey, „muss noch geschehen, damit auch wir das erkennen (...)“? Wie können wir nochmal ganz von vorne beginnen? Welchen Weg sollen wir einschlagen?<sup>8)</sup>

In der Tat ist die Einsicht in die historische Krise des Kapitalismus und in die notwendige Veränderung der Welt, um ein großes Wort zu verwenden, ein leichtes, wie aber kommen wir dem Ideal einer Gesellschaft freier, gleicher Menschen näher? „Es gibt keine einfachen Antworten“ meint Harvey. „Aber eines ist gewiss: Die richtigen Antworten finden wir nur, wenn wir die richtigen Fragen stellen.“<sup>9)</sup>

### **Ankommen?**

Vor dem Hintergrund der Situation in der Steiermark mögen die nachfolgenden Fragen allzu groß erscheinen. Schließlich sollte hier die Großdemonstration vom 26. April 2011 den bewegungsrelevanten Schlusspunkt wochenlanger Proteste gegen das Landesbudget markieren. Die nächsten Angriffe aber, spätestens mit dem Budget 2013, kommen bestimmt. Die Zeit bis dahin sollten wir nützen.

Was hat das steirische Landesbudget mit der Krise des Kapitalismus zu tun? Braucht es denn nicht Klarheit über die ursächlichen Zusammenhänge der lokalen, respektive nationalen Angriffe auf die öffentlichen Ausgaben mit dieser Systemkrise?

Wenn dieses System dem Ende nahe ist, sollten wir dann nicht Forderungen postulieren, deren Wirkungsmacht über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist? Wie wäre es etwa damit, die Staatsschulden einfach nicht zurückzuzahlen? Wie wäre es damit, Banken, Versicherungen und die produzierende Industrie in Gemeineigentum zu überführen? Wie wäre es damit, den Beschäftigten selbst die Geschicke ihrer Unternehmen in die Hände zu legen? Warum sollten wir Produktion und Verteilung von Waren und Dienstleistungen nicht nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit, statt nach den Profitinteressen einiger weniger, planen?

Sollten wir nicht zusammenführen, was zusammengehört? Die Bewegungen, die sich gegenwärtig mit den Unzulänglichkeiten des Systems herumschlagen, sind vielfältig. Ziehen wir die Steiermark als Beispiel heran: In Murau kämpft die Bevölkerung gegen die Schließung des LKH Stolzalpe. In Graz gibt es nicht nur eine seit Jahren aktive Initiative, die sich gegen das geplante Murkraftwerk richtet, sondern auch eine Vielzahl an antirassistischen, antisexistischen und antiimperialistischen Gruppen. Nicht zu vergessen die Arbeitsloseninitiativen und die abhängig Beschäftigten mit ihrem Kampf um Löhne, von denen man leben kann. Sollten wir diese Kämpfe nicht zu einem einzigen - und zwar ums Ganze - bündeln? Und wenn wir schon beim Homogenisieren sind: Sollten wir uns nicht mit all jenen vernetzen, austauschen, ja: verbünden, die jenseits der Landesgrenzen für ein menschenwürdiges Leben kämpfen?

Sollten wir nicht in den Ring steigen? Wieder einmal. Nicht, um die nächste Niederlage zu beklagen. Um zu gewinnen! Und wenn es soweit ist, dass dieses System wankt, sollten wir dann nicht einfach nur unsere Angst verlieren; unsere Angst vor der Macht und die vor der Freiheit? Vielleicht wäre dann, um mit Karl Heinz Roth zu sprechen, die „konkrete Utopie als angemessene[n] Antwort auf historische Umbruchsituationen“<sup>10)</sup> in Griffweite.

Vielleicht wären wir dann angekommen.

- 1 Vgl.: <http://www.jungewelt.de/2011/08-25/035.php> ; 24.08.2011.
- 2 Vgl.: <http://derstandard.at/1313024685395/Neubelebung-der-Linken-Oesterreich-fuer-Linke-bald-ein-Wallfahrtsort> ; 24.08.2011.
- 3 Vgl.: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe (10.06.2011).
- 4 Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe (08.07.2011).
- 5 Vgl. <http://derstandard.at/1308679865066/Spanien-Kataloniens-Innenminister-laesst-Zivilpolizisten-Video-loeschen> ; 29.06.2011.
- 6 zitiert nach: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/juncker-droht-griechenland-mit-scharfen-konsequenzen/4319224.html> ; 24.08.2011.
- 7 zitiert nach: Fritz Weber, crash as cash can. Krisen, Blasen, Spekulanten. In: Samuel Stuhlpfarrer/ Martin Behr (Hg.), Campingbus, nie! Portraits, Positionen, Perspektiven zur Krise. Graz (2011), S. 16.
- 8 Zitiert nach: [http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2011/heft\\_nr\\_9\\_september\\_2011/detail/artikel/der-verwilderte-kapitalismus-explodiert-auf-der-strasse/](http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2011/heft_nr_9_september_2011/detail/artikel/der-verwilderte-kapitalismus-explodiert-auf-der-strasse/) ; 24.08.2011
- 9 Ebda.
- 10 Zitiert nach: <http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t320109.html> ; 24.08.2011.

## Krise und Proteste in der Steiermark und anderswo: eine (unvollständige) Chronologie

- 14.9.2010: Im Rahmen einer Veranstaltung der Industriellenvereinigung ist seitens der Landesregierung erstmals von massiven Budgetkürzungen die Rede.
- 26.9.2010: Die Landtagswahl bringt Verluste für SPÖ und ÖVP. Franz Voves bleibt Landeshauptmann.
- 14.1.2011: Der tunesische Präsident Ben Ali verlässt aufgrund der massiven Proteste fluchtartig das Land. Die Revolte in Tunesien ist der Beginn für Proteste im gesamten arabischen Raum. Bald ist vom „Arabischen Frühling“ die Rede.
- 20.1.2011: In einem Interview mit der „Kleinen Zeitung“ spricht Finanzlandesrätin Volland davon, dass „wir die Butter zu dick aufs Brot gestrichen haben“.
- 25.1.2011: Am „Tag des Zorns“ gehen in Ägypten Zehntausende Menschen auf die Straße.
- 3.2. 2011: Auf Einladung der „IG Kultur Steiermark“ findet das erste Vernetzungstreffen statt, um über die Einsparungen im Kulturbereich zu informieren, und zu diskutieren, was dagegen unternommen werden kann.
- 10.2.2011: KünstlerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen rufen zu Protesten gegen das geplante „Bettelverbot“ auf. 140 Organisationen unterstützen den Aufruf.
- 11.2.2011: In Ägypten sind wieder Hunderttausende auf der Straße und erzwingen den Rücktritt des Präsidenten Husni Mubarak.
- 12.2.2011: Rund tausend Menschen demonstrieren in der Grazer Herrengasse gegen das „Bettelverbot“.
- 15.2.2011: Unter lautstarken Protesten im Saal wird die Novelle zum Sicherheitsgesetz („Bettelverbot“) im Landtag beschlossen.
- 15.2.2011: In Madison/Wisconsin (USA) gehen Zehntausende gegen die Sparpläne von Gouverneur Scott Walker auf die Straße und besetzen das Capitol.
- Februar 2011: Nach und nach werden die Budgetplanungen bekannt. Viele Organisationen kritisieren in Stellungnahmen die Vorhaben der Landesregierung.



- 22.2.2011: Die „*Plattform 25*“ konstituiert sich. 36 Personen nehmen am ersten Treffen teil. Im Laufe der nächsten Wochen wächst die „*Plattform 25*“ auf rund 600 Organisationen an.
- 23.2.2011: In Griechenland findet der erste Generalstreik des Jahres 2011 statt. Am Rande von Demonstrationen kommt es zu Ausschreitungen.
- 10.3.2011: Durch den öffentlichen Druck nennt die Landesregierung in einer Pressekonferenz die ersten konkreten Zahlen. Landeshauptmann Voves meint, dass die Politik zugelassen hat, „dass wir zu viel Speck angesetzt haben“.
- 12.3.2011: In Portugal demonstrieren 300.000 Menschen gegen die sich verschlechternden Lebensbedingungen.
- 17.3.2011: 600 GewerkschafterInnen demonstrieren in der Grazer Burg, dem Sitz der Landesregierung, gegen das Budget.
- 25.3.2011: Die „*Plattform 25*“ ruft unter dem Motto „Es reicht! Für alle.“ zur Demonstration auf. 10.000 Menschen folgen diesem Aufruf.
- 29.3.2011: 700 Menschen protestieren in Murau für den Erhalt der internen Abteilung am LKH Stolzalpe.
- 4.4.2011: Soziallandesrat Schrittwieser beweist sein Demokratieverständnis mit dem Satz: „Auch wenn 20.000 Menschen am Grazer Hauptplatz aufmarschieren. Ich gehe nicht in die Knie!“
- 5.4.2011: Eine Delegation von Beschäftigten des LKH Hörgas-Enzenbach übergibt Landesrätin Edlinger-Ploder eine von knapp 39.000 Personen unterzeichnete Protestnote gegen die Schließung des Krankenhauses.
- 8.4.2011: In Gleisdorf findet eine Aktion mit mehreren hundert TeilnehmerInnen statt.
- 11.4.2011: Die „*Plattform 25*“ ruft dazu auf, eine Menschenkette um das Landhaus zu bilden. Aus der geplanten Menschenkette wird eine Demonstration mit 5.000 TeilnehmerInnen. Seitens der „*Plattform 25*“ wird ein alternatives Budget vorgestellt.
- 15.4.2011: Der griechische Ministerpräsident Papandreu kündigt das nächste „Sparpaket“ an. Die öffentlichen Ausgaben sollen demnach um einen zweistelligen Milliardenbetrag zurückgefahren werden.
- 20.4.2011: 300 Menschen aus der Region Weiz demonstrieren vor der Grazer Burg.
- 21.4.2011: Auch in Hartberg wird gegen das Budget demonstriert.
- 26.4.2011: ÖGB Steiermark und *Plattform 25* rufen zu einer gemeinsamen Demonstration auf. Mit 15.000 Menschen erlebt Graz die größte Demonstration der jüngeren Geschichte.

- 27.4.2011: Der Steiermärkische Landtag beschließt unter Protesten von den Rängen das umstrittene Budget.
- 30.4.2011: Der „Tag der Arbeitslosen“ steht ebenfalls im Zeichen des Protests gegen den Sozialabbau.
- 1.5.2011: Am traditionellen „Kampftag der ArbeiterInnenbewegung“ wird in den Reihen der KPÖ lauthals und aufseiten der SPÖ-GewerkschafterInnen still und heimlich gegen die Kürzungen demonstriert.
- 2.5.2011: Im Berliner Krankenhaus „Charite“ treten die Beschäftigten in den Streik, und fordern „300 Euro mehr für alle!“ Im September streikt auch das Personal der Tochterfirma „Charite Facility Management“.
- 11.5.2011: Landesweite Streiks legen das öffentliche Leben in Griechenland weitgehend lahm.
- 12.5.2011: Tausende demonstrieren in New York gegen die geplanten Kürzungen. Im Zentrum der Kritik: Die geplanten Entlassungen unter LehrerInnen.
- 15.5.2011: In 58 spanischen Städten gehen vorwiegend Jugendliche für politische, wirtschaftliche und soziale Reformen auf die Straße. Die Puerta del Sol in Madrid und unzählige weitere Plätze in Spanien werden besetzt. Es ist der Beginn wochenlanger, landesweiter Proteste.
- 17.5.2011: Die Landesregierung und der ÖGB Steiermark präsentieren einen „tragfähigen Kompromiss“. Die „Plattform 25“ fordert weitere Nachbesserungen und spricht davon, dass das Budget auch in dieser Form „eine Katastrophe bleibt.“
- 21.5.2011: Auch in Tschechien wird gegen das unsoziale Regierungsprogramm demonstriert.
- 22./23.5.2011: In Solidarität mit den Protesten in Spanien („spanish revolution“) besetzen AktivistInnen den Grazer Hauptplatz.
- 25.5.2011: Zehntausende GriechenInnen besetzen den Syntagma-Platz in Athen. Ihr Protest gilt der „Diktatur der Troika“ (gemeint sind EU-Kommission, IWF und EZB) und der Regierung Papandreu.
- 27.5.2011: Bei dem Versuch, die besetzte Placa de Catalunya zu räumen, setzt die spanische Polizei Gummigeschoße, Tränengas und Schlagstöcke gegen friedliche Demonstranten ein. Mehr als 120 davon werden dabei teils schwer verletzt.
- 10.6.2011: Die „Plattform 25“ lädt zum „Tag der (einzelnen) Härtefälle“. Am Grazer Mariahilferplatz machen Betroffene deutlich, dass dieses Budget „ein einziger Härtefall“ ist.

- 15.6.2011: Zehntausende GriechenInnen demonstrieren gegen die Budgetpläne der Regierung. Ministerpräsident Papandreu bildet sein Kabinett um.
- 19.6.2011: In mehr als 80 spanischen Städten wird gegen die Wirtschaftspolitik der EU demonstriert. Allein in Madrid gehen mehrere hunderttausend Menschen auf die Straße.
- 22.6.2011: Am Grazer Tummelplatz wird in der Tradition der Proteste im arabischen Raum ein Plakat („Es gibt keine Alternative“) mit Schuhen beworfen.
- 28.6.2011: In Griechenland wird erneut gegen die Sparpläne gestreikt.
- 29.6.2011: In der Grazer Postgarage findet die „Oase des Aufstands“ statt. Namhafte KünstlerInnen, unter anderem Josef Hader, stellen sich in den Dienst der Sache des Widerstands. Währenddessen nimmt das griechische Parlament das Sparpaket II der Massenproteste zum Trotz an. Hunderttausende demonstrieren im ganzen Land. Die Polizei geht mit äußerster Härte gegen die Demonstranten vor und hüllt Athen in eine einzige Tränengaswolke.
- 15.7.2011: In Tel-Aviv errichten Demonstranten rund um den Rothschild Boulevard ein Protestcamp. Ihre Forderungen: Erschwingliche Mieten und Löhne, von denen man leben kann.
- 25.7.2011: Die Streikwelle in Südafrika wird auf den Bergbausektor ausgedehnt.
- 30.7.2011: 150.000 Menschen gehen in Israel für ihre Forderungen auf die Straße.
- 6.8.2011: 350.000 Israelis beteiligen sich an Demonstrationen im ganzen Land. Die Bewegung erhält auch Unterstützung von Eltern, die gegen die hohen Kinderbetreuungskosten protestieren.
- 7.8.2011: Nach der Erschießung eines Familienvaters durch die Polizei in London kommt es zu tagelangen Unruhen in mehreren englischen Städten.
- 19.8.2011: Die seit Wochen andauernden Proteste in Chile erreichen einen neuerlichen Höhepunkt. Hunderttausende fordern einen kostenlosen Zugang zu Bildung.
- 8.9.2011: Auch in Australien kommt es zu Massenprotesten gegen die Kürzungen öffentlicher Leistungen.



## AUTORINNEN:

**Andreas Exner** ist Publizist und Aktivist der Initiative „Solidarisch gesund“.

**Anita Hofer** ist Künstlerin, Kulturaktivistin und Vorsitzende der IG Kultur Steiermark.

**Anton Lederer & Margarethe Makovec**, Leitungsduo des Kunstvereins < rotor >. Seit 1994 mit der Organisation von Ausstellungen, Kunst im öffentlichen Raum, Residencies, Diskussionen etc. im Bereich der Bildenden Kunst tätig.

**Christian Promitzer** ist Historiker an der Abteilung für Südosteuropäische Geschichte der Karl Franzens Universität Graz.

**Christian Wabl** ist als Projektleiter in der Grünen Akademie tätig.

**Georg Fuchs** ist Pressesprecher des KPÖ-Landtagsklubs.

**Gerhard Zückert** ist Betriebsratsvorsitzender bei alpha nova und Sprecher der *Plattform 25*.

**Gernot Trausmuth** ist Volkswirt und Redakteur der marxistischen Zeitschrift „Der Funke“.

**Lothar Lässer** ist Musiker und war maßgeblich am kulturellen Erscheinungsbild der Proteste beteiligt.

**Selma Schacht** ist Betriebsratsvorsitzende eines Vereins im Sozialbereich und Vorsitzende des Bundesausschusses der IG work@social in der GPA-djp.

**Thomas Wolkinger** ist freier Journalist und Lehrender an der FH Joanneum - Studiengang Journalismus und PR.

**Yvonne Seidler** ist Geschäftsführerin von „hazissa – Fachstelle für Prävention – gegen sexualisierte Gewalt“ und Sprecherin der *Plattform 25*.

## HERAUSGEBER:

**Leo Kühberger** ist Historiker und Kulturanthropologe und bei „Radio Helsinki 92,6MHz“ aktiv.

**Samuel Stuhlpfarrer** arbeitet als freier Journalist und Publizist und ist für den Bildungsverein der KPÖ Steiermark tätig.

